

18.02.2025
REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretvorentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DER
AUSBILDUNG 2025**

INHALTSANGABE
Dieser Dekretvorentwurf ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals und der Organisation im Unterrichtswesen ab. Er enthält unter anderem Abänderungen in folgenden Bereichen: 1. Ausdehnung der klassischen Laufbahnunterbrechung auf das Personal des Dienstes „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ 2. Vereinfachung des Verfahrens bezüglich der Einschreibung erstankommender Schüler 3. Stunden- und Stellenkapital

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	32

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Aufbau des vorliegenden Dekretvorentwurfs erfolgt nach gewohntem Muster: Jedes Kapitel passt einen bestimmten Regeltext an und dies in chronologischer Reihenfolge.

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

1. Ausdehnung der klassischen Laufbahnunterbrechung auf das Personal des Dienstes „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ (Artikel 22-48)

Inkrafttreten: 1. September 2025 mit Ausnahme von Artikel 48, der am Tag der Verabschiedung des Dekrets in Kraft tritt.

Seit Verabschiedung des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren hat sich die Rechtsprechung des Staatsrates wie auch die des Verfassungsgerichtshofes dahingehend verändert, dass diese Regelungen als wesentlich zu betrachten sind und nur vom Parlament verabschiedet werden dürfen. Aufgrund dieser veränderten Rechtsprechung werden seitdem alle Anpassungen dieses Erlasses per Dekret vorgenommen.

Den im Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ beschäftigten Personalmitgliedern sind derzeit lediglich die thematischen Formen der Laufbahnunterbrechung zugänglich. Im Gegensatz zum übrigen im Unterrichtswesen beschäftigten Personal können diese Personen bislang keine klassische (gewöhnliche) vollzeitige oder teilzeitige Laufbahnunterbrechung beantragen.

Die Regierung schlägt vor, diese Ungleichbehandlung aufzuheben und dem im Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik“ im Rahmen eines Arbeitsvertrags beschäftigten Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonal ab dem 1. September 2025 den Zugang zur klassischen Laufbahnunterbrechung zu eröffnen gemäß den Modalitäten wie sie für die Vertragsbediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelten.

Durch vorliegendes Kapitel werden die hierfür notwendigen Abänderungen im Erlass der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren unter Berücksichtigung der föderalen Vorgaben zur Gewährung einer Laufbahnunterbrechungszulage vorgenommen.

So wird festgelegt, dass die klassische vollzeitige oder teilzeitige Laufbahnunterbrechung vertraglich eingestellten Mitgliedern des Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals zugänglich ist, die ein Dienstalter von mindestens 12 Monaten beim Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ aufweisen.

Eine vollzeitige Laufbahnunterbrechung ist allen Personalmitgliedern ungeachtet ihres Beschäftigungsumfangs gestattet.

Eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung hingegen kann nur von Personalmitgliedern in Anspruch genommen werden, die für mindestens drei Viertel einer Vollzeitbeschäftigung eingestellt sind. Hier gilt, dass diese ihre Beschäftigung auf die Hälfte, zwei Drittel, drei Viertel oder vier Fünftel reduzieren dürfen, insofern sie vollzeitig eingestellt sind. Sind sie teilzeitig für mindestens drei Viertel einer Vollzeitbeschäftigung eingestellt, ist lediglich eine Verringerung der Dienstleistungen auf die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung gestattet.

Dem Personalmitglied stehen insgesamt 60 Monate vollzeitige Laufbahnunterbrechung im Laufe der Karriere zu. Zudem stehen jedem Personalmitglied, das noch keine 55 Jahre alt ist, 60 Monate teilzeitige Laufbahnunterbrechung zu.

Sobald ein Personalmitglied das Alter von 55 Jahren erreicht, hat es die Möglichkeit, seine Laufbahn unwiderruflich bis zur Pension teilzeitig zu unterbrechen. Abweichend hiervon ist es einem Personalmitglied, das eine Laufbahn von mindestens 28 Jahren aufweist, bereits ab Vollendung des 50. Lebensjahres gestattet, eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von ein Fünftel ohne zeitliche Begrenzung in Anspruch zu nehmen. Das Personalmitglied, das sich folglich verpflichtet, seine berufliche Laufbahn auf unumkehrbare Weise bis zur Pension zu unterbrechen, bezieht eine erhöhte Zulage seitens des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung (LfA).

Die vollzeitige Laufbahnunterbrechung wird für Zeitspannen von mindestens drei und höchstens 12 Monaten gewährt. Die teilzeitige Laufbahnunterbrechung wird Personalmitgliedern, die das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, für Zeitspannen von mindestens drei und höchstens 60 Monaten gewährt.

Der Urlaubsantrag ist mindestens drei Monate und höchstens sechs Monate vor Beginn der Laufbahnunterbrechung über den Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen" bei der Regierung einzureichen. Ist die Antragsfrist nicht eingehalten worden, kann der für das Unterrichtswesen zuständige Minister die Laufbahnunterbrechung dennoch gewähren, insofern die reibungslose Funktionsweise des Dienstes hierdurch nicht beeinträchtigt wird. Eine Übergangsbestimmung sieht vor, dass ein Personalmitglied, das seine Laufbahn vor dem 1. Oktober 2025 vollzeitig oder teilzeitig unterbrechen möchte, den Antrag bis spätestens 15. Juli 2025 einreichen kann.

Es ist einem Personalmitglied gestattet, die Laufbahnunterbrechung auf Anfrage vorzeitig zu beenden. Hierzu richtet es mindestens zwei Monate vor der Beendigung einen Einschreibebrief durch Vermittlung des Leiters des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen" an den für das Unterrichtswesen zuständigen Minister.

Wird einem Personalmitglied das Recht auf Laufbahnunterbrechungszulage aufgrund eines vom Regionalinspektor der Arbeitslosigkeit gefassten Beschlusses verweigert, wird die vollzeitige Laufbahnunterbrechung von Rechts wegen in einen unbezahlten Urlaub und die teilzeitige Laufbahnunterbrechung in eine Arbeitszeitreduzierung umgewandelt, und zwar von dem Zeitpunkt der Zulageverweigerung an bis zum vorgesehenen Enddatum der besagten Laufbahnunterbrechung.

Der Kohärenz und Vollständigkeit halber werden die in demselben Erlass enthaltenen Artikel, die sich auf die thematischen Formen der Laufbahnunterbrechung beziehen, ebenfalls gemäß den im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gültigen Modalitäten auf die im Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ beschäftigten Personalmitglieder anwendbar gemacht.

Gleichzeitig werden die bezuschussten Vertragsarbeitnehmer (BVA) aus dem gesamten Erlass gestrichen. Das Programmdekret 2024 schafft das Stellenkapital zu besonderen Zwecken im Unterrichtswesen und hebt die Übergangsbestimmung im Dekret vom 28. Mai 2018 zur AktiF und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung zum 1. September 2025 auf, die weiterhin eine BVA-Bezuschussung im Unterrichtswesen erlaubte. Durch Verabschiedung des Programmdekrets wird ab dem 1. September 2025 kein Personalmitglied über BVA-Verträge eingestellt.

Artikel 22-39 und 48 nehmen die entsprechenden Anpassungen im Erlass der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren vor. Der Kohärenz und Vollständigkeit halber werden die in demselben Erlass enthaltenen Artikel, die sich auf die thematischen Formen der Laufbahnunterbrechung beziehen, ebenfalls gemäß den im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gültigen Modalitäten auf die im Dienst mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ beschäftigten Personalmitglieder anwendbar gemacht.

Artikel 40 fügt den Artikel 12.2 in denselben Erlass ein und hält die Vertraulichkeit der Angaben, die beteiligten Personen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, fest.

Artikel 41 fügt den Artikel 12.3 denselben Erlass in dasselbe Dekret ein und ermöglicht der Regierung die Verarbeitung personenbezogener Daten, die sie in Ausführung der durch vorliegenden Dekretentwurf festgelegten Aufträge erhält. Es wird präzisiert, dass die Regierung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten der Verantwortliche für die Verarbeitung ist.

Artikel 42 fügt den Artikel 12.4 über die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit in denselben Erlass ein.

Artikel 43 fügt den Artikel 12.5 in denselben Erlass ein und legt die Datenkategorien fest. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen. Ebenfalls führt der Artikel die Zwecke an, zu denen die Daten genutzt werden.

Artikel 44 fügt den Artikel 12.6 in denselben Erlass ein und regelt die Zusammenarbeit und den Datenaustausch zwischen den Einrichtungen und der Regierung.

Artikel 45 fügt den Artikel 12.7 in denselben Erlass ein und bestimmt, dass die Regierung zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonymisierte bzw. gegebenenfalls pseudonymisierte Daten im Rahmen dieses Dekretentwurfs zurückgreifen kann.

Artikel 46 fügt den Artikel 12.8 in denselben Erlass ein und regelt die Dauer der Verarbeitung der erhobenen Daten.

Artikel 47 fügt den Artikel 12.9 in denselben Erlass ein und sieht vor, dass die Regierung die nötigen Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten festlegt.

2. Anpassung des Gelegenheitsurlaubs bei Sterbefall (Artikel 64)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Wenn ein mit einem Personalmitglied oder dessen Lebensgefährten verwandtes oder verschwägertes Familienmitglied 1. Grades stirbt, hat das Personalmitglied Anrecht auf einen Gelegenheitsurlaub von vier Arbeitstagen. Diese vier Tage sind in Anspruch zu nehmen ab der Woche, in der der Todesfall eintritt, bis zum letzten Tag der Woche, in der die Beerdigung stattfindet.

Es kommt jedoch vor, dass die Beerdigung noch in derselben Woche erfolgt, in der auch der Todesfall eintritt, und dass somit zwischen Todesfall und dem letzten Tag der Woche, in der die Beerdigung stattfindet, weniger als vier Arbeitstage liegen. In Anwendung der Gesetzgebung kann das betreffende Personalmitglied in diesem Fall keine vier Tage Gelegenheitsurlaub beanspruchen. Um diese Ungleichbehandlung aufzuheben und zu gewährleisten, dass alle Personalmitglieder Anrecht auf vier Tage Gelegenheitsurlaub bei Tod eines verwandten oder verschwägerten Familienmitglieds 1. Grades haben, wird vorgeschlagen, die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass das Personalmitglied in dem hierüber beschriebenen Fall, die nicht beanspruchten Tage des Gelegenheitsurlaubs direkt in der Woche, die der Woche folgt, in der die Beerdigung stattfindet, in Anspruch nehmen darf.

Artikel 64 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dekret vom 6. Juni 2005 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 vor.

3. Anpassung der Titelbedingungen für Kindergarten- und Fördergrundschulassistenten (Artikel 8)

Inkrafttreten: 1. Januar 2026

Die Regierung schlägt vor, die Titelbedingungen für das Amt des Kindergartenassistenten und des Fördergrundschulassistenten anzupassen, da derzeit ein Ungleichgewicht zwischen den für diese Ämter definierten Diplomanforderungen besteht. In der Tat stellt die Gesetzgebung an die Absolventen des 6. oder 7. Jahres des technischen bzw. berufsbildenden Sekundarunterrichts ungleich höhere Anforderungen als an die Personen, die die von der Deutschsprachigen Krankenpflegevereinigung in Belgien KPVDB angebotene Ausbildung zum Kinderbetreuer oder zum Familien- und Seniorenhelfer und Pflegehelfer absolvieren. In der Tat müssen die Absolventen des Sekundarunterrichts nämlich neben dem Befähigungsnachweis auch das jeweilige Studienzeugnis bzw. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts vorlegen, um als Inhaber des erforderlichen Titels zu gelten. Die KPVDB-Absolventen, die ohne Diplomvoraussetzung Zugang zu der Ausbildung haben, müssen lediglich das von der KPVDB verliehene Zertifikat vorlegen, um als Titelinhaber zu gelten. Da in der Tat auch im Sekundarunterricht letztendlich der Befähigungsnachweis und nicht das Studienzeugnis als ausschlaggebend für die Qualifikation einer Person für das Amt des Kindergarten- oder Fördergrundschulassistenten anzusehen ist, wird im Sinne einer Harmonisierung der Titelgesetzgebung daher vorgeschlagen folgende Anpassungen im Bereich der für diese beiden Ämter definierten erforderlichen Titel vorzunehmen:

- Anstelle des Abiturs in der Studienrichtung Erziehung reicht fortan der Befähigungsnachweis des sechsten Jahres des technischen Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Erziehung.
- Anstelle des Abiturs in der Studienrichtung Betreuung für Kindergemeinschaften reicht fortan der Befähigungsnachweis des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Betreuung für Kindergemeinschaften.
- Anstelle des Abiturs in der Studienrichtung Kinderpflege oder des Studienzeugnisses des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in Kinderpflege, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten Jahres in derselben Studienrichtung

reicht künftig der Befähigungsnachweis des sechsten oder siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege.

- Anstelle des Studienzeugnisses des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in derselben Studienrichtung reicht künftig der Befähigungsnachweis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe.

Artikel 8 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

4. Anpassung der Titelbedingungen für die Fachlehrer Sport, Ethik und Musik im Grundschulwesen (Artikel 6 Nummer 1-3 und Nummer 7, Artikel 9, 58, 62 und 92)

Inkrafttreten: 1. Januar 2026

Die Regierung schlägt vor, die Titelbedingungen für verschiedene Fachlehrer im Grundschulwesen anzupassen. Betroffen sind die Ämter Lehrer für nichtkonfessionelle Sittenlehre, Fachlehrer für Sport und Fachlehrer für Musik im Grundschulwesen, für die eine Erweiterung der erforderlichen Titel vorgeschlagen wird. Diese Anpassung geht einher mit der Einführung einer neuen Zusatzausbildung in Grundschulpädagogik im Umfang von 30 ECTS, die ab dem Schuljahr 2025-2026 von der Autonomen Hochschule Ostbelgien angeboten wird und sich an Personen richtet, die einen Master/Bachelor in der jeweiligen Fachrichtung (d.h. Ethik/Philosophie – Sport – Musik) besitzen, jedoch kein Lehramtsstudium absolviert haben und somit keine Lehrbefähigung für die Grundschule aufweisen.

1. Lehrer für nichtkonfessionelle Sittenlehre in der Primarschule

Derzeit gelten folgende Diplome als erforderlicher Befähigungsnachweis für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Grundschulwesen:

- a) das Diplom eines Kindergärtners (Wahlfach/Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre);
- b) das Diplom eines Primarschullehrers (Wahlfach/Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre);
- c) das Diplom eines Lehrbefähigten der Unterstufe des Sekundarunterrichts (Wahlfach/Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre);
- d) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (Wahlfach/Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre);

Die Regierung schlägt vor, folgende Diplomkombination als erforderlichen Titel für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre hinzuzufügen: das Diplom eines Masters/Lizenz oder Bachelors/Graduats in Ethik oder Philosophie ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 30 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Grundschulpädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird.

2. Fachlehrer für Sport in der Primarschule

Derzeit gelten folgende Diplome als erforderlicher Befähigungsnachweis für das Amt des Fachlehrers für Sport im Grundschulwesen:

- a) das Diplom eines Lehrbefähigten der Unterstufe des Sekundarunterrichts (Sport);
- b) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (Sport);
- c) das Diplom eines Primarschullehrers ergänzt um ein Befähigungszeugnis für das Amt des Fachlehrers für Sport an Primarschulen, ausgestellt von der durch den Königlichen Erlass vom 5. Mai 1958 eingesetzten Sonderjury.

Die Regierung schlägt vor, folgende Diplomkombination als erforderlicher Titel für das Amt des Fachlehrers für Sport hinzuzufügen: das Diplom eines Masters/Lizenz oder Bachelors/Graduats in Sport ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 30 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Grundschulpädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird.

Da es im Bereich Sport häufig vorkommt, dass im Ausland in der Studienrichtung Sport erworbene Bachelor- oder Masterdiplome nur vom Niveau her, jedoch nicht inhaltlich mit einem Bachelor/Master in Sport gleichgestellt werden können, wird des Weiteren vorgesehen, dass als erforderlicher Befähigungsnachweis ebenfalls jedes Diplom gilt, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens des ersten oder zweiten Grades ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung im Zusammenhang stehen, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 30 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Grundschulpädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt.

Da sich Quereinsteiger in diesem Amt bislang dienstrechtlich regularisieren konnten, indem sie drei Abweichungsjahre durchliefen und die 30 ECTS-Punkte umfassende Lehrbefähigung CAP+ an der Autonomen Hochschule Ostbelgien erwarben, sieht eine Übergangsbestimmung vor, dass das CAP+ für Personalmitglieder, die das Amt des Fachlehrers für Sport im Grundschulwesen vor dem 1. Januar 2026 bekleidet haben, seine Gültigkeit behält und die betreffenden Personen demzufolge nach Absolvieren der erforderlichen drei Abweichungsjahre die Bezeichnungs- bzw. Einstellungsbedingungen erfüllen, unter der Voraussetzung, dass der Beurteilungsbericht, der sich auf die dritte Abweichung bezieht, mindestens mit dem Vermerk „ausreichend“ schließt.

Im Zuge der Anpassung der erforderlichen Titel für das Amt des Fachlehrers für Sport im Grundschulwesen wird im Sinne einer Harmonisierung der Titelgesetzgebung vorgeschlagen, die bislang im subventionierten Grundschulwesen gültigen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise der Gruppe A (u.a. Master/Lizenz in Sport, Kandidatur in Sport) aufzuheben. Eine Übergangsbestimmung sieht in diesem Zusammenhang vor, dass bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2025 in einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventionierten Primarschule das Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung bekleiden und einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A für dieses Amt besitzen, der jeweilige Befähigungsnachweis auch nach dem 31. Dezember 2025 weiterhin als ein für ausreichend erachteter Befähigungsnachweis für dieses Amt gilt.

3. Fachlehrer für Musik im Grundschulwesen

Derzeit gelten folgende Diplome als erforderlicher Befähigungsnachweis für das Amt des Fachlehrers für Musik im Grundschulwesen:

- das Diplom des Kunst-Hochschulwesens oder des höheren Kunstunterrichts, ausgestellt in einer Studienrichtung des Musikunterrichts jeweils ergänzt um ein von einer Kunsthochschule oder einem Konservatorium ausgestelltes Pädagogisches Befähigungsdiplom in der Studienrichtung „Notenlehre“ oder „Musikerziehung“ oder ein Nachweis, der nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens kurzer oder langer Dauer von der Regierung auf der Grundlage eines von einer Kunstakademie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellten Gutachtens als gleichwertig anerkannt wird;
- das Diplom eines Kindergärtners oder eines Primarschullehrers oder eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts oder eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts jeweils ergänzt um einen der folgenden Nachweise:
 - ein Diplom des Kunst-Hochschulwesens oder des höheren Kunstunterrichts ausgestellt in einer Studienrichtung des Musikunterrichts oder ein Nachweis, der nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens kurzer oder langer Dauer von der Regierung auf der Grundlage eines von einer Kunstakademie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellten Gutachtens als gleichwertig anerkannt wird;
 - ein Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich Musikerziehung.

Die Regierung schlägt vor, in der Gesetzgebung über die erforderlichen Befähigungsnachweise folgende Diplombkombination als erforderlichen Titel für das Amt des Fachlehrers für Musik hinzuzufügen: das Diplom eines Masters/Lizenz oder Bachelors/Graduats in einer Studienrichtung des Musikunterrichts ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 30 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Grundschulpädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird.

Artikel 6 Nummern 1-3 und 7 nehmen die entsprechenden Anpassungen der erforderlichen Titel im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

Artikel 9 hebt die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise der Gruppe A für das Amt des Fachlehrers für Sport im Königlichen Erlass vom 20. Juni 1975 auf.

Artikel 58 und 62 verankern in den Statuten des freien subventionierten Unterrichtswesens und des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens die Übergangsbestimmung, dass bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2025 in einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventionierten Primarschule das Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung bekleiden und einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A für dieses Amt besitzen, der jeweilige Befähigungsnachweis auch nach dem 31. Dezember 2025 weiterhin als ein für ausreichend erachteter Befähigungsnachweis für dieses Amt gilt.

Artikel 92 passt das Dekret vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen dahingehend an, dass das sogenannte CAP+, das 30 ECTS-Punkte umfasst und bislang als Lehrbefähigung für das Amt des Sportlehrers im Grundschulwesen definiert war, nur Gültigkeit hat, wenn das betreffende Personalmitglied, dieses Amt vor dem 31. Dezember 2025 bekleidet hat.

5. Anpassung der Titelbedingungen für Fremdsprachenlehrer im Kindergarten und in der Primarschule (Artikel 5 und 6 Nummer 4)

Inkrafttreten: 1. Januar 2026

Um eine breitere Anwerbung von Native Speakern im Grundschulwesen zu ermöglichen und damit einhergehend eine weitere Qualitätssteigerung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule zu erreichen, wird vorgeschlagen, die Titelbedingungen für Fremdsprachenlehrer im Grundschulwesen anzupassen und künftig folgende Diplombkombinationen als erforderliche Titel für das Amt des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten hinzuzufügen:

- Lehrbefähigter für die Unterstufe des Sekundarunterrichts (AESI) oder Lehrbefähigter für die Oberstufe des Sekundarunterrichts (AESS) mit der betreffenden Fremdsprache als Grundrichtung oder Bestandteil der Grundrichtung der Ausbildung, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache;
- das Diplom eines Bachelors/Graduats oder Masters/Lizenz in Logopädie ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache.

Im Primarschulwesen wird das Diplom eines Bachelors/Graduats oder Masters/Lizenz in Logopädie ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache als erforderlicher Befähigungsnachweis für das Amt des Fachlehrers der ersten Fremdsprache hinzugefügt.

Artikel 5 und 6 Nummer 4 nehmen die entsprechenden Anpassungen der erforderlichen Titel im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

6. Anerkennung gleichwertiger Berufszeiten als dienstrechtliche Abweichung (Artikel 1, 2, 54, 55, 60, 61, 71 und 72)

Inkrafttreten: 1. November 2025

In zahlreichen Anwerbungsämtern des Unterrichtswesens (das Lehrpersonal des Grundschulwesens, Religionslehrer und das Personal von Kaleido ausgenommen) können sich Quereinsteiger, die nicht über den erforderlichen Befähigungsnachweis verfügen, dienstrechtlich regularisieren, indem sie drei Abweichungen durchlaufen und – falls es sich um ein Mitglied des Lehrpersonals handelt – eine Lehrbefähigung erwerben. Als Abweichung gilt eine Beschäftigung im zeitweiligen Statut von mindestens 15 Wochen in dem betreffenden Amt im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die drei erforderlichen Abweichungen müssen, um gültig zu sein, innerhalb von fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen werden. Seit 2012 werden diese Abweichungen netzübergreifend anerkannt.

Um die Attraktivität des Lehrerberufs weiter zu steigern und Quereinsteigern den Einstieg ins Unterrichtswesen zu erleichtern, schlägt die Regierung vor, dass künftig auch Beschäftigungen im BVA-Statut in dem zu vergebenden Amt sowie Beschäftigungszeiträume außerhalb des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens als erste und zweite Abweichung anerkannt werden können, insofern das Personalmitglied zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Maßnahme noch keine drei Abweichungen in dem zu vergebenden Amt durchlaufen hat. Die dritte Abweichung muss weiterhin wie bisher im zeitweiligen Statut in einer Unterrichtseinrichtung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchlaufen werden. Im Rahmen der dritten

Abweichung erfolgt eine gemeinsame Beurteilung durch den Schulleiter und die Schulin-spektion.

Um als Abweichung geltend gemacht werden zu können, müssen diese hierüber ange-führten Beschäftigungen einen Zeitraum von mindestens 15 Wochen abdecken.

Beschäftigungen, die außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft erbracht wurden, können nur unter folgenden Bedingungen als Abweichung berücksichtigt werden:

- Es handelt sich um eine besoldete Beschäftigung im Arbeitnehmersverhältnis in einer von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder von einer seiner Gebietskör-perschaften organisierten, subventionierten oder anerkannten Unterrichtseinrich-tung oder Einrichtung zur Betreuung von Kindern im Kindergartenalter, die in ihrer inhaltlichen Ausrichtung einem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organi-sierten oder subventionierten Kindergarten entspricht. Dienste als Praktikant, als Eh-renamtlicher oder Dienste, die auf Honorarbasis erbracht wurden, werden nicht be-rücksichtigt.
- Die Beschäftigung ist in einem mit dem im Unterrichtswesen in der Deutschsprachi-gen Gemeinschaft ausgeübten Amt vergleichbaren und derselben Unterrichtsebene zugehörigen Funktion erfolgt.
- Pro Schuljahr kann höchstens eine Abweichung für ein Amt anerkannt werden.
- Eine von der Unterrichtsverwaltung ausgestellte Anerkennung dieser Beschäftigung als dienstrechtliche Abweichung liegt vor. Zwecks Anerkennung dieser Beschäfti-gung als Abweichung ist seitens des Personalmitglieds ein datierter und unterzeich-neter Antrag mitsamt den erforderlichen Dienstbescheinigungen, aus denen der Be-schäftigungszeitraum, das bekleidete Amt und die Unterrichtsebene (Kindergarten, Primarschule, Unterstufe oder Oberstufe des Sekundarunterrichts, ...) bzw. Jahr-gangsklasse, in der das Personalmitglied tätig war, bei der Unterrichtsverwaltung einzureichen.

Artikel 1 und 2 nehmen die Anpassungen im Königlichen Erlass vom 22. März 1969 vor (Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens).

Artikel 54 und 55 nehmen die Anpassungen im Dekret vom 14. Dezember 1998 vor (Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens).

Artikel 60 und 61 nehmen die Anpassungen im Dekret vom 29. März 2004 vor (Dienst-recht des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens).

Artikel 71 und 73 nehmen die Anpassungen im Dekret vom 27. Juni 2005 vor (Dienst-recht der autonomen Hochschule).

7. Anpassung des Sprachendekrets (Artikel 63)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Fremdsprachenlehrer im Grundschulwesen müssen einen Nachweis der fremdsprachen-didaktischen Kenntnisse erbringen. Als Nachweis gilt u.a. eine Bescheinigung über den er-folgreichen Abschluss einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik in einem Umfang von mindestens 10 ECTS für Fremdsprachenlehrer in der Primarschule bzw. 6 ECTS für Fremd-sprachenlehrer im Kindergarten.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft bietet die AHS eine entsprechende Zusatzaus-bildung an. Seit vielen Jahren belegen aber auch immer wieder Personalmitglieder eine vom *Institut des langues vivantes* der Universität Lüttich angebotene Ausbildung in

Fremdsprachendidaktik. Diese Ausbildung umfasst 60 Unterrichtsstunden. In internen Dokumenten gab die Universität an, dass sie einem Umfang von 10 ECTS-Punkten entspricht. Auch wenn auf den ausgestellten Zertifikaten keine ECTS-Punkte, sondern nur die Anzahl Unterrichtsstunden vermerkt waren, wurde diese Zusatzausbildung bislang immer als ein gemäß Sprachendekret erforderlicher Nachweis anerkannt.

Im Rahmen des letzten Ausbildungszyklus im August 2024, der weiterhin 60 Unterrichtsstunden beinhaltet, sind jedoch seitens der Universität Lüttich erstmalig Zertifikate verliehen worden, auf denen vermerkt ist, dass die Ausbildung einem Umfang von 5 ECTS-Punkten entspricht. Damit die betroffenen Personalmitglieder aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die diese Ausbildung bislang absolviert haben, dennoch als Inhaber des erforderlichen Nachweises in Fremdsprachendidaktik gelten, wird vorgeschlagen, im Sprachendekret eine Übergangsbestimmung vorzusehen und festzulegen, dass als Nachweis der fremdsprachendidaktischen Kenntnisse zusätzlich zu den bisher gültigen Nachweisen die bis einschließlich 31. August 2025 ausgestellte Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik mit einem Umfang von mindestens 60 Unterrichtsstunden gilt. Auf diese Weise wird kein Kandidat, der in der Vergangenheit die Ausbildung in Fremdsprachendidaktik am *Institut des langues vivantes* belegt hat, benachteiligt durch die Tatsache, dass diese Ausbildung nun mit einem Umfang von 5 ECTS-Punkten gewertet wird. Entsprechende Bescheinigungen, die nach dem 31. August 2025 ausgestellt werden, können hingegen nicht mehr als Nachweis der fremdsprachendidaktischen Kenntnisse geltend gemacht werden.

Artikel 63 fügt die Übergangsregelung in das Dekret vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen ein.

8. Pensionsalter (Artikel 10)

Inkrafttreten: 1. Juli 2025

Die föderale Gesetzgebung sieht vor, dass das gesetzliche Pensionsalter ab 2025 von 65 auf 66 Jahre und ab 2030 auf 67 Jahre angehoben wird. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft das Gesetz vom 24. Dezember 1976 über die Haushaltsvorschläge 1976-1977 anpasst. Dieses Gesetz sieht für das Unterrichtswesen vor, dass es nicht gestattet ist, einem Personalmitglied nach Ablauf des Schuljahres, in dem es das Alter von 65 Jahren erreicht, ein Gehalt bzw. eine Gehaltssubvention zu zahlen. Einzige Ausnahme bildet der im Dekret vom 25. Juni 2001 vorgesehene Rückruf pensionierter Personalmitglieder in ein Anwerbungsamt der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals bei nachgewiesenem Lehrermangel. Aufgrund der Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters schlägt die Regierung vor, das Gesetz vom 24. Dezember 1976 dahingehend anzupassen, dass einem Personalmitglied kein Gehalt bzw. keine Gehaltssubvention zugewiesen werden darf nach Ablauf des Schuljahres, in dem das Personalmitglied das gesetzliche Pensionsalter erreicht hat, es sei denn es wird in Anwendung von Kapitel II des Dekrets vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts nach der Versetzung in den Ruhestand vorübergehend in den Dienst zurückgerufen. Da es aber auch in Auswahl- oder Beförderungsämtern bei vorübergehender Abwesenheit des Stelleninhabers mitunter zu Personalengpässen kommt, wird zusätzlich vorgesehen, dass es gestattet ist, ein Personalmitglied zu entlohnen, das nach der Versetzung in den Ruhestand aufgrund der vorübergehenden Abwesenheit des Stelleninhabers als Vertretung in einem Auswahl- oder Beförderungsamt bezeichnet wird.

Artikel 10 nimmt die Anpassung im Gesetz vom 24. Dezember 1976 vor.

9. Textbereinigungen (Artikel 3, 4, 57, 73 und 110)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Infolge des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs und der Besoldung nach Diplom wird mittlerweile kein Personalmitglied mehr gemäß dem Erlass der Regierung vom 13. Februar 2003 der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung der ab dem 1. Dezember 2002 gültigen Gehaltstabellen für die Dienstposten des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Hochschulen oder dem Königlichen Erlass vom 16. Januar 1970 zur Gewährung eines Gehaltszuschlags für gewisse Mitglieder des Unterrichtspersonals, die Inhaber besonderer Diplome sind, besoldet. Alle in Frage kommenden Personalmitglieder werden aufgrund des Dekrets vom 21. April 2008 besoldet. Daher schlägt die Regierung vor, diese beiden Erlasse durch **Artikel 110** aufzuheben.

Die Regierung schlägt vor, folgende Verweisfehler zu beheben:

- **Artikel 3 und 4** verbessern einen Verweisfehler in den Artikeln 40 und 91 quinquies des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens. In beiden Artikeln wird auf eine der Bezeichnungsbedingen verwiesen, jedoch wird auf Artikel 16 Nummer 5 anstatt auf Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 verwiesen.
- **Artikel 57** verbessert einen Verweisfehler in Artikel 79 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten psychomedizinisch-sozialen Zentrums. In Artikel 79 wird auf eine der Einstellungsbedingungen verwiesen, jedoch wird auf Artikel 49 §1 Nummer 1 anstatt auf Artikel 49 §1 Absatz 1 Nummer 1 verwiesen.
- **Artikel 73** verbessert einen Verweisfehler in Artikel 5.38 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule. In Artikel 5.38 wird auf eine der Bezeichnungsbedingungen verwiesen, jedoch wird auf Artikel 5.15 §1 Nummer 5 anstatt auf Artikel 5.15 §1 Absatz 1 Nummer 5 verwiesen.

10. Anpassung der Zulassungsbedingungen zum zweiten Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts (Artikel 13)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Derzeit sieht Artikel 10 §2 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens vor, dass Schüler das erste Jahr des Sekundarunterrichtes nur besucht und nicht bestanden haben müssen, um ins zweite Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichtes zu steigen. Für die Schüler im ersten Anpassungsjahr ist dies sinnvoll.

Eine Schulleitung berichtet jedoch, dass diese Bestimmung für die Schüler des ersten Beobachtungsjahres folgenden unerwünschten Nebeneffekt hat: Bestehen diese Schüler das erste gemeinsame Jahr nicht, wechseln sie oft in das zweite Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts, obwohl sie die Fähigkeiten für ein erstes Beobachtungsjahr haben. Da die Möglichkeit der Versetzung ins zweite Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts bei den Schülern bekannt ist, strengen sie sich oftmals bereits früh im Jahr nicht mehr an. Ein Hebel, die Schüler zu einer Veränderung ihres Arbeits- und Sozialverhaltens zu motivieren,

ist die Versetzung ins zweite Jahr. Wenn dies ohne Einschränkung sowieso möglich ist, fällt dieses Argument weg.

Daher schlägt die Regierung vor, die Zulassungsbedingungen zum zweiten Jahr des berufsbildenden Unterrichtes für die Schüler des ersten Beobachtungsjahres dahingehend anzupassen, dass ein positives Gutachten des Zulassungsrates vorliegen muss, wie dies für viele andere Übergänge bereits Voraussetzung ist.

Artikel 13 ergänzt Artikel 10 §2 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens um ein positives Gutachten des Zulassungsrates bei einem Wechsel vom ersten gemeinsamen ins zweite Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts.

11. Harmonisierung der Regelung hinsichtlich des Zeitpunkts der Beantragung einer Umwandlung ungenutzten Stundenkapitals in finanzielle Mittel (Artikel 75, 77 und 109)

Inkrafttreten: 1. Juli 2025

Einrichtungen im Unterrichtswesen verfügen über eine gewisse Flexibilität beim Einsatz des dekretal gewährten Stellenkapitals, indem sie ein begrenztes Stellenkapital in finanzielle Mittel umwandeln können, um Weiterbildungsmaßnahmen zu finanzieren. Dieser Mechanismus ist für die Regelsekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das Zentrum für Förderpädagogik, Kaleido Ostbelgien, die Autonome Hochschule Ostbelgien und die Musikakademie in den entsprechenden Rechtstexten vorgesehen.

Jedoch sehen das Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, das Dekret vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts und das Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule einen Stichtag vor, der für andere Einrichtungen, die ebenfalls Anspruch auf diesen Mechanismus haben, nicht gilt: Kaleido, das ZFP und die AHS müssen derzeit Anträge auf Umwandlung von Stellenkapital in finanzielle Mittel vor Schuljahresbeginn einreichen. Diese Frist ist aus praktischen Gründen nicht sinnvoll, da sich Bedarfe oftmals erst im Laufe eines Schuljahres bzw. akademischen Jahres entwickeln. Außerdem wird eine einheitliche Regelung hinsichtlich des Zeitpunkts der Beantragung der Umwandlung ungenutzten Stellenkapitals in finanzielle Mittel für alle berechtigten Einrichtungen angestrebt. Daher wird vorgeschlagen, den oben genannten Stichtag zu streichen.

Artikel 77 streicht die Frist zur Einreichung eines Antrags auf Umwandlung des Stundenkapitals in Artikel 59 §2 Absatz 2 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts.

Artikel 75 streicht die Frist zur Einreichung eines Antrags auf Umwandlung des Stundenkapitals in Artikel 7.4 §2 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule. Absatz 3 wird in Folge der Streichung der Antragsfrist dahingehend angepasst, dass die Auszahlung nicht zu Beginn des Schuljahres, sondern im Laufe des Schuljahres gewährt wird.

Artikel 109 streicht die Frist zur Einreichung eines Antrags auf Umwandlung des Stellenkapitals in Artikel 8.4 §2 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Absatz 3 wird in Folge der

Streichung der Antragsfrist dahingehend angepasst, dass die Auszahlung nicht zu Beginn des Schuljahres, sondern im Laufe des Schuljahres gewährt wird.

12. Vereinfachung des Verfahrens bezüglich der Einschreibung erstankommender Schüler (Artikel 51, 52 und 53)

Inkrafttreten: 1. Juli 2025

Gemäß Artikel 93.70 und Artikel 93.71 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen führt ein Schulleiter bzw. ein Schulträger eine Liste, auf der die erstankommenden Schüler vermerkt werden. Diese Liste dient als Antrag auf Einschreibung erstankommender Schüler sowie als Antrag auf ergänzendes Stellenkapital im Sinne von Artikel 93.79 oder als Stellenkapital zur Organisation einer Sprachlernklasse oder eines Sprachlernkurses im Sinne von Artikel 93.80 und 93.81 desselben Dekrets. Die eingereichten Listen bzw. Anträge werden infolge eines Gutachtens der Schulinspektion innerhalb von zehn Werktagen von der Regierung genehmigt.

Geht ein Antrag ein, prüft die Unterrichtsverwaltung zunächst, ob alle auf der Liste vermerkten Schüler die Bedingungen gemäß Artikel 4 Nummer 37 desselben Dekrets erfüllen: sie sind zwischen zweieinhalb und 18 Jahren alt, ihre Sprachkenntnisse liegen unter dem Niveau A2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen und sie haben ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort in einer der neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets. Anschließend wird die Liste der Schulinspektion zur Begutachtung vorgelegt. Diese Begutachtung hat jedoch inhaltlich wenig Mehrwert, da die objektiv prüfbaren Kriterien bereits von der Unterrichtsverwaltung kontrolliert wurden. Im Sinne des Bürokratieabbaus schlägt die Regierung daher vor, das Verfahren dekretal dahingehend anzupassen, dass das Gutachten der Schulinspektion entfällt.

Darüber hinaus ist eine Textkorrektur des Artikels 93.71 des oben genannten Dekrets vom 31. August 1998 erforderlich. Dieser Artikel bestimmt das Verfahren zur Einschreibung erstankommender Schüler in Regelsekundarschulen, das ähnlich wie das im Artikel 93.70 beschriebene Verfahren für die Einschreibung erstankommender Schüler in Primarschulen gestaltet sein soll. Es fehlt jedoch ein Verweis auf den per Dekret vom 23. Juni 2023 eingefügten Absatz, der eine Genehmigung der Regierung vorsieht.

Artikel 51 streicht in Artikel 93.70 Absatz 6 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen die Notwendigkeit eines Gutachtens der Schulinspektion für eine Entscheidung der Regierung bezüglich der Einschreibung von erstankommenden Schülern in der Regelprimar- und der Regelsekundarschule.

Artikel 52 fügt in Artikel 93.71 Absatz 1 desselben Dekrets vom 31. August 1998 einen Verweis auf Artikel 93.70 Absatz 6 desselben Dekrets hinzu.

Artikel 53 streicht die in Artikel 93.79 desselben Dekrets vom 31. August 1998 aufgeführte Begutachtung der Anträge auf ergänzendes Stellenkapital für erstankommende Schüler im Kindergarten durch die Schulinspektion.

13. Schaffung der Möglichkeit der Vergabe des Abschlusszeugnisses

der Grundschule in der Fördersekundarschule (Artikel 11)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Artikel 88 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen hält fest, dass der Grundschulbesuch mit dem Abschlusszeugnis der Grundschule abschließt. Gemäß Artikel 24 §1 und §1bis des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens kann den Schülern, die das erste Jahr des Regelsekundarunterrichts erfolgreich bestanden haben, das Abschlusszeugnis der Grundschule verliehen werden; den Schülern, die das zweite Jahr des berufsbildenden Regelsekundarunterrichts erfolgreich bestanden haben, kann ein dem Abschlusszeugnis der Grundschule gleichwertiger Studiennachweis verliehen werden. Im Fördersekundarschulwesen besteht die Möglichkeit der Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule bislang nicht, sodass dieses von Fördersekundarschülern ausschließlich vor dem schulexternen Prüfungsausschuss erlangt werden kann. Dies stellt eine Ungleichbehandlung von Regel- und Förderschülern dar.

In Analogie zu der Möglichkeit der Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule in der ersten Stufe des Regelsekundarschulwesens soll auch im Fördersekundarschulwesen die Möglichkeit geschaffen werden, das Abschlusszeugnis der Grundschule zu verleihen, wenn ein Schüler die in den Rahmenplänen beschriebenen Kompetenzen, die für die Primarschule als Mindestanforderungen festgelegt worden sind, in ausreichendem Maße in jenen Fächern beherrscht, die für die Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule bezeichnet worden sind. Gemäß Artikel 82 des Dekrets vom 31. August 1998 werden bei der Entscheidung über die Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule die Fächer beziehungsweise Fachbereiche Unterrichtssprache, erste Fremdsprache, Mathematik, Sport, Musik/Kunst, Naturwissenschaften/Technik und Geschichte/Geografie berücksichtigt, wobei den Fächern Unterrichtssprache, erste Fremdsprache und Mathematik besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Möglichkeit, das Abschlusszeugnis der Grundschule zu verleihen, gibt der Fördersekundarschule die Chance, einen Anreiz für die Lernenden zu schaffen, gezielt auf diesen Abschluss hinzuarbeiten. Das kann sich ebenfalls positiv auf die Schulmotivation auswirken. Das Diplom innerhalb der Schule und nicht vor einer unbekannten Jury abzulegen, kommt den spezifischen Bedarfen von Förderschülern entgegen.

In der Fördersekundarschule können die Lernenden eine Qualifikation erlangen, die ihnen Zugang zu einer Lehre ermöglicht. Ein erlangter Grundschulabschluss kann zum Selbstwertgefühl des Lernenden beitragen und ihn motivieren, sich weiter zu qualifizieren. Aufgrund des angepassten Lernrhythmus in der Fördersekundarschule und den fehlenden Möglichkeiten, andere Anschlussdiplome zu erhalten, soll die Vergabe des Grundschulabschlusszeugnisses nicht zeitlich in der Schullaufbahn begrenzt sein.

Artikel 11 ergänzt den Königlichen Erlass vom 28. Juni 1978 zur Bestimmung der Arten und der Organisation des Förderschulwesens und zur Festlegung der Aufnahme und Beibehaltungsbedingungen auf den verschiedenen Ebenen des Förderschulwesens dahingehend, dass der Klassenrat im Fördersekundarschulwesen das Abschlusszeugnis der Grundschule verleihen kann.

14. Jährliche Einschreibung volljähriger Schüler im Förderschulwesen (Artikel 49)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Per Dekret vom 26. Juni 2023 wurden die volljährigen Regelschüler, die weiterhin die Schule besuchen möchten, in Anlehnung an die Dekrete in der Französischen Gemeinschaft dazu verpflichtet, sich jedes Schuljahr erneut in eine Sekundarschule einzuschreiben. Diese Maßnahme erlaubt den Schulleitern, Einschreibungen volljähriger Schüler abzulehnen, wenn diese bspw. nur unregelmäßig am Unterricht teilnehmen. Um eine ungerechtfertigte Ablehnung der Einschreibung zu verhindern, sind die Schulleiter dazu verpflichtet, diese schriftlich zu begründen. Die Begründung muss den volljährigen Schülern per Einschreiben mitgeteilt werden.

Schulmüdigkeit und Motivationslosigkeit führen auch bei einigen Fördersekundarschülern zu sehr unregelmäßigem Schulbesuch bis hin zu völliger Schulabwesenheit. Aufgrund der Volljährigkeit ist die Einflussnahme der Schule auf diese Lernenden gering. Gleichzeitig werden die Jugendlichen keiner Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder inklusiven Arbeit zugeführt und verlieren hierdurch wertvolle Zeit auf ihrem beruflichen und persönlichen Weg. In diesem Fall wird die Schule als Vorwand genutzt und nicht als für die Schüler sinnvolle Ausbildungsstätte angesehen.

Auf Anfrage des Zentrums für Förderpädagogik schlägt die Regierung vor, die jährliche Einschreibeverpflichtung auf volljährige Fördersekundarschüler auszudehnen. Die erforderliche Neueinschreibung kann als Motivationsschub genutzt werden, da der Lernende seine Motivation und Zielsetzungen schriftlich mitteilen muss. Ebenfalls kann er an seinen Fortschritten evaluiert werden. Schule ist damit keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern eine zu nutzende Chance als Volljähriger. Erfolgt keine Neueinschreibung, können die Schüler frühzeitiger als bislang zur Dienststelle oder zum Arbeitsamt orientiert werden, von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen profitieren und damit wieder Selbstwirksamkeit erlangen, die sie in der Schule für sich nicht mehr finden.

Diese Maßnahme richtet sich an leistungsschwächere Schüler, die nur begrenzt ihre Bildungschancen nutzen. Sie zielt in keiner Weise auf schwerer beeinträchtigte Lernende ab, die weiterhin ihren Möglichkeiten entsprechend beschult und gefördert werden sollen.

Artikel 49 passt Artikel 33.1 des Dekrets vom 31. August 1998 dahingehend an, dass die bestehende Regelung hinsichtlich der jährlichen Einschreibung von volljährigen Schülern im Regelschulwesen auf das Förderschulwesen ausgeweitet wird.

15. Harmonisierung der Rechtsgrundlagen zur Zusammensetzung des Klassenrats im Regelsekundarschulwesen (Artikel 12)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Im Schuljahr 2023-2024 kam die Frage auf, ob Werkstattleiter mit beratender Stimme an den Sitzungen des Klassenrats teilnehmen können. Nach Analyse der Rechtsgrundlagen stellte die Unterrichtsverwaltung fest, dass es für das Regelsekundarschulwesen zwei Rechtsgrundlagen gibt, in denen die Zusammensetzung des Klassenrats geregelt ist und dass diese Unterschiede in Bezug auf das Direktionspersonal beinhalten.

Artikel 86 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen

Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen gilt für das Regel- und für das Fördersekundarschulwesen und besagt zur Zusammensetzung des Klassenrates:

„Der Schulleiter oder sein Vertreter sowie alle mit der unmittelbaren Betreuung des Schülers betrauten Mitglieder des Lehr-, Erziehungshilfs- und paramedizinischen sowie sozialpsychologischen Personals sind stimmberechtigte Mitglieder des entsprechenden Klassenrates; ein Vertreter des Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums nimmt als beratendes Mitglied an den Versammlungen des Klassenrats teil. Der Klassenrat kann externe Berater hinzuziehen.“

Gemäß diesem Artikel ist vom Direktionspersonal ausschließlich der Schulleiter stimmberechtigtes Mitglied des Klassenrats. Der Werkstattleiter ist ein Auswahlamt in der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, gehört aufgrund der Aufgabenbeschreibung jedoch eher zum Direktions- als zum Lehrpersonal. Somit zählt er nicht zu den „mit der unmittelbaren Betreuung des Schülers betrauten Mitglieder[n] des Lehrpersonals“ und ist nicht stimmberechtigt. Der Werkstattleiter könnte als externer Berater hinzugezogen werden, ohne Stimmrecht.

Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens gilt lediglich für das Regelsekundarschulwesen und besagt:

„1° l'expression "Conseil de classe" désigne l'ensemble des membres du personnel directeur et enseignant chargés de former un groupe déterminé d'élèves, d'évaluer leur formation et de prononcer leur passage dans l'année supérieure“. Laut dieser Definition gehören alle Mitglieder des Direktions- und des Lehrpersonals zu den stimmberechtigten Mitgliedern des Klassenrats – also auch die Werkstattleiter.

Im Sinne der Rechtssicherheit sollte in beiden Rechtsgrundlagen mit derselben Definition von „Klassenrat“ gearbeitet werden. Daher schlägt die Regierung vor, einen Verweis auf den Artikel 86 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen in den Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens einzufügen. Der Klassenrat kann den Werkstattleiter als externen Berater hinzuziehen.

Artikel 12 ersetzt die Definition von „Klassenrat“ in Artikel 7 Absatz 1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens, durch einen Verweis auf den Artikel 86 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen.

16. Vereinfachung des Verfahrens zur Umwandlung von administrativer Koordination (Chefsekretäre) in Projektstellen für Schulentwicklung oder Pädagogik (Artikel 59)

Inkrafttreten: 31. Mai 2025

Gemäß Artikel 48 §2 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen kann ein Schulträger, der für alle seine Grundschulen zusammen mindestens eine Vollzeitstelle im Amt des Chefsekretärs für administrative Koordinationsaufgaben erhalten hat, bis zu einem Drittel dieses Stellenkapitals für administrative Koordinationsaufgaben für die Verwirklichung von Projekten im Bereich der Schulentwicklung oder der Pädagogik verwenden. Hierzu bedarf es einer Genehmigung der Regierung, die infolge eines Gutachtens der

Schulinspektion erteilt wird. Die entsprechenden Anträge sind bis zum 31. Mai für das darauffolgende Schuljahr einzureichen.

Im Sinne des Bürokratieabbaus schlägt die Regierung vor, das dekretale Verfahren dahingehend anzupassen, dass das pädagogische Gutachten entfällt. Die Schulen teilen weiterhin mit, für welche pädagogischen Projekte sie das Stellenkapital nutzen, und welcher Umfang des Stellenkapitals umgewandelt wird, damit sichergestellt werden kann, dass nicht mehr als ein Drittel umgewandelt und kein Personalmitglied im Amt des Chefsekretärs verdrängt wird.

Artikel 60 streicht in Artikel 48 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen das Gutachten der Schulinspektion bezüglich der Umwandlung von Stellenkapital für administrative Koordinationsaufgaben in Stellenkapital zur Verwirklichung von pädagogischen Projekten.

Artikel 59 soll am 31. Mai 2025 in Kraft treten, damit das vereinfachte Verfahren bereits im Schuljahr 2025-2026 Anwendung finden kann.

17. Änderungen betreffend des Stunden- und Stellenkapitals des Förderschulwesens und der Internate (Artikel 16-19)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Das Stunden- und Stellenkapital für das Förderschulwesen, für die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Regelschulwesen, für zusätzliche halbe Stellen im Förderschulwesen, für zusätzliche 3,75 Stellen im Amt des Aufsehers-Erziehers in Fördersekundarschulen und 2,5 Stellen im Internat des Zentrums für Förderpädagogik wird geregelt in den Artikeln 5ter, 53ter §7, 53quater §2 und 53sexies §§1 und 2 des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden.

In den Artikeln 5ter und 53quater §2 ist festgelegt, dass dieses Stunden- und Stellenkapital für die Schuljahre 2009-2010 bis einschließlich 2024-2025 gilt; laut Artikel 53ter §7 gilt dieses Stundenkapital für die Schuljahre 2015-2016 bis zum Schuljahr 2024-2025 einschließlich. In Artikel 53sexies §1 und §2 werden die zusätzlichen Stellen für die Schuljahre 2022-2023 bis zum Schuljahr 2024-2025 einschließlich gewährt.

In Erwartung der Verabschiedung eines ordentlichen Dekrets, in dem das Stellenkapital des per Sonderdekret vom 22. April 2024 gegründeten Zentrums für Inklusive Pädagogik festgelegt wird, schlägt die Regierung vor, das o.e. Stunden- und Stellenkapital bis zum Schuljahr 2026-2027 zu verlängern.

Artikel 16 legt fest, dass das gemäß den Artikeln 6 §3, 21, 34, 37 §3 und 44 des Dekrets vom 27. Juni 1990 ermittelte Stundenkapital für das Förderschulwesen bis zum Schuljahr 2026-2027 einschließlich zur Verfügung steht.

Artikel 17 legt fest, dass das Stundenkapital für die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Regelschulwesen bis zum Schuljahr 2026-2027 einschließlich zur Verfügung steht.

Artikel 18 legt fest, dass Fördergrund- und -sekundarschulen zusätzliches Stundenkapital erhalten, wenn die Grundschulen fünf und die Sekundarschulen sieben Schüler mehr aufweisen als am 30. September 2008. Für jede angefangene Tranche von fünf Schülern

erhält die Fördergrundschule eine halbe Stelle, Fördersekundarschulen für jede angefangene Tranche von sieben Schülern eine ganze Stelle. Diese Maßnahme wird bis zum Schuljahr 2026-2027 verlängert.

Artikel 19 Nummer 1 legt fest, dass die 3,75 Stellen im Amt des Aufsehers-Erziehers für Fördersekundarschulen, die unabhängig vom nach Artikel 34 erwirtschafteten Stundenkapital gewährt werden, bis zum Schuljahr 2026-2027 einschließlich zur Verfügung stehen.

Artikel 19 Nummer 2 legt fest, dass die 2,5 Stellen im Amt des Internatsaufsehers, die unabhängig vom nach Kapitel IV erwirtschafteten Stundenkapital gewährt werden, bis zum Schuljahr 2026-2027 einschließlich zur Verfügung stehen.

18. Schaffung der Möglichkeit der Gewährung eines Gnadenjahres für die Internate im subventionierten Unterrichtswesen (Artikel 14 und 15)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Ein von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiertes Internat, das am 1. Oktober des vorherigen Schuljahres weniger als 30 Schüler zählte, wird gemäß Artikel 2 §2 des königlichen Erlasses Nr. 456 vom 10. September 1986 zur Rationalisierung und Programmierung der Internate des vom Staat organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens geschlossen. Artikel 2 §3 desselben Erlasses sieht jedoch vor, dass die Regierung eine Ausnahme genehmigen kann, wenn das betroffene Internat am letzten Schultag des Monats September des nachfolgenden Schuljahres mindestens 21 Schüler zählt. In diesem Fall erhält das Internat ein Gnadenjahr und bleibt für ein weiteres Schuljahr geöffnet.

Für die subventionierten Internate liegt die Mindestnorm ebenfalls bei 30 Schülern, jedoch existiert die o.e. Regelung des Gnadenjahres nicht. Um die daraus resultierende Ungleichbehandlung zu beheben, schlägt die Regierung vor, ein Gnadenjahr für subventionierte Internate zu ermöglichen.

Artikel 14 fügt ein Gnadenjahr ein, wenn ein subventioniertes Internat die Mindestnorm von 30 Schülern nicht erreicht, aber am 30. September des nachfolgenden Schuljahres mindestens 21 Schüler zählt.

Artikel 15 verdeutlicht die Berechnungsweise der oben genannten 21 Schüler.

19. Datenschutzgrundlage für die Schnupperwochen (Artikel 20 und 21)

Inkrafttreten: 1. Juli 2025

In ihrem Gutachten Nr. 65/2023 vom 24. März 2023 zum Erlass der Regierung vom 15. Februar 2024 über die Maßnahme zur Berufswahlorientierung „Schnupperwochen“ des Institutes für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen monierte die Datenschutzbehörde, dass die Teilnehmer an den Schnupperwochen nicht als Auszubildende verstanden werden können. Demnach schlägt die Regierung vor, das Kapitel IV.1 über Vertraulichkeit und Datenschutz im Dekret vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen um die Daten für die Teilnehmer an den Schnupperwochen zu ergänzen.

20. AHS - Anpassung der notwendigen Ausbildungsaktivitäten zur Erlangung der Kompetenzen im Studienbereich Lehramt (Artikel 65)

Inkrafttreten: 1. September 2025

In Artikel 2.8 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule werden in §1 die Kompetenzen, die die Studierenden im Studienbereich Lehramt während des Studiums erlangen sollen, festgehalten. In §2 werden verschiedene Bildungsbereiche, in die sich die zur Erlangung dieser Kompetenzen notwendigen Ausbildungsaktivitäten einbetten, definiert. Die Reform des Studiums im Studienbereich Lehramt und die stärkere Orientierung der Ausbildungsangebote an die in Artikel 2.8 §1 verfassten Kompetenzen erfordert eine Aktualisierung der dekretal festgehaltenen Bildungsbereiche.

Aus den bisherigen Bildungsbereichen wurden die inhaltlichen Schwerpunkte nicht oder nur unzureichend deutlich. Durch die aktualisierten Bildungsbereiche werden die Ausbildungsaktivitäten deutlicher zuzuschreiben und besser mit den Kompetenzen zu verknüpfen sein.

Im Bildungsbereich „Erziehungs- und sozialwissenschaftliche Ausbildung“ werden beispielsweise sozialpsychologische, entwicklungspsychologische, soziologische und deontologische Inhalte bearbeitet, die relevantes Hintergrundwissen für Pädagogen/-innen beschreiben. In der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Ausbildung werden mit den Studierenden rahmen- bzw. aktivitätenplanorientiert die Inhalte der verschiedenen Fächer erarbeitet und in eine didaktische Perspektive übertragen, d.h. wie die erarbeiteten Inhalte in der Zielstufe mit den Kindern lernförderlich bearbeitet werden können. Die wissenschaftliche Ausbildung beinhaltet Kurse zur empirischen Bildungsforschung, zum evidenzbasierten, wissenschaftlichen Arbeiten und zur Vorbereitung auf die Bachelorarbeit. Der Bereich „Berufspraktische Ausbildung und professionelle Identität“ beinhaltet die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Praktika sowie die Reflexion der eigenen professionellen Rolle.

Artikel 65 ersetzt die Bildungsbereiche im Studienbereich Lehramt in Artikel 2.8 §2 des Dekrets vom 27. Juni 2005.

21. AHS - Textkorrektur: Aufhebung von Bezügen zu Wahlfächern im Studienbereich Lehramt (Artikel 68-70)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Per Dekret vom 26. Juni 2023 wurde Artikel 3.18 §1 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule aufgehoben. Diese Maßnahme zielte darauf ab, die Möglichkeit Wahlfächer in der Erstausbildung im Studienbereich Bildungswissenschaften zu absolvieren, abzuschaffen. Daher wurden im Artikel 3.18 §1 die Wahlfächer um Rahmen der Erstausbildung im Studienbereich Bildungswissenschaften gestrichen. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit eröffnet, eine Zusatzausbildung zu absolvieren. Es wurde jedoch versäumt, an anderen Stellen Artikel aufzuheben, die auf den aufgehobenen Artikel Bezug nehmen und ohne den Artikel 3.18 §2 gegenstandslos sind. Diese Textkorrektur soll nun vorgenommen werden.

Artikel 68 streicht zwei Verweise auf Artikel 3.18 §1 Absatz 2 in Artikel 3.21 des Dekrets vom 27. Juni 2005.

Artikel 69 streicht den Verweis auf Artikel 3.18 §1 Absatz 2 in Artikel 3.33 §4 des Dekrets vom 27. Juni 2005.

Artikel 70 streicht zwei Verweise auf Artikel 3.18 §1 Absatz 2 in Artikel 3.35 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005.

22. AHS - Erhöhung des Stellenkapitals für den Fachbereich Bildungswissenschaften aufgrund der Verlängerung der Erstausbildung im Studienbereich Lehramt (Artikel 74 Nummer 1 und 76)

Inkrafttreten: Artikel 74 Nummer 1: 1. September 2028

Artikel 76: 1. September 2025

Aktuell beläuft sich das Stellenkapital für den Fachbereich Bildungswissenschaften der autonomen Hochschule auf 19,25 Vollzeitstellen. Aufgrund der Reform und der Verlängerung der beiden Ausbildungen im Studienbereich Lehramt um ein Studienjahr erhöht sich der Bedarf um vier Vollzeitstellen. Die zusätzlichen vier Vollzeitstellen werden benötigt,

- um die zusätzlichen und verlängerten Praxisformate in den ersten drei Studienjahren zu koordinieren und zu begleiten;
- um Unterrichtsangebote des vierten Studienjahres im Umfang von 39 ECTS-Punkten in beiden Abteilungen des Studienbereiches Lehramt zu planen und durchzuführen sowie die Begleitung und Koordination der Praxis im Umfang von 21 ECTS-Punkten in beiden Abteilungen zu gewährleisten.

Entsprechend der Grundlagen für die Arbeitsaufträge der Dozierenden werden folgende zusätzliche Stunden benötigt:

- für die Koordination und Begleitung der zusätzlichen und verlängerten Praxisformate in den ersten drei Studienjahren zusätzliche 360 Stunden (0,25 Vollzeitäquivalent (VZÄ));
- für die Planung und Durchführung von angepassten Laboratorien oder Unterrichtsaktivitäten in den ersten drei Studienjahren sowie für die Teilnahme an Versammlungen, Beratungen und Weiterbildungen 360 Stunden (0,25 VZÄ);
- für die Erfüllung des Unterrichtsauftrages (Planung und Durchführung) im vierten Studienjahr 3588 Stunden (2,5 VZÄ), für die Koordination der Praxis im vierten Studienjahr 360 Stunden (0,25 VZÄ) und für die Begleitung der Praxis (Praktikumsberatung, Praktikumsbesuche, Syntheseversammlungen...) bei einer Anzahl von 20 Studierenden im 4. Studienjahr in beiden Abteilungen 1050 Stunden (0,75 VZÄ).

Um die ab 1. September 2025 reformierten Grundausbildung kontinuierlich planen und durchführen zu können, sollen die zusätzlichen vier Vollzeitstellen in folgendem Rhythmus genehmigt werden:

- ab dem 1. September 2025: 1,5 VZÄ,
- ab dem 1. September 2026: weitere 1 VZÄ,
- ab dem 1. September 2027: weitere 1 VZÄ,
- ab dem 1. September 2028: weitere 0,5 VZÄ.

Artikel 74 Nummer 1 erhöht das Stellenkapital des Fachbereichs Bildungswissenschaften von 19,25 auf 23,25 Stellen.

Artikel 76 hält fest, dass die vier zusätzlichen Stellen ab dem akademischen Jahr 2025-2026 etappenweise zur Verfügung gestellt werden.

23. AHS - Präzisierung der Gewährung der Erhöhung des Stellenkapitals bei Überschreitung der Anzahl der regulären Studierenden im 1. Studienjahr der Erstausbildung im Studienbereich Lehramt (Artikel 74 Nummer 2)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Per Dekret vom 28. Juni 2021 wurde festgehalten, dass das Stellenkapital des Fachbereichs Bildungswissenschaften erhöht wird, wenn mehr als 30 Studierende in einem Studienjahr eingeschrieben sind. Es wurde nicht präzisiert, wann die 30 Einschreibungen vorliegen müssen. Um Rechtssicherheit zu schaffen, wird dies nun nachgeholt. Die Regierung schlägt vor, dass die Schülerzahlen vom 31. August ausschlaggebend sind, da das zweite Aufnahmeverfahren bis dahin abgeschlossen ist, und dass das zusätzliche Stellenkapital ab dem 1. September zur Verfügung steht.

Artikel 74 Nummer 2 präzisiert die bestehende Regelung hinsichtlich des zusätzlichen Stellenkapitals im Fachbereich Bildungswissenschaften durch die dekretale Verankerung der Stichtage für die in Artikel 6.7 §1 Absatz 2 bis 4 vermerkten Schülerzahlen.

24. AHS - Aushändigung der Studien-, Schul- und Prüfungsordnung in digitaler Form (Artikel 67)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Aufgrund der Länge der Dokumente sollen Schul-, Studien- und Prüfungsordnung zu Beginn des akademischen Jahres auf Wunsch der autonomen Hochschule nur noch in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Die Papierform wird nur auf Anfrage ausgehändigt, um beispielsweise Personen, die keinen Zugang zu einem digitalen Endgerät haben, die Dokumente zur Verfügung zu stellen. Zudem wird im Sekretariat der autonomen Hochschule eine Papierfassung zur Einsicht zur Verfügung gestellt.

Artikel 67 hält fest, dass die Schul-, Studien- und Prüfungsordnung in digitaler Form zur Verfügung gestellt wird und nur auf Anfrage in Papierform ausgehändigt wird.

25. AHS - Anpassung der Gestaltung der Studienplatzvergabe im Studienbereich Soziale Arbeit (Artikel 66)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Die Studienplätze im Studienbereich Soziale Arbeit sind auf 25 Plätze begrenzt. Daher wurde dekretal ein Verfahren für die Studienplatzvergabe vorgesehen. Artikel 3.2.2 §2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule sieht vor, dass der Leiter des Fachbereichs Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften über die Studienplatzvergabe im Studienbereich Soziale Arbeit entscheidet. Die Vergabe der Studienplätze soll im Sinne der möglichst hohen Objektivität jedoch nicht von einer Person allein, sondern von einem Gremium entschieden werden. Die Regierung schlägt auf Wunsch der autonomen Hochschule vor, festzuhalten, dass dieses Gremium aus mindestens drei Personen besteht, darunter mindestens ein Dozent des Studienbereichs Soziale Arbeit sowie ein Mitglied der Direktion.

Artikel 66 bestimmt, dass über die Studienplatzvergabe im Studienbereich Soziale Arbeit von einem Gremium entschieden wird, das aus mindestens drei Personen besteht, darunter ein Dozent des Studienbereichs Soziale Arbeit sowie ein Mitglied der Direktion.

26. Kaleido - Anpassungen im Hinblick auf Konformität mit der Datenschutz-Grundverordnung (Artikel 81-108)

Inkrafttreten: 1. Juli 2025

Kaleido Ostbelgien, das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, ist seit seiner Gründung im Jahr 2014 in besonderem Maße für den Schutz sensibler Daten verantwortlich. Bereits im ursprünglichen Gründungsdekret vom 31. März 2014 wurden Datenschutzregelungen festgelegt, um die Verarbeitung und den Schutz von Gesundheits- und Entwicklungsdaten der betreuten Kinder und Jugendlichen sicherzustellen.

Mit der Einführung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) am 25. Mai 2018 wurden die datenschutzrechtlichen Anforderungen in der gesamten EU umfassend verschärft und vereinheitlicht. Die DSGVO hat verbindliche Standards für den Umgang mit personenbezogenen Daten festgelegt, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Das vorliegende Gesetzesvorhaben dient der Anpassung des Kaleido-Dekretes an die Vorgaben der DSGVO, um sicherzustellen, dass die Datenschutzstandards bei Kaleido dem aktuellen rechtlichen Rahmen entsprechen.

Die wichtigsten Prinzipien der DSGVO umfassen:

- Rechtmäßigkeit, Transparenz und Fairness bei der Datenverarbeitung,
- Zweckbindung der Datenverarbeitung an legitime, im Vorfeld definierte Zwecke,
- Datenminimierung, also die Beschränkung auf das notwendige Maß an Daten,
- Richtigkeit der verarbeiteten Daten und deren regelmäßige Aktualisierung,
- Speicherbegrenzung, was bedeutet, dass personenbezogene Daten nur so lange gespeichert werden, wie es für den Zweck erforderlich ist,
- Integrität und Vertraulichkeit, um durch technische und organisatorische Maßnahmen die Sicherheit der Daten zu gewährleisten.

Diese Grundsätze finden durch die vorliegende Anpassung des Dekrets Anwendung. Besonders in einer Einrichtung wie Kaleido, die über zahlreiche sensible Gesundheitsdaten verfügt, ist es von höchster Bedeutung, dass die Bürger, die freiwillig mit Kaleido zusammenarbeiten, darauf vertrauen können, dass ihre Daten umfassend geschützt sind. Ein Datenverlust oder -missbrauch könnte das Vertrauen in die Einrichtung erheblich schädigen und die Zusammenarbeit gefährden. Die Dekretanpassung stellt sicher, dass Kaleido den höchsten Standards des Datenschutzes gerecht wird und den gesetzlichen Vorgaben entspricht.

Neben zahlreichen kleineren Ergänzungen und Korrekturen, schlägt die Regierung auch wesentlichere Anpassungen vor.

So schlägt die Regierung vor, das Zentrum im Rahmen der Präventionsarbeit zu berechtigen, Kinder und Jugendlichen einzeln anzusprechen. Die Präventionsarbeit betrifft eine unterstützende Maßnahme, die das Zentrum derzeit den Schulen und dem ZAWM anbietet. Bislang hatte das Zentrum jedoch keine juristische Handhabe. Bis auf die Bereiche ansteckende Krankheiten und Untersuchungen beruht alles auf Freiwilligkeit. Für alles, was klassenbezogen ist, sollte die Begleitung des Kindes durch Kaleido jedoch ohne Einverständnis der Eltern stattfinden können. Zudem sieht Erwägungsgrund 38 DSGVO vor, dass *«die Einwilligung des Trägers der elterlichen Verantwortung im Zusammenhang mit Präventions- und Beratungsdiensten, die unmittelbar einem Kind angeboten werden, nicht erforderlich sein sollte»*.

Weiterhin soll dekretal verankert werden, dass Kaleido die Impfdaten, die in der integrierten Begleitakte aufgeführt werden, legitim in die Impfdatenbank übertragen darf.

Darüber hinaus schlägt die Regierung vor, die Datenkategorien, die Kaleido verarbeiten kann, detailliert festzulegen. Auch sensible Daten werden in der entsprechenden Auflistung aufgeführt. Die Verarbeitungen von sensiblen Daten werden dadurch begründet, dass sie aus Gründen des öffentlichen Interesses notwendig sein können. Da aus der allgemeinen Zielsetzung hervorgeht, dass Kaleido Kinder vor Missbrauch und Gewalt schützen soll, und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen so fördern soll, dass sie einen positiven gesellschaftlichen Beitrag leisten können, soll das Recht auf Verarbeitung sensibler Daten so präzise wie möglich dekretal verankert werden.

Die Regierung schlägt ebenfalls vor, einen regelmäßigen und sicheren Austausch von personenbezogenen Daten zwischen der Regierung, den Gemeinden, dem ZAWM, dem ZFP, den Schulen und dem Zentrum dekretal zu verankern, um dessen Aufgaben zu erfüllen. Die monatliche Übermittlung von Identitäts- und Kontaktinformationen sowie von Daten über Neugeborene und zugezogene Kinder stellt sicher, dass das Zentrum frühzeitig mit den betroffenen Familien in Kontakt treten kann, um die notwendige Unterstützung und Begleitung zu gewährleisten.

Die zusätzlichen Bestimmungen zur Übermittlung von Schülerlisten durch die Schulen und Kindergärten dienen dazu, eine aktuelle und umfassende integrierte Begleitakte zu erstellen und zu pflegen. Dies ist notwendig, um sowohl die Organisation von Schuluntersuchungen als auch die Gesundheitsüberwachung, etwa bei ansteckenden Krankheiten, sicherzustellen. Die Einbindung der Nationalregisternummer oder einer gleichwertigen Identifikationsnummer sorgt für eine eindeutige Identifizierung und erleichtert die Verarbeitung der Daten.

Die Verarbeitungszwecke jeder Datenkategorie werden ebenfalls festgelegt. Für jede aufgeführte Datenkategorie, wird verwiesen auf die relevanten Artikel, in den der entsprechende Zweck aufgeführt wird.

Die Regierung schlägt weiterhin vor, im Dekret vorzusehen, dass Kaleido auf die verarbeiteten Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken zurückgreifen darf, um den wachsenden Bedarf an datengestützten Analysen und Statistiken Rechnung zu tragen. Die Erstellung und Analysen von Statistiken dient der kommunalen Entwicklungsförderung, der Beratung der Regierung und der Gemeinden, der Erstellung von Expertisen und der strategischen Planung und dem Qualitätsmanagement.

Es wird auch festgelegt, wie lange personenbezogene Daten aufbewahrt werden dürfen, um den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden. Die unterschiedlichen Fristen berücksichtigen die spezifischen Zwecke der Datenverarbeitung und gewährleisten, dass personenbezogene Daten nicht länger als notwendig gespeichert werden. Gleichzeitig tragen die Regelungen dazu bei, dass die Datenverarbeitung den gesetzlichen und beruflichen Anforderungen, wie z. B. im Bereich der Gesundheitsversorgung, entspricht. Die klare Festlegung von Aufbewahrungsfristen dient nicht nur dem Datenschutz, sondern auch der Rechtssicherheit für alle beteiligten Akteure.

Die Bereitstellung der Daten erfolgt unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben, insbesondere durch die Implementierung geeigneter Sicherheitsmaßnahmen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Daten nur von befugten Personen eingesehen werden und der Grundsatz der Datenminimierung gewahrt bleibt.

Artikel 81 erweitert den Anwendungsbereich des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auf die Personen, die vom dekretalen Auftrag betroffen sind.

Artikel 82 fügt die Definitionen der Begriffe „ZFP“, „Klienten“, „Datenschutz-Grundverordnung“ und „Begleitakte“ in Artikel 1.4 desselben Dekrets vom 31. März 2014 hinzu.

Artikel 83 betrifft eine Präzisierung des Artikels 3.1 desselben Dekrets vom 31. März 2014 im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung im Hinblick auf die von der Zielsetzung des Zentrums betroffenen Personen.

Artikel 84 betrifft eine Präzisierung des Artikels 3.2 desselben Dekrets vom 31. März 2014 im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung im Hinblick auf die erfassten Daten.

Artikel 85 berechtigt das Zentrum dazu, im Rahmen der Präventionsarbeit, die es zur Unterstützung der Schulen und ZAWM anbietet, Kinder und Jugendliche einzeln anzusprechen.

Darüber hinaus wird festgelegt, dass sich Schüler und Erziehungsberechtigte bestimmten Untersuchungsmaßnahmen nicht widersetzen dürfen.

Artikel 86 streicht die Notwendigkeit eines schriftlichen Vertrags zwischen dem Schulträger oder dem IAWM und dem Zentrum, falls der Schulträger oder das IAWM kein Zusammenarbeitsabkommen mit einem anderem PMS abgeschlossen hat. In diesem Fall wird die Intervention vom Zentrum verpflichtend.

Artikel 87 verdeutlicht, dass auch Kinder als Klienten von den in Artikel 3.7 desselben Dekrets vom 31. März 2014 festgelegten Rechten und Pflichten betroffen sind.

Artikel 88 fügt die freiwilligen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen als schulärztliche Untersuchung hinzu.

Artikel 89 hebt Artikel 3.16 desselben Dekrets vom 31. März 2014 auf, mit dem Ziel, den Inhalt dieses Artikels unter Titel 4 - INTEGRIERTE BEGLEITAKTE DES KINDES ODER JUGENDLICHEN, SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN UND BERUFSGEHEIMNIS aufzuführen (Artikel 4.8).

Artikel 90 ändert die Überschrift des Artikels 3.18 desselben Dekrets vom 31. März 2014 und streicht die Bestimmung, dass, in Ermangelung einer ausdrücklichen Verweigerung der Untersuchung, das Einverständnis der Erziehungsberechtigten des Schülers als erteilt gilt.

Artikel 91 verdeutlicht, dass ein untersuchender Arzt unter der Verantwortung des Zentrums arbeitet.

Artikel 92 verankert die Registrierung der vom Zentrum gesammelten Impfungsdaten in die Impfdatenbank dekretal.

Artikel 93 präzisiert den Inhalt und die Aufbewahrungsdauer der Begleitakte.

Artikel 94 korrigiert in Artikel 4.2 desselben Dekrets vom 31. März 2014 einen Verweis, um die Konformität mit der Datenschutz-Grundverordnung sicherzustellen, und fügt zur Präzisierung zwei zusätzliche Verweise hinzu.

Artikel 95 korrigiert im Hinblick auf die Konformität mit der Datenschutz-Grundverordnung Artikel 4.3 desselben Dekrets vom 31. März 2014.

Artikel 96, 97, 98 und 99 korrigieren im Hinblick auf Konformität mit der Datenschutz-Grundverordnung die Bestimmungen bezüglich der Vertraulichkeit der verarbeiteten Daten, der Verantwortung für die Datenverarbeitung und der Verarbeitung der Daten zur Gesundheit.

Artikel 100 fügt eine detaillierte Auflistung aller Datenkategorien hinzu, die vom Zentrum verarbeitet werden.

Artikel 101 verankert einen regelmäßigen und sicheren Austausch von personenbezogenen Daten zwischen der Regierung, den Gemeinden, dem ZAWM, dem ZFP, den Schulen und dem Zentrum, um das Zentrum bei der Erfüllung seines Auftrags frühestmöglich zu unterstützen und damit die Aktualität der Schul- und Kontaktdaten aller Kinder, Jugendlichen und Erziehungsberechtigten im Hinblick auf die Organisation der Schuluntersuchungen gewährleistet werden kann. Die monatliche Übermittlung von Identitäts- und Kontaktinformationen sowie von Daten über Neugeborene und zugezogene Kinder stellt sicher, dass das Zentrum frühzeitig mit den betroffenen Familien in Kontakt treten kann, um die notwendige Unterstützung und Begleitung zu gewährleisten.

Die zusätzlichen Bestimmungen zur Übermittlung von Schülerlisten durch die Schulen und Kindergärten dienen dazu, eine aktuelle und umfassende integrierte Begleitakte zu erstellen und zu pflegen. Dies ist notwendig, um sowohl die Organisation von Schuluntersuchungen als auch die Gesundheitsüberwachung, etwa bei ansteckenden Krankheiten, sicherzustellen. Die Einbindung der Nationalregisternummer oder einer gleichwertigen Identifikationsnummer sorgt für eine eindeutige Identifizierung und erleichtert die Verarbeitung der Daten.

Artikel 102 legt die Verarbeitungszwecke der vom Zentrum verarbeiteten personenbezogenen Daten fest.

Artikel 103 präzisiert zu welchen Zwecken die Daten für die Erstellung von Analysen und Statistiken genutzt werden.

Artikel 104 legt fest, in welchen Fällen die personenbezogenen Daten an Dritte übermittelt werden können.

Artikel 105 legt pro Datenkategorie die Aufbewahrungsdauer der entsprechenden Daten fest.

Artikel 106 legt konkrete Sicherheitsmaßnahmen fest, die das Zentrum bei der Verarbeitung der Daten umsetzen muss.

Artikel 107 präzisiert die evidenzbasierte Arbeitsweise des Zentrums, in dem Kooperationen mit Forschungseinrichtungen, zum Beispiel im Rahmen von Pilotprojekten, explizit hinzugefügt werden.

Artikel 108 fügt Umfragen als Instrument zur Qualitätskontrolle hinzu.

27. Anpassung der Studienpunkte in den Anhängen 3 und 4 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen (Artikel 79 und 80)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Anhang 3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über die pädagogischen und administrativen Neuerungen im Unterrichtswesen legt die wesentlichen Elemente der Ausbildung zur Erlangung einer Lehrbefähigung (siehe Artikel 1 §2 Nummer 3) für die sogenannte „Lehrbefähigung Pädagogik (CAP+)“ mit einem Gesamtumfang von 30 Studienpunkten fest. Anhang 4 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über die pädagogischen und administrativen Neuerungen im Unterrichtswesen legt die wesentlichen Elemente der Ausbildung zur Erlangung einer Lehrbefähigung (siehe Artikel 1 §2 Nummer 4) für den sogenannten „Pädagogischen Befähigungsnachweises (CAP)“ mit einem Gesamtumfang von 15 Studienpunkten fest.

Im Rahmen der angestrebten Optimierung der vorerwähnten Zusatzausbildungen werden die Weiterentwicklung und die Aktualisierung der Module in Kohärenz mit dem gerade neu entwickelten Unterrichtsbeobachtungsbogens für die vorerwähnten Zusatzausbildungen CAP und CAP+ umgesetzt.

Aufgrund der an der AHS gemachten Erfahrungen bei der Umsetzung der vorerwähnten Zusatzausbildungen sollen in einem ersten Schritt Anpassungen auf Ebene der Studienpunkte und Kurse zwecks verbesserter Schwerpunktsetzung in den beiden Zusatzausbildungen erfolgen. Die damals vom Dekretgeber festgelegten Studienpunkte entsprechen nicht mehr den von der AHS angestrebten Ausbildungsschwerpunkten in den jeweiligen Kursen. Des Weiteren soll ein zusätzlicher Kurs für die in Anhang 4 beschriebene Zusatzausbildung eingeführt und ein anderer gestrichen werden.

Begründet werden diese Anpassungen wie folgt:

- Die Kurse **„Der Schul- und Ausbildungskontext“** mit 0,25 Studienpunkte und **„Aspekte der pädagogischen Soziologie, Erziehungs- oder Bildungssoziologie“** mit 0,75 Studienpunkten sollen kombiniert werden und zusammen 1 ECTS Workload für die beiden Zusatzausbildungen CAP+ und CAP ergeben. Demnach wird der Kurs „Aspekte der pädagogischen Soziologie, Erziehungs- oder Bildungssoziologie“ in die Zusatzausbildung des CAP aufgenommen.

Hintergrund ist, dass alle Studierenden, die eine Ausbildung zur Erlangung einer Lehrbefähigung absolvieren, dem Unterricht „Aspekte der pädagogischen Soziologie, Erziehungs- oder Bildungssoziologie“ folgen sollten. Alle Studierenden sollen befähigt werden, den Lehrerberuf auszuüben, mit Jugendlichen zu arbeiten und daher gleichermaßen darauf vorbereitet werden, indem sie zum Schulsystem, zu den Pflichten der Lehrkraft sowie zu dem Sozialgebilde Klasse usw. aufgeklärt werden.

Neben der gemachten Erfahrung, dass sich diese Kurse gut kombinieren lassen, überschneiden sich verschiedene Inhalte des Kurses „Der Schul- und Ausbildungskontext“ mit den Kompetenzen und Inhalten des Kurses „Aspekte der pädagogischen Soziologie, Erziehungs- oder Bildungssoziologie.“ Daher erscheint es sinnvoll, beide Kurse zu kombinieren und in Folge zu erteilen.

Auch werden einige Inhalte des Kurses „Der Schul- und Ausbildungskontext“ in anderen Kursen wieder aufgegriffen und vertieft.

Daher können die Studienpunkte der Kurse „Der Schul- und Ausbildungskontext“ und „Aspekte der pädagogischen Soziologie, Erziehungs- oder Bildungssoziologie“ gesenkt werden.

- Der Kurs **„Der Jugendliche, der Auszubildende im Schul- und Kommunikationskontext“** wird im CAP+ um 0,5 ECTS von 2 Studienpunkten auf 1,5 Studienpunkte gekürzt.

Hintergrund ist, dass die wesentlichen Kompetenzen und Inhalte im Rahmen eines 1,5 Studienpunkt umfassenden Kurses gefördert werden können und dass hierdurch wiederum Freiräume zur Förderung von Kompetenzen in anderen Modulen geschaffen werden.

- Der Kurs **„Allgemeine Didaktik“** wird für das CAP von 2 Studienpunkte auf 3 Studienpunkte und für das CAP+ von 4 auf 6 Studienpunkte erhöht.

Dieser Kurs legt die Grundlagen der Unterrichtsvorbereitung und -durchführung und stellt die Basis für weitere Kurse wie „Fachdidaktik“, „Laboratorien“, „Begleitende Berufspraxis“ und natürlich die Praktika dar. Aufgrund der gemachten Erfahrungen an der AHS erscheinen die aktuell dekretal vorhergesehenen Studienpunkte als nicht ausreichend, um die notwendigen Kompetenzen und Inhalte zu vermitteln. Des Weiteren würden die in der CAP+-Ausbildung vorgesehenen Studienpunkte dem Workload des Kurses in der Erstausbildung entsprechen.

- Der Kurs **„Fachliche Didaktik“** steigt im CAP von 1 auf 1.5 ECTS-Punkte. Hierdurch sollen die Studierenden verstärkt fachspezifisch besser auf den Schulalltag vorbereitet werden. Die aktuell vorgesehenen Studienpunkte sind für dieses Unterfangen unzureichend. Des Weiteren besteht eine zu große Diskrepanz zwischen den beiden Zusatzausbildungen CAP und CAP+.
- Der Kurs **„Hospitationen“** wird im CAP+ von 2 auf 1.5 ECTS-Punkte gesenkt. Dieses neue Zeitkontingent erscheint angemessen und trägt zu einer neuen Gewichtung der Kursinhalte – insbesondere zur erhöhten Gewichtung des Kurses „Allgemeine Didaktik“ – bei.
- Der Kurs **„Seminar spezifische Themenbereiche allgemeiner und fachlicher Didaktik/Kollegiale Fallberatung“** steigt im CAP von 0.5 auf 1 Studienpunkt. Hierdurch soll die Diskrepanz zwischen CAP und CAP+ verringert werden, damit Studierende des CAP sich verstärkt mit praxisorientierten Fragen und Problemsituationen im Unterrichtsalltag auseinandersetzen können.
- **Die Prüfung** soll für beide Zusatzausbildungen gleichbehandelt werden. Vor diesem Hintergrund sollen zukünftig keine Studienpunkte für die Prüfung beim CAP vorgesehen werden, da bei allen Teilnehmern – ob CAP oder CAP+ – die Prüfungsstunde unter den gleichen Bedingungen stattfinden sollte und es keine Diskrepanz zwischen den beiden Zusatzausbildungen geben sollte. Der diesbezügliche Kurs und die damit einhergehenden Studienpunkte wurden somit in der CAP-Zusatzausbildung gestrichen.

Die Regierung schlägt somit eine Anpassung der vorerwähnten Studienpunkte für die in Anhang 3 und Anhang 4 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über die pädagogischen und administrativen Neuerungen im Unterrichtswesen vermerkten Kurse sowie die Einführung des Kurses „Aspekte der pädagogischen Soziologie, Erziehungs- oder Bildungssoziologie“ mit 0,75 Studienpunkten für Anhang 4 vor.

Artikel 79 ersetzt den Anhang 3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über die pädagogischen und administrativen Neuerungen im Unterrichtswesen.

Artikel 80 ersetzt den Anhang 4 desselben Dekrets.

28. Anpassung der Rechtsgrundlage zur Wiedereinschulung von im Hausunterricht beschulten Schülern infolge des Nichterwerbs von Studienabschlüssen in den vorgesehenen Zeiträumen (Artikel 49)

Inkrafttreten: 1. September 2025

Gemäß Artikel 93.61 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen müssen Schüler, die im Hausunterricht beschult werden, zu bestimmten Zeitpunkten die Prüfungen vor den externen Prüfungsausschüssen zur Vergabe des Grundschulabschlusszeugnisses und zur Vergabe des Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts erfolgreich abgelegt haben.

In Artikel 93.60, §2 ist festgelegt, dass die Fristen unter gewissen Bedingungen um bis zu zwei Jahre verlängert werden können. Dies führt in Einzelfällen dazu, dass Schüler im Alter von 16 Jahren kein Grundschulabschlusszeugnis erhalten haben, da das Dekret besagt, dass nur der Schüler wieder eingeschult werden muss, der in dem Jahr, in dem er 14 Jahre alt wird, die Prüfungen nicht abgelegt oder zweimal nicht bestanden hat. Werden die Prüfungen mit 14 Jahren erstmals abgelegt, können sie im darauffolgenden Jahr erneut abgelegt werden. Die Wiedereinschulung eines 15- oder 16jährigen Jugendlichen ohne Grundschulabschlusszeugnis ist problematisch. Hinzu kommt, dass eine Einschreibung zu den Prüfungen vor dem externen Prüfungsausschuss zur Vergabe des Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts in dem Schuljahr erstmals verpflichtend erfolgen muss, in dem der Jugendliche vor dem 1. Januar 14 Jahre alt wird. Dies setzt voraus, dass er das Grundschulabschlusszeugnis zu diesem Zeitpunkt erworben hat.

Daher schlägt die Regierung vor, Artikel 93.61 dahingehend abzuändern, dass eine Wiedereinschulung von Amts wegen erfolgt, wenn ein Jugendlicher in dem Jahr, in dem er 14 Jahre alt wird, kein Grundschulabschlusszeugnis erhalten hat – unabhängig von der Anzahl Prüfungssitzungen, an denen er teilgenommen hat. Es sei denn, ihm wurde eine Freistellung gemäß Artikel 20.1 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen gewährt. Aus Gründen der Kohärenz soll Gleiches gelten, wenn das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts nicht spätestens in dem Jahr erworben wird, in dem der Jugendliche 17 Jahre alt wird.

Artikel 49 nimmt die Abänderung vor.

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
J. FRANSSEN

Jérôme
Franssen

Digital
unterscrieben
von Jérôme
Franssen
Datum: 2025.03.13
10:37:22 +01'00'

DEKRETVORENTWURF

Dekretvorentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2025

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Artikel 1 – In Artikel 16 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und b) können bei einem Personalmitglied, das noch nicht die erforderlichen drei Abweichungen für das zu vergebende Amt durchlaufen hat, als erste und zweite Abweichung ebenfalls folgende Beschäftigungen geltend gemacht werden:

1. eine Beschäftigung als bezuschusster Vertragsarbeitnehmer in dem zu vergebenden Amt im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird;

2. eine besoldete Beschäftigung im Arbeitnehmerverhältnis, die außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem mit dem zu vergebenden Amt vergleichbaren und derselben Unterrichtsebene zugehörigen Amt in einer von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder von einer seiner Gebietskörperschaften organisierten, subventionierten oder anerkannten Unterrichtseinrichtung oder Einrichtung zur Betreuung von Kindern im Kindergartenalter, die in ihrer inhaltlichen Ausrichtung einem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Kindergarten entspricht, verrichtet wurde, insofern eine von der Unterrichtsverwaltung ausgestellte Anerkennung dieser Beschäftigung als Abweichung vorliegt. Zwecks Anerkennung dieser Beschäftigung als Abweichung ist seitens des Personalmitglieds ein datierter und unterzeichneter Antrag mitsamt den erforderlichen Dienstbescheinigungen, aus denen der Beschäftigungszeitraum, das bekleidete Amt und die Unterrichtsebene bzw. Jahrgangsklasse, in der das Personalmitglied tätig war, bei der Unterrichtsverwaltung einzureichen.“

Art. 2 – In Artikel 39 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und b) können bei einem Personalmitglied, das noch nicht die erforderlichen drei Abweichungen für das zu vergebende Amt durchlaufen hat, als erste und zweite Abweichung ebenfalls die in Artikel 16 Absatz 3 angeführten Beschäftigungen geltend gemacht werden.“

Art. 3 – In Artikel 40 Absatz 1 Nummer 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird zwischen die Angaben „Artikel 16“ und „Nummer 5“ die Angabe „Absatz 1“ eingefügt.

Art. 4 – In Artikel 91^{quinquiesdecies} Absatz 1 Nummer 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird zwischen die Angaben „Artikel 16“ und „Nummer 5“ die Angabe „Absatz 1“ eingefügt.

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND DES SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS, DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE

Art. 5 – Artikel 6.1. des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 6.1. – Als erforderlicher Befähigungsnachweis für das Amt eines Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten gelten:

1. das Diplom eines Kindergärtners, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache;

2. das Diplom eines Primarschullehrers, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache;

3. das Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts mit der betreffenden Fremdsprache als Grundrichtung oder Bestandteil der Grundrichtung der Ausbildung ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache;

4. das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts mit der betreffenden Fremdsprache als Grundrichtung oder Bestandteil der Grundrichtung der Ausbildung, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache;

5. das Diplom eines Bachelors/Graduats oder Masters/Lizenz in Logopädie, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache.“

Art. 6 – Artikel 7 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird folgender Buchstabe e) eingefügt:

„e) Graduat/Bachelor oder Lizenz/Master in Ethik oder Philosophie ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 30 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Grundschulpädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird;“

2. In Nummer 3 wird folgender Buchstabe d) eingefügt:

„d) Graduat/Bachelor oder Lizenz/Master in Sport ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 30 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Grundschulpädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird;“

3. In Nummer 3 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens des ersten oder zweiten Grades

ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung im Zusammenhang stehen, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 30 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Grundschulpädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt.“

4. In Nummer 7 wird folgender Buchstabe e) eingefügt:

„e) das Diplom eines Bachelors/Graduats oder Masters/Lizenz in Logopädie ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik und den Nachweis der gründlichen Beherrschung der betreffenden Fremdsprache“

Art. 7 – In Artikel 7.1. desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. Graduat/Bachelor oder Lizenz/Master ausgestellt in einer Studienrichtung des Musikunterrichts, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 30 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Grundschulpädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder einen Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird.“

Art. 8 – Artikel 14 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1.1. Buchstaben a) und b) werden wie folgt ersetzt:

„a) der Befähigungsnachweis des sechsten Jahres des technischen Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Erziehung;

b) der Befähigungsnachweis des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Betreuung für Kindergemeinschaften;“

2. Nummer 1.1 Buchstabe c) Nummer 1 wird aufgehoben.

3. In Nummer 1.1 Buchstabe c) Nummer 3 wird die Wortfolge „das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Unterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege, ergänzt um den“ durch das Wort „der“ ersetzt.

4. In Nummer 1.1 Buchstabe d) wird die Wortfolge „das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe, ergänzt um den“ durch das Wort „der“ ersetzt.

5. Nummer 1.2 Buchstaben a) und b) werden wie folgt ersetzt:

„a) der Befähigungsnachweis des sechsten Jahres des technischen Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Erziehung;

b) der Befähigungsnachweis des siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Betreuung für Kindergemeinschaften;“

6. Nummer 1.2 Buchstabe c) Nummer 1 wird aufgehoben.

7. In Nummer 1.2 Buchstabe c) Nummer 3 wird die Wortfolge „das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Unterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege, ergänzt um den“ durch das Wort „der“ ersetzt.

8. In Nummer 1.2 Buchstabe d) wird die Wortfolge „das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe, ergänzt um den“ durch das Wort „der“ ersetzt.

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 20. JUNI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE IM VOR- UND PRIMAR-SCHULWESEN

Art. 9 – In Artikel 11 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen, zuletzt

abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, werden die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise der Gruppe A für das Amt des Fachlehrers (Leibeserziehung) aufgehoben.

KAPITEL 4 – ANPASSUNG DES GESETZES VOM 24. DEZEMBER 1976 ÜBER DIE HAUSHALTSVORSCHLÄGE 1976-1977

Art. 10 – Artikel 76 des Gesetzes vom 24. Dezember 1976 über die Haushaltsvorschläge 1976-1977 wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird die Wortfolge „au-delà de la fin de l'année scolaire au cours de laquelle ils ont atteint l'âge de 65 ans » durch die Wortfolge „nach Ablauf des Schuljahres, in dem das Personalmitglied das gesetzliche Pensionsalter erreicht hat, es sei denn es wird in Anwendung von Kapitel II des Dekrets vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts nach der Versetzung in den Ruhestand vorübergehend in den Dienst zurückgerufen“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt: „In Abweichung von Absatz 1 ist es gestattet, einem Personalmitglied, das nach der Versetzung in den Ruhestand aufgrund der vorübergehenden Abwesenheit des Stelleninhabers als Vertretung in einem Auswahl- oder Beförderungsamts bezeichnet wird, das bzw. die mit der Ausübung des jeweiligen Amtes verbundene Gehalt bzw. Gehaltssubvention zuzuweisen.“

KAPITEL 5 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 28. JUNI 1978 ZUR BESTIMMUNG DER ARTEN UND DER ORGANISATION DES FÖRDERSCHULWESENS UND ZUR FESTLEGUNG DER AUFNAHME UND BEIBEHALTUNGSBEDINGUNGEN AUF DEN VERSCHIEDENEN EBENEN DES FÖRDERSCHULWESENS

Art. 11 – In Kapitel VI Abschnitt 4 Nummer III des Königlichen Erlasses vom 28. Juni 1978 zur Bestimmung der Arten und der Organisation des Förderschulwesens und zur Festlegung der Aufnahme und Beibehaltungsbedingungen auf den verschiedenen Ebenen des Förderschulwesens, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. September 1993, wird folgender Artikel 38.1 eingefügt:

„Art. 38.1 – Unter Berücksichtigung der Artikel 82 und 87 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen kann der Klassenrat einem Fördersekundarschüler das Abschlusszeugnis der Grundschule verleihen, falls er dieses noch nicht erlangt hat.

Die Regierung legt das Muster des Abschlusszeugnisses fest.“

KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 29. JUNI 1984 ÜBER DIE ORGANISATION DES SEKUNDARSCHULWESENS

Art. 12 – Artikel 7 Absatz 1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens wird wie folgt ersetzt:

„1. Klassenrat: der in Artikel 86 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführte Klassenrat;“

Art. 13 – In Artikel 10 §2 desselben Königlichen Erlasses wird folgender Satz eingefügt: „Der Wechsel vom ersten gemeinsamen Jahr in das zweite Jahr des berufsbildenden

Sekundarunterrichts unterliegt einem positiven Gutachten des Zulassungsrates.“

KAPITEL 7 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES NR. 456 VOM 10. SEPTEMBER 1986 BEZÜGLICH DER RATIONALISIERUNG UND PROGRAMMIERUNG DER INTERNATE DES VOM STAAT ORGANISIERTEN ODER SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS

Art. 14 – In Artikel 3 des Königlichen Erlasses Nr. 456 vom 10. September 1986 bezüglich der Rationalisierung und Programmierung der Internate des vom Staat organisierten oder subventionierten Unterrichtswesens, abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender §4 eingefügt:

„§4 - Die Regierung kann während eines Schuljahres von der in §1 Nummer 3 angeführten Norm abweichen, falls ein Internat mindestens 21 Schüler am letzten Schultag des Monats September des betreffenden Schuljahres zählt.

Falls das Internat im Schuljahr nach der gemäß Absatz 1 erteilten Abweichung keine 30 Schüler am letzten Schultag des Monats September zählt, wird die Subventionierung rückwirkend zum 1. September des betreffenden Schuljahres eingestellt und der Schulträger trägt die bis zum letzten Schultag des Monats September entstandenen Funktions- und Gehaltskosten.“

Art. 15 – Artikel 4 §2 einleitender Satz desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Die in den Artikeln 2, 3 §1 Nummer 3 und 3 §4 angeführte Norm von Internatsschülern wird wie folgt berechnet:“

KAPITEL 8 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 1990 ZUR BESTIMMUNG DER WEISE, WIE DIE DIENSTPOSTEN FÜR DAS PERSONAL IM FÖRDERSCHULWESEN FESTGELEGT WERDEN

Art. 16 – In Artikel 5ter des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 30. Juni 2003, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Wortfolge „2024-2025“ durch die Wortfolge „2026-2027“ ersetzt.

Art. 17 – In Artikel 53ter §7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Angabe „2024-2025“ durch die Angabe „2026-2027“ ersetzt.

Art. 18 – In Artikel 53quater §2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Juni 2006, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Angabe „2024-2025“ durch die Angabe „2026-2027“ ersetzt.

Art. 19 – Artikel 53sexies desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2022 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Angabe „2024-2025“ durch die Angabe „2026-2027“ ersetzt.
2. In §2 wird die Angabe „2024-2025“ durch die Angabe „2026-2027“ ersetzt.

KAPITEL 9 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 16. DEZEMBER 1991 ÜBER DIE AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Art. 20 – Artikel 34.4 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird folgende Nummer 1.1 eingefügt:
„1.1. folgende Daten in Bezug auf den Teilnehmer an den Schnupperwochen:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben des Teilnehmers;
 - b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten;
 - d) Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung oder zur Arbeitsuche des Teilnehmers;“
2. In §3 wird folgende Nummer 1.1 eingefügt:
„1.1. folgende Daten in Bezug auf den Teilnehmer an den Schnupperwochen:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben des Teilnehmers;
 - b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten;
 - d) Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung oder zur Arbeitsuche des Teilnehmers;“

Art. 21 – Artikel 34.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Ausbildung oder“ durch die Wortfolge „Ausbildung, Schnupperwochen oder“ und die Wortfolge „des Auszubildenden“ durch die Wortfolge „des Auszubildenden oder Teilnehmers an den Schnupperwochen“ ersetzt.
2. In §1 Absatz 2 wird die Wortfolge „des Auszubildenden“ durch die Wortfolge „des Auszubildenden, des Teilnehmers an den Schnupperwochen“, die Wortfolge „den Auszubildenden“ durch die Wortfolge „den Auszubildenden, den Teilnehmer an den Schnupperwochen“ und die Wortfolge „empfohlenen Ausbildungen“ durch die Wortfolge „empfohlenen Ausbildungen, Schnupperwochen“ ersetzt.
3. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Ausbildungen“ durch die Wortfolge „Ausbildungen, Schnupperwochen“ ersetzt.
4. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „des Auszubildenden“ durch die Wortfolge „des Auszubildenden, des Teilnehmers an den Schnupperwochen“ und die Wortfolge „den Auszubildenden“ durch die Wortfolge „den Auszubildenden, den Teilnehmer an den Schnupperwochen“ ersetzt.
5. In §3 Nummer 2 wird nach dem Wort „Auszubildenden“ die Wortfolge „, des Teilnehmers an den Schnupperwochen“ eingefügt.

KAPITEL 10 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 9. NOVEMBER 1994 BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERBRECHUNG IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 22 - Artikel 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird wie folgt ersetzt:

„Vorliegender Erlass findet Anwendung auf das beim Dienst mit getrennter Geschäftsführung Service & Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen vertraglich eingestellte Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonal.“

Art. 23 - Artikel 2.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird aufgehoben.

Art. 24 – Artikel 3 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und abgeändert durch die Dekrete vom 21. April 2008 und vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 Satz 1 wird die Wortfolge „Artikel 2“ durch die Wortfolge „Artikel 2 Absatz 1“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 2 einleitender Satz wird die Wortfolge „Artikel 2“ durch die Wortfolge „Artikel 2 Absatz 1“ ersetzt.

3. Folgender §3 wird eingefügt:

„§3 - Die in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitglieder können ihre Laufbahn vollzeitig oder teilzeitig unterbrechen, wenn sie ein Dienstalster von mindestens 12 Monaten beim Dienst mit getrennter Geschäftsführung Service & Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen aufweisen.“

Art. 25 – Artikel 3bis desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 Satz 1 wird die Wortfolge „Artikel 2“ durch die Wortfolge „Artikel 2 Absatz 1“ ersetzt.

2. Folgender §3 wird eingefügt:

„§3 - Im Rahmen der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung ist den in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitgliedern, die vollzeitig eingestellt sind, eine Verringerung der Dienstleistungen auf die Hälfte, zwei Drittel, drei Viertel oder vier Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung gestattet. Den in demselben Absatz angeführten Personalmitgliedern, die teilzeitig für mindestens Dreiviertel einer Vollzeitbeschäftigung eingestellt sind, ist im Rahmen einer teilzeitigen Laufbahnunterbrechung ausschließlich eine Verringerung der Dienstleistungen auf die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung gestattet.“

Art. 26 – Artikel 4 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 einleitender Satz wird die Wortfolge „Artikel 2“ durch die Wortfolge „Artikel 2 Absätze 1 und 2“ ersetzt und die Wortfolge „oder als bezuschusste Vertragsarbeitnehmer eingestellt sind“ gestrichen.

2. In Absatz 2 einleitender Satz wird die Wortfolge „Artikel 2“ durch die Wortfolge „Artikel 2 Absätze 1 und 2“ ersetzt und die Wortfolge „oder als bezuschusste Vertragsarbeitnehmer eingestellt sind“ gestrichen.

Art. 27 – Artikel 4bis desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und abgeändert durch die Dekrete vom 16. Juli 2012 und vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 einziger Absatz, der zu Absatz 1 wird, wird die Wortfolge „Artikel 3 oder 4“ durch die Wortfolge „Artikel 2 Absatz 3, Artikel 3 §1 oder Artikel 4“ ersetzt.

2. In §1 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 können die in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitglieder ihre Dienstleistungen ebenfalls um ein Fünftel verringern.“

Den in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitgliedern ist eine teilzeitige Unterbrechung der Laufbahn um ein Fünftel nur gestattet, wenn sie vollzeitig beschäftigt sind. Eine teilzeitige Unterbrechung der Laufbahn um die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung ist ihnen gestattet, wenn sie für mindestens Dreiviertel einer Vollzeitbeschäftigung eingestellt sind.“

3. In §2 wird die Wortfolge „sowie bei bezuschussten Vertragsarbeitnehmern“ gestrichen.

Art. 28 – Artikel 4ter desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und abgeändert durch die Dekrete vom 16. Juli 2012, vom 11. Dezember 2012 und vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „Artikel 3 oder 4“ durch die Wortfolge „Artikel 2 Absatz 2, Artikel 3 §1 oder Artikel 4“ ersetzt.

2. §2, aufgehoben durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt wieder eingeführt:
„§2 - Unbeschadet von §1 können die in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitglieder ihre Laufbahn in Anwendung von Artikel 4quater desselben Königlichen Erlasses vom 12. August 1991 ebenfalls teilweise unterbrechen und ihre Dienstleistungen um ein Fünftel oder um 10% einer Vollzeitbeschäftigung verringern.“

Eine teilweise Unterbrechung der Laufbahn um die Hälfte, um ein Fünftel oder um 10% einer Vollzeitbeschäftigung ist ausschließlich den in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitgliedern, die vollzeitig eingestellt sind, gestattet.“

3. In §3 wird die Wortfolge „sowie bei bezuschussten Vertragsarbeitnehmern“ gestrichen.

Art. 29 – Artikel 4quater desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „in den Artikeln 3 oder 4“ durch die Wortfolge „in Artikel 2 Absatz 2, Artikel 3 §1 oder Artikel 4“ ersetzt.

2. In §1 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 können die in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitglieder ihre Dienstleistungen ebenfalls um ein Fünftel verringern.“

Den in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitgliedern ist eine teilweise Unterbrechung der Laufbahn um ein Fünftel nur gestattet, wenn sie vollzeitig beschäftigt sind. Eine teilweise Unterbrechung der Laufbahn um die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung ist ihnen gestattet, wenn sie für mindestens Dreiviertel einer Vollzeitbeschäftigung eingestellt sind.“

3. In §3 wird die Wortfolge „sowie bei bezuschussten Vertragsarbeitnehmern“ gestrichen.

Art. 30 – Artikel 4sexies desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „Artikel 3 oder 4“ durch die Wortfolge „Artikel 2 Absatz 3, Artikel 3 §1 oder Artikel 4“ ersetzt.

2. In §1 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 können die in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitglieder ihre Dienstleistungen ebenfalls um ein Fünftel verringern.“

Den in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitgliedern ist eine teilweise Unterbrechung der Laufbahn um ein Fünftel nur gestattet, wenn sie vollzeitig beschäftigt sind. Eine teilweise Unterbrechung der Laufbahn um die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung ist ihnen gestattet, wenn sie für mindestens Dreiviertel einer Vollzeitbeschäftigung eingestellt sind.“

3. In §2 wird die Wortfolge „sowie bei bezuschussten Vertragsarbeitnehmern“ gestrichen.

Art. 31 – Artikel 5 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 15. März 1995 und vom 4. November 1998 und durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Spiegelstrich 2 wird aufgehoben.

2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „Schwangerschaftsurlaub oder am Tag nach einem Urlaub, den die Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen im Hinblick auf eine Adoption oder

Pflegschaft erhalten,“ durch die Wortfolge „Mutterschaftsurlaub oder am Tag nach einem Adoptions- oder Pflegeelternurlaub“ ersetzt.

3. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Schwangerschaftsurlaubs oder vor Beginn des Urlaubs, den die Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft erhalten,“ durch die Wortfolge „Mutterschaftsurlaubs oder vor Beginn des Adoptions- oder Pflegeelternurlaubs“ ersetzt.

4. §3, aufgehoben durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt wieder eingeführt:
„§3 – Den in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitgliedern wird die vollzeitige Laufbahnunterbrechung für eine Dauer von mindestens drei und höchstens 12 Monaten gewährt. Die teilzeitige Laufbahnunterbrechung wird den in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitgliedern, die noch nicht 55 Jahre alt sind, für eine Dauer von mindestens drei und höchstens 60 Monaten gewährt.“

5. In §4 Absatz 1 wird das Wort „entsprechen“ durch die Wortfolge „entsprechen bei den in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Personalmitgliedern“ ersetzt.

6. In §4 Absatz 2 wird die Wortfolge „Die Personalmitglieder können“ durch die Wortfolge „Die in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Personalmitglieder können“ ersetzt.

7. In §4 Absatz 3 werden die Wortfolge „muss das Personalmitglied“ durch die Wortfolge „reicht das in Artikel 2 Absatz 1 angeführte Personalmitglied“ und das Wort „einreichen“ durch das Wort „ein“ ersetzt.

8. Folgender §5 wird eingefügt:

„§5 - Die Gesamtdauer der vollzeitigen und teilzeitigen Laufbahnunterbrechung sowie die Berechnungsweise der Gesamtdauer entspricht bei den in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitgliedern derjenigen, die im Königlichen Erlass vom 2. Januar 1991 über die Bewilligung von Unterbrechungszulagen festgelegt ist.“

Die in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitglieder können, sobald sie das Alter von 55 Jahren erreichen, ihre Laufbahn gemäß Artikel 8 §§2, 3 und 4 des Königlichen Erlass vom 2. Januar 1991 über die Bewilligung von Unterbrechungszulagen unter Einhaltung der Modalitäten des vorliegenden Erlasses unterbrechen.“

Art. 32 – Artikel 6 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. April 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Das Personalmitglied“ durch die Wortfolge „Das in Artikel 2 Absatz 1 angeführte Personalmitglied“ ersetzt.

2. Zwischen §1 Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„Das in Artikel 2 Absatz 2 angeführte Personalmitglied, das seine Laufbahn unterbrechen möchte, benachrichtigt seinen unmittelbar Vorgesetzten und reicht über den Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik mindestens drei und höchstens sechs Monate vor Beginn der Laufbahnunterbrechung bei der Regierung einen schriftlichen Antrag ein.“

3. In §1 Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge „Absatz 1“ durch die Wortfolge „Absatz 1 und 2“ ersetzt.

4. In §2 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Das in Artikel 2 Absatz 2 angeführte Personalmitglied, das seine Laufbahn gemäß Artikel 4bis unterbrechen möchte, benachrichtigt seinen unmittelbar Vorgesetzten und reicht über den Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik einen schriftlichen Antrag ein.“

5. In §3 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Das in Artikel 2 Absatz 2 angeführte Personalmitglied, das seine Laufbahn gemäß Artikel 4ter unterbrechen möchte, benachrichtigt seinen unmittelbar Vorgesetzten und reicht über

den Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik einen schriftlichen Antrag ein.“

6. In §3 Absatz 2 wird das Wort „halbzeitige“ durch das Wort „teilzeitige“ ersetzt.

7. In §4 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Das in Artikel 2 Absatz 2 angeführte Personalmitglied, das seine Laufbahn gemäß Artikel 4quater unterbrechen möchte, benachrichtigt seinen unmittelbar Vorgesetzten und reicht über den Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik einen schriftlichen Antrag ein.“

8. In §6 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Das in Artikel 2 Absatz 2 angeführte Personalmitglied, das seine Laufbahn gemäß Artikel 4sexies unterbrechen möchte, benachrichtigt seinen unmittelbar Vorgesetzten und reicht über den Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik einen schriftlichen Antrag ein.“

Art. 33 – Artikel 7 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. In §3 Absatz 1 wird das Wort „Schwangerschaftsurlaub“ jeweils durch das Wort „Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

2. In §3 Absatz 2 wird das Wort „Schwangerschaftsurlaub“ durch das Wort „Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

3. In §4 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Absatz 1 findet keine Anwendung auf die in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitglieder.“

Art. 34 – In Artikel 8 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender §4 eingefügt:

„§4 – In Abweichung von §1 kann das in Artikel 2 Absatz 2 angeführte Personalmitglied seine Laufbahnunterbrechung auf Anfrage vorzeitig beenden. Hierzu richtet es mindestens zwei Monate vor der Beendigung einen Einschreibebrief durch Vermittlung des Leiters des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen an den für das Unterrichtswesen zuständigen Minister.“

Art. 35 – In Artikel 8.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Wortfolge „und bezuschusste Vertragsarbeitnehmer“ gestrichen.

Art. 36 – Artikel 9 §3 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort „Schwangerschaftsurlaubs“ durch das Wort „Mutterschaftsurlaubs“ ersetzt.

2. In Nummer 4 wird das Wort „Schwangerschaftsurlaubs“ durch das Wort „Mutterschaftsurlaubs“ ersetzt.

Art. 37 – Artikel 10 desselben Erlasses der Regierung wird aufgehoben.

Art. 38 – In Artikel 12 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Wird dem in Artikel 2 Absatz 2 angeführten Personalmitglied das Recht auf Laufbahnunterbrechungszulage aufgrund eines vom Regionalinspektor der Arbeitslosigkeit gefassten Beschlusses verweigert, wird die vollzeitige Laufbahnunterbrechung von Rechts wegen in einen unbezahlten Urlaub und die teilzeitige Laufbahnunterbrechung in eine Arbeitszeitreduzierung umgewandelt, und zwar von dem Zeitpunkt der Zulageverweigerung an bis zum vorgesehenen Enddatum der besagten Laufbahnunterbrechung.“

Art. 39 – Artikel 12bis desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001, wird zu Artikel 12.1 und in denselben Artikel wird das Wort „Personalmitglieder“ durch die Wortfolge „in Artikel 2 Absatz 1 und 2 angeführten Personalmitglieder“ ersetzt.

Art. 40 – In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 12.2 eingefügt:
„Art. 12.2 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen ist jeder, der in gleich welcher Eigenschaft an der Anwendung des vorliegenden Erlasses dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgaben anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 41 – In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 12.3 eingefügt:
„Art. 12.3 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Regierung und jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, ist für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) verantwortlich.

Die Regierung und jede in Absatz 1 angeführte natürliche oder juristische Person erheben und verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung seiner gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben verwenden.

Die Regierung weist in diesem Zusammenhang ihre Mitarbeiter und externen Berater auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.“

Art. 42 – In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 12.4 eingefügt:
„Art. 12.4 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit im Hinblick auf die Begründung von Absenzen und die Information über eine bestehende Schwangerschaft findet unter der Verantwortung der Regierung statt.“

Art. 43 – In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 12.5 eingefügt:
„Art. 12.5 – Datenkategorien

§1 – Die Regierung kann in Bezug auf die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen alle in Artikel 12.3 und 12.4 angeführten angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien für die Teilnehmenden verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummern;
2. die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
3. Daten zu persönlichen Eigenschaften, dazu gehören insbesondere Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität, Familienstand, Haushaltszusammensetzung und Geschlecht;

4. Angaben zur familiären Situation, dazu gehören insbesondere, falls vorhanden, Name und Geburtsdatum der Kinder sowie Geburtsurkunde, Bescheinigung über Adoption oder Pflegschaft, Angaben zum Ehepartner, Heirats-, Trennungs- oder Scheidungsurkunde;

5. Daten zu Beruf und Funktion, dazu gehören insbesondere die Berufslaufbahn, Bezeichnungs- bzw. Einstellungsakt, der Ernennungserlass, Arbeitsverträge mit eventuellen Nachträgen, Bestimmung des finanziellen Dienstalters, Urlaubsregelungen, Pensionsunterlagen, Aufstieg und Beförderung, Reduzierung der Arbeitszeiten, Arbeitsumfang und Bezeichnungs- bzw. Einstellungsdauer;

6. Finanzdaten, dazu gehört insbesondere die Bankverbindung, die steuerliche Situation einschließlich der Personen zu Lasten;

7. Gesundheitsdaten im Hinblick auf die Begründung von Abwesenheiten, dazu gehören insbesondere ärztliche Bescheinigungen und die Information über eine bestehende Schwangerschaft.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zur Inanspruchnahme für die in den Artikel 3-4sexies angeführten Laufbahnunterbrechungen verarbeitet werden.

§2 – Ein Schulträger bzw. ein Schulleiter im Gemeinschaftsunterrichtswesen kann in Bezug auf die Personalmitglieder ihrer Unterrichtseinrichtungen alle in Artikel 12.3 und 12.4 angeführten angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummern;

2. die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;

3. Daten zu persönlichen Eigenschaften, dazu gehören insbesondere Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität, Familienstand, Haushaltszusammensetzung und Geschlecht;

4. Angaben zur familiären Situation, dazu gehören insbesondere, falls vorhanden, Name und Geburtsdatum der Kinder sowie Geburtsurkunde, Bescheinigung über Adoption oder Pflegschaft, Angaben zum Ehepartner, Heirats-, Trennungs- oder Scheidungsurkunde;

5. Daten zu Beruf und Funktion, dazu gehören insbesondere die Berufslaufbahn, Bezeichnungs- bzw. Einstellungsakt, der Ernennungserlass, Arbeitsverträge mit eventuellen Nachträgen, Bestimmung des finanziellen Dienstalters, Urlaubsregelungen, Pensionsunterlagen, Aufstieg und Beförderung, Reduzierung der Arbeitszeiten, Arbeitsumfang und Bezeichnungs- bzw. Einstellungsdauer;

6. Finanzdaten, dazu gehört insbesondere die Bankverbindung, die steuerliche Situation einschließlich der Personen zu Lasten;

7. Gesundheitsdaten im Hinblick auf die Begründung von Abwesenheiten, dazu gehören insbesondere ärztliche Bescheinigungen und die Information über eine bestehende Schwangerschaft.

Die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien können zur Inanspruchnahme für die in den Artikel 3-4sexies angeführten Laufbahnunterbrechungen verarbeitet werden.

Art. 44 – In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 12.6 eingefügt:

„Art. 12.6 – Zusammenarbeit

Die Regierung arbeitet mit einer Verwaltung oder einer öffentlichen Einrichtung der sozialen Absicherung, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt sind, bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zusammen. Zu diesem Zweck tauschen die Regierung und die Einrichtungen die in Artikel 12.4 angeführten Daten über die Personalmitglieder aus, wenn die Übermittlung der Informationen im Interesse der Personalmitglieder erforderlich ist und die übermittelten Informationen angemessen, sachdienlich und verhältnismäßig sind.“

Art. 45 – In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 12.7 eingefügt:
„Art. 12.7 – Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Regierung greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung ihrer Aufgaben auf anonyme Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 angeführten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt die Regierung in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 angeführten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.“

Art. 46 – In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 12.8 eingefügt:
„Art. 12.8 – Dauer der Datenverarbeitung

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, werden die Daten 30 Kalenderjahre ab Ausscheiden aus dem Dienst aufbewahrt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf der in Absatz 1 angeführten Frist vernichtet.“

Art. 47 – In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 12.9 eingefügt:
„Art. 12.9 – Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegenden Abschnitt vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten nötige Sicherheitsmaßnahmen fest.“

Art. 48 – In denselben Erlass der Regierung, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird folgender Artikel 12.10 eingefügt:

„Art. 12.10 - In Abweichung von Artikel 6 §1 Absatz 2 kann das in Artikel 2 Absatz 2 angeführte Personalmitglied, das seine Laufbahn vor dem 1. Oktober 2025 vollzeitig oder teilzeitig unterbrechen möchte, den Antrag bis spätestens 15. Juli 2025 über den Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen bei der Regierung einreichen.“

KAPITEL 11 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 49 – In Artikel 33.1 Absatz 3 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird das Wortfolge „Schüler einer Regelschule“ jeweils durch das Wort „Schüler“ und das Wort „Regelschule“ durch das Wort „Schule“ ersetzt sowie zwischen Satz 1 und Satz 2, der zu Satz 3 wird, folgender Satz eingefügt:

„Bei der Einschreibung teilt der volljährige Schüler seine Zielsetzung und seine Motivation zur Fortsetzung seiner Schulausbildung schriftlich mit.“

Art. 50 - Artikel 93.61 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juni 2016 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „nicht abgelegt hat oder wenn der Schulpflichtige die Prüfungen zweimal nicht bestanden hat“ durch die Wortfolge „nicht erworben hat“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „nicht abgelegt hat oder wenn der Schulpflichtige die Prüfungen zweimal nicht bestanden hat“ durch die Wortfolge „nicht erworben hat“ ersetzt.

3. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung auf Schulpflichtige, denen gemäß Artikel 20.1 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen eine Freistellung von den Prüfungen zum Erhalt des Abschlusszeugnisses gewährt wurde.“

Art. 51 – In Artikel 93.70 Absatz 6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Wortfolge „auf der Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion“ gestrichen.

Art. 52 – In Artikel 93.71 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Angabe „4 und 5“ durch die Angabe „4, 5 und 6“ ersetzt.

Art. 53 – In Artikel 93.79 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird der zweite Satz gestrichen.

KAPITEL 12 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 54 – In Artikel 33 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentrums, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und b) können bei einem Personalmitglied, das noch nicht die erforderlichen drei Abweichungen für das zu vergebende Amt durchlaufen hat, als erste und zweite Abweichung ebenfalls folgende Beschäftigungen geltend gemacht werden:

1. eine Beschäftigung als bezuschusster Vertragsarbeitnehmer in dem zu vergebenden Amt im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird;

2. eine besoldete Beschäftigung im Arbeitnehmerverhältnis, die außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem mit dem zu vergebenden Amt vergleichbaren und derselben Unterrichtsebene zugehörigen Amt in einer von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder von einer seiner Gebietskörperschaften organisierten, subventionierten oder anerkannten Unterrichtseinrichtung oder Einrichtung zur Betreuung von Kindern im Kindergartenalter, die in ihrer inhaltlichen Ausrichtung einem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Kindergarten entspricht, verrichtet wurde, insofern eine von der Unterrichtsverwaltung ausgestellte Anerkennung dieser Beschäftigung als Abweichung vorliegt. Zwecks Anerkennung dieser Beschäftigung als Abweichung ist seitens des Personalmitglieds ein datierter und unterzeichneter Antrag mitsamt den erforderlichen Dienstbescheinigungen, aus denen der Beschäftigungszeitraum, das

bekleidete Amt und die Unterrichtsebene bzw. Jahrgangsklasse, in der das Personalmitglied tätig war, bei der Unterrichtsverwaltung einzureichen.“

Art. 55 – In Artikel 38 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 26. Juni 2006 und vom 28. Juni 2021, wird die Angabe „Absatz 2“ durch die Wortfolge „Absätze 2 und 3“ ersetzt.

Art. 56 – In Artikel 49 §1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und b) können bei einem Personalmitglied, das noch nicht die erforderlichen drei Abweichungen für das zu vergebende Amt durchlaufen hat, als erste und zweite Abweichung ebenfalls die in Artikel 33 Absatz 3 angeführten Beschäftigungen geltend gemacht werden.“

Art. 57 – In Artikel 79 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird zwischen die Angaben „Artikel 49 §1“ und „Nummer 1“ die Angabe „Absatz 1“ eingefügt.

Art. 58 – In den Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Artikel 119.29 eingefügt:

„Art. 119.29 – Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2025 in einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventionierten Primarschule das Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung bekleiden und einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A für dieses Amt besitzen, gilt der jeweilige Befähigungsnachweis auch nach dem 31. Dezember 2025 weiterhin als ein für ausreichend erachteter Befähigungsnachweis für dieses Amt.“

KAPITEL 13 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. APRIL 1999 ÜBER DAS REGELGRUNDSCHULWESEN

Art. 59 – Artikel 48 §2 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „auf Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion“ gestrichen.

3. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„Eine Verwendung des Stellenkapitals für Projekte im Bereich der Schulentwicklung oder der Pädagogik gemäß Absatz 1 darf nicht zur Folge haben, dass Personalmitglieder im Amt des Chefsekretärs wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden.“

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 60 – In Artikel 20 §1 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und b) können bei einem Personalmitglied, das noch nicht die erforderlichen drei Abweichungen für das zu vergebende

Amt durchlaufen hat, als erste und zweite Abweichung ebenfalls folgende Beschäftigungen geltend gemacht werden:

1. eine Beschäftigung als bezuschusster Vertragsarbeitnehmer in dem zu vergebenden Amt im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird;

2. eine besoldete Beschäftigung im Arbeitnehmerverhältnis, die außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem mit dem zu vergebenden Amt vergleichbaren und derselben Unterrichtsebene zugehörigen Amt in einer von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder von einer seiner Gebietskörperschaften organisierten, subventionierten oder anerkannten Unterrichtseinrichtung oder Einrichtung zur Betreuung von Kindern im Kindergartenalter, die in ihrer inhaltlichen Ausrichtung einem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Kindergarten entspricht, verrichtet wurde, insofern eine von der Unterrichtsverwaltung ausgestellte Anerkennung dieser Beschäftigung als Abweichung vorliegt. Zwecks Anerkennung dieser Beschäftigung als Abweichung ist seitens des Personalmitglieds ein datierter und unterzeichneter Antrag mitsamt den erforderlichen Dienstbescheinigungen, aus denen der Beschäftigungszeitraum, das bekleidete Amt und die Unterrichtsebene bzw. Jahrgangsklasse, in der das Personalmitglied tätig war, hervorgeht, bei der Unterrichtsverwaltung einzureichen.“

Art. 61 – In Artikel 37 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und b) können bei einem Personalmitglied, das noch nicht die erforderlichen drei Abweichungen für das zu vergebende Amt durchlaufen hat, als erste und zweite Abweichung ebenfalls die in Artikel 20 §1 Absatz 3 angeführten Beschäftigungen geltend gemacht werden.“

Art. 62 – In das Kapitel XIV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Artikel 111duodevicies eingefügt:

„Art. 111duodevicies – Übergangsregel

Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2025 in einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventionierten Primarschule das Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung bekleiden und einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A für dieses Amt besitzen, gilt der jeweilige Befähigungsnachweis auch nach dem 31. Dezember 2025 weiterhin als ein für ausreichend erachteter Befähigungsnachweis für dieses Amt.“

KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 19. APRIL 2004 ÜBER DIE VERMITTLUNG UND DEN GEBRAUCH DER SPRACHEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 63 – In Artikel 52 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 10 eingefügt:

„Als Nachweis der fremdsprachendidaktischen Kenntnisse gilt zusätzlich zu den in Artikel 26bis erwähnten Nachweisen die bis einschließlich 31. August 2025 ausgestellte Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik mit einem Umfang von mindestens 60 Unterrichtsstunden.“

KAPITEL 16 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 6. JUNI 2005 ÜBER DRINGENDE MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2005

Art. 64 – In Artikel 23 Absatz 1 Nummer 5.1. Buchstabe b) des Dekrets vom 6. Juni 2005 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird das Wort „stattfindet“ durch die Wortfolge „stattfindet. Liegen zwischen dem Tag, an dem der Todesfall eintritt, und dem letzten Tag der Woche, in der die Beerdigung stattfindet, weniger als vier Arbeitstage, kann das Personalmitglied die nicht beanspruchten Tage des Gelegenheitsurlaubs in der Woche, die der Woche folgt, in der die Beerdigung stattfindet, in Anspruch nehmen“

KAPITEL 17 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 65 – Artikel 2.8 §2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Nummern 1 bis 4 werden wie folgt ersetzt:
„1. Erziehungs- und sozialwissenschaftliche Ausbildung;
2. Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Ausbildung;
3. Wissenschaftliche Ausbildung;
4. Berufspraktische Ausbildung und professionelle Identität.“
2. Nummer 5 wird aufgehoben.

Art. 66 – In Artikel 3.2.2 §2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Wortfolge „Der Leiter des Fachbereichs Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften entscheidet“ durch die Wortfolge „Ein Gremium aus mindestens drei Personen, darunter mindestens ein Dozent des Studienbereichs Soziale Arbeit sowie ein Mitglied der Direktion, entscheiden. Die Direktion bestellt die Mitglieder dieses Gremiums.“ ersetzt.

Art. 67 – Artikel 3.14 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„Art. 3.14 - Prinzip

Mit der Einschreibung an der Hochschule akzeptieren die Schüler bzw. Studenten die Schul-, die Studien- und die Prüfungsordnung, die den Schüler bzw. Studenten in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Die Hochschule informiert den Schüler bzw. Studenten zum Zeitpunkt seiner Einschreibung über die digitale Zurverfügungstellung der Ordnungen.

Auf Anfrage des Schülers bzw. Studenten wird ihm die Schul-, Studien- und Prüfungsordnung in Papierform ausgehändigt. Eine Papierfassung dieser Ordnungen steht im Sekretariat zur Einsicht zur Verfügung.“

Art. 68 – Artikel 3.21 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Oktober 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird der zweite Satz gestrichen;
2. Absatz 4 wird aufgehoben.

Art. 69 – Artikel 3.33 §4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Oktober 2011, wird aufgehoben.

Art. 70 – Artikel 3.35 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Oktober 2011, wird aufgehoben.

Art. 71 – In Artikel 5.15 §1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und b) können bei einem Personalmitglied, das noch nicht die erforderlichen drei Abweichungen für das zu vergebende Amt durchlaufen hat, als erste und zweite Abweichung ebenfalls folgende Beschäftigungen geltend gemacht werden:

1. eine Beschäftigung als bezuschusster Vertragsarbeitnehmer in dem zu vergebenden Amt an der autonomen Hochschule;

2. eine besoldete Beschäftigung im Arbeitnehmerverhältnis, die außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem vergleichbaren und derselben Unterrichtsebene zugehörigen Amt in einer von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder von einer seiner Gebietskörperschaften organisierten, subventionierten oder anerkannten Unterrichtseinrichtung verrichtet wurde, insofern eine von der Unterrichtsverwaltung ausgestellte Anerkennung dieser Beschäftigung als Abweichung vorliegt. Zwecks Anerkennung dieser Beschäftigung als Abweichung ist seitens des Personalmitglieds ein datierter und unterzeichneter Antrag mitsamt den erforderlichen Dienstbescheinigungen, aus denen der Beschäftigungszeitraum, das bekleidete Amt und die Unterrichtsebene bzw. Jahrgangsklasse, in der das Personalmitglied tätig war, bei der Unterrichtsverwaltung einzureichen.“

Art. 72 – In Artikel 5.31 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben a) und b) können bei einem Personalmitglied, das noch nicht die erforderlichen drei Abweichungen für das zu vergebende Amt durchlaufen hat, als erste und zweite Abweichung ebenfalls die in Artikel 5.15 §1 Absatz 2 angeführten Beschäftigungen geltend gemacht werden.“

Art. 73 – In Artikel 5.38 §1 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 27. Juni 2011 und vom 22. Juni 2020, wird zwischen die Angaben „Artikel 5.15“ und „Nummer 5“ die Angabe „§1 Absatz 1“ eingefügt.

Art. 74 – Artikel 6.7 §1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Angabe „19,25“ durch die Angabe „23,25“ ersetzt.

2. Folgende Absätze 5 und 6 werden eingefügt:

„Stichtag für das in den Absätzen 2, 3 und 4 angeführte Stellenkapital ist der 31. August. Berücksichtigt werden die regulären Studenten, die zu den entsprechenden Studiengängen eingeschrieben sind.

Das gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 ermittelte Stellenkapital steht vom 1. September bis zum letzten Tag des laufenden akademischen Jahres zur Verfügung.“

Art. 75 – Artikel 7.4 §2 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „vor Beginn“ durch die Wortfolge „im Laufe“ ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „zu Beginn“ durch die Wortfolge „im Laufe“ ersetzt.

Art. 76 – In den Titel IX desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Artikel 9.1.1 eingefügt:

„Art. 9.1.1 - *Übergangsbestimmung bezüglich der Gewährung des Stellenkapitals im Fachbereich Bildungswissenschaften im Zuge der Verlängerung der Erstausbildung im Studienbereich Lehramt*

In Abweichung von Artikel 6.7 §1 Absatz 1 stehen dem Fachbereich Bildungswissenschaften folgende Anzahl Stellen wie folgt zur Verfügung:

1. Im akademischen Jahr 2025-2026: 20,75 Stellen;
2. Im akademischen Jahr 2026-2027: 21,75 Stellen;
3. Im akademischen Jahr 2027-2028: 22,75 Stellen.“

KAPITEL 18 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. MÄRZ 2009 ZUR ORGANISATION DES TEILZEIT-KUNSTUNTERRICHTS

Art. 77 – In Artikel 59 §2 Absatz 2 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts, abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „vor Beginn“ durch die Wortfolge „im Laufe“ ersetzt.

KAPITEL 19 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. OKTOBER 2010 ÜBER PÄDAGOGISCHE UND ADMINISTRATIVE NEUERUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 78 – In Artikel 1 §2 Nummer 3 Buchstabe k) des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen, aufgehoben durch das Dekret vom 20. Juni 2016 und wieder eingeführt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird das Wort „Grundschulwesen“ durch die Wortfolge „Grundschulwesen, insofern dieses Amt vor dem 1. Januar 2026 von dem jeweiligen Personalmitglied bekleidet wurde“ ersetzt.

Art. 79 – Der Anhang 3 desselben Dekrets wird durch den Anhang 1 des vorliegenden Dekrets ersetzt.

Art. 80 – Der Anhang 4 desselben Dekrets wird durch den Anhang 2 des vorliegenden Dekrets ersetzt.

KAPITEL 20 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 81 – In Artikel 1.1 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Wortfolge „ungeachtet ihres Alters“ die Wortfolge „, sowie auf Erziehungsberechtigte und Personalmitglieder der Schulen und ZAWM“ eingefügt.

Art. 82 – Artikel 1.4 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 1 wird eingefügt:
„1. Begleitakte: die durch das Zentrum über jeden Klienten geführte Akte, in der alle für die Begleitung des Klienten relevanten Informationen abgespeichert werden gemäß Artikel 4.7 Absatz 1;“
2. Folgende Nummer 1.1 wird eingefügt:
„1.1. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;“
3. Nummer 1 wird zu Nummer 1.2.
4. Folgende Nummer 5.1 wird eingefügt:
„5.1. Klienten: Kinder und Jugendliche, schwangere Frauen, Personalmitglieder der Schulen und ZAWM, Erziehungsberechtigte;“
5. In Nummer 17 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

6. Folgende Nummer 18 wird eingefügt:
„18. ZFP: Zentrum für Förderpädagogik.“

Art. 83 – In Artikel 3.1 Nummer 1 desselben Dekrets wird nach der Wortfolge „einschließlich Schwangerschaftsberatung,“ die Wortfolge „Unterstützung von Schwangeren in prekären Situationen, Begleitung und Orientierung von Erziehungsberechtigten und Familien sowie Personalmitgliedern der Schulen und ZAWM,“ eingefügt.

Art. 84 – In Artikel 3.2 Absatz 1 desselben Dekrets wird der Satz „Relevante Feststellungen im Rahmen von Präventionsmaßnahmen können für gezielte Beratungsgespräche sowie statistische Auswertungen genutzt werden.“ eingefügt.

Art. 85 – In Artikel 3.4 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Juni 2016, 28. März 2022 und 26. Juni 2023, werden zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 5 wird, folgende Absätze eingefügt:

„Im Rahmen der Präventionsarbeit ist das Zentrum in Einzelsituationen berechtigt, Kinder und Jugendliche einzeln anzusprechen. Auffälligkeiten aus Beobachtung und Animation von Gruppen und Klassen dürfen zwecks Erstellung eines Entwicklungsdialogs erfasst werden.

Das Zentrum darf die individuelle Schülerberatung nur fortsetzen, wenn der Schüler, der das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, oder die Erziehungsberechtigten des Schülers, der nicht das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, damit einverstanden sind.

Schüler und Erziehungsberechtigte dürfen sich nicht widersetzen gegen:

1. die verpflichtenden Schuluntersuchungen unter Vorbehalt von Artikel 3.18 §2,
2. Maßnahmen im Falle ansteckender Krankheiten,
3. die klassenbezogene Begleitung durch das Zentrum,
4. die Ansprache in Einzelsituationen im Rahmen der Präventionsarbeit.“

Art. 86 – Artikel 3.5 Absatz 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Hat ein Schulträger oder das IAWM für seine Schulen und ZAWM kein Zusammenarbeitsabkommen mit einem anderen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren geschlossen, ist er verpflichtet, mit dem Zentrum zusammen zu arbeiten gemäß den Bedingungen des vorliegenden Dekrets.“

Art. 87 – Artikel 3.7 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 2 wird nach der Wortfolge „die Erziehungsberechtigten,“ das Wort „Kinder,“ eingefügt.
2. In §3 Absatz 1 wird nach der Wortfolge „bei denen Fragen der Betreuung der“ die Wortfolge „Kinder und“ eingefügt.
3. In §5 Absatz 1 wird nach der Wortfolge „die in der Einrichtung eingeschriebenen“ die Wortfolge „Kinder und“ eingefügt und nach der Wortfolge „Anrecht auf relevante Informationen über die“ die Wortfolge „Kinder und“ eingefügt.

Art. 88 – Artikel 3.15 §1 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:
„4. freiwillige zahnärztliche Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder des 2. Kindergartenjahres sowie für Kinder, bei denen im Rahmen einer Schuluntersuchung dentale Auffälligkeiten festgestellt werden bzw. festgestellt wird, dass sie noch nie bei einer zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchung waren.“

Art. 89 – Artikel 3.16 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 90 – Artikel 3.18 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Einverständnis“ durch das Wort „Verweigerung“ ersetzt.
2. §1 wird aufgehoben.

Art. 91 – Artikel 3.19 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
2. In §1 Absatz 2 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
3. In §1 Absatz 3 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
4. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
5. In §2 Absatz 2 Nummer 2 wird das Wort „Arzt“ durch die Wortfolge „Arzt des Zentrums“ ersetzt.
6. In §2 Absatz 2 Nummer 3 wird das Wort „Arztes“ durch die Wortfolge „Arztes des Zentrums“ ersetzt.

Art. 92 – Artikel 3.20 §2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nach der Wortfolge „gemäß Titel 4 Untertitel 1 angeführt“ wird die Wortfolge „und entsprechend den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen in einer Impfdatenbank erfasst.“ eingefügt.
2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:
„Die Registrierung der Impfdaten in der Impfdatenbank wird durch das Zentrum vorgenommen, sofern die Erziehungsberechtigten dies nicht schriftlich verweigern. Die Verweigerung hat keinerlei Einfluss auf die medizinischen Untersuchungen und die Verabreichung der Impfungen.“

Art. 93 – Artikel 4.1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.1 – Integrierte Begleitakte

Das Zentrum erstellt eine integrierte Begleitakte für jeden Klienten, der durch das Zentrum begleitet wird.

Die Begleitakte enthält die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 1-7 angeführten Daten. Sie wird zum Zeitpunkt der Volljährigkeit des Kindes oder des Jugendlichen oder zum Ende seiner Begleitung, sofern diese über die Volljährigkeit des Kindes oder Jugendlichen hinausgeht, geschlossen und daraufhin bis zum Ablauf der in Artikel 4.12 angeführten Frist archiviert.“

Art. 94 – Artikel 4.2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.2 – Zusammenarbeit

Unbeschadet der in Titel 4 Untertitel 2 angeführten Bestimmungen sind die in Ausführung des vorliegenden Dekrets mit der Bearbeitung einer Begleitakte beauftragten Beschäftigten des Zentrums dazu verpflichtet, mit den Personen zusammenzuarbeiten, die ebenfalls im Rahmen einer Begleitarbeit im Interesse des Kindes oder Jugendlichen tätig sind gemäß Artikel 3.2 Absatz 6. Sie werden insbesondere über die bereits unternommenen Maßnahmen unterrichtet.

Bei der Zusammenarbeit werden die Befugnis- und Aufgabenverteilung sowie die in Artikel 4.9 vorgesehenen Vorgaben beachtet.“

Art. 95 – Artikel 4.3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.3 – Recht auf Auskunft

Gemäß Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung haben die in Artikel 4.7 angeführten Personen ein Recht auf Auskunft in Bezug auf die über sie verarbeiteten personenbezogenen Daten.“

Art. 96 – Die Überschrift von Titel 4 Untertitel 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„Untertitel 2 – Vertraulichkeit und Datenschutz“

Art. 97 – Artikel 4.4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„Art. 4.4 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Beschäftigten des Zentrums sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, einschließlich der in Artikel 4.11 angeführten Datenempfänger dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgaben anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 98 – Artikel 4.5 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„Art. 4.5 – Verantwortliche für die Datenverarbeitung

Unbeschadet des Artikels 4.6 ist das Zentrum für die Verarbeitung der in Artikel 4.7 angeführten personenbezogenen Daten verantwortlich. Das Zentrum gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.“

Art. 99 – Artikel 4.6 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:
„Art. 4.6 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer bei dem Zentrum beschäftigten Fachkraft der Gesundheitspflege oder einer anderen Fachkraft, die dem Berufsgeheimnis unterworfen ist, statt.“

Art. 100 – Artikel 4.7 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:
„Art. 4.7 – Datenkategorien

Insofern sie im Kontext der Arbeit mit dem Klienten relevant sind, kann das Zentrum personenbezogene Daten folgender Kategorien gemäß Artikel 4.8 verarbeiten:

1. in Bezug auf werdende Mütter in Notlagen:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;
 - b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;
 - c) Daten zum Gesundheitszustand, dazu gehören insbesondere Informationen zur Schwangerschaft sowie ärztliche Bescheinigungen;
 - d) Daten zu Ausbildung und Schulung, dazu gehören insbesondere Schullaufbahn und Schulabschluss;
 - e) Daten zu Beruf und Funktion, dazu gehört insbesondere die derzeitige Beschäftigung: Arbeitgeber, Berufsbezeichnung und -beschreibung;
 - f) Daten zu Lebensgewohnheiten, dazu gehören insbesondere Tabakkonsum, soziale Kontakte, Drogenkonsum sowie Alkoholkonsum;
 - g) Daten zu persönlichen Eigenschaften, dazu gehört insbesondere das Geburtsdatum;

h) Daten zu den Wohncharakteristiken, dazu gehören insbesondere Merkmale der Unterkunft;

i) Finanzdaten, dazu gehören insbesondere Informationen zu den Einnahmen und Ausgaben sowie die Kontonummer;

j) Haushaltszusammensetzung;

2. in Bezug auf Personalmitglieder der Schulen:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;

b) Daten zu persönlichen Eigenschaften, dazu gehört insbesondere das Geburtsdatum;

c) Daten zum Beruf und zur Funktion, dazu gehört insbesondere die derzeitige Beschäftigung: Arbeitgeber, Berufsbezeichnung und -beschreibung;

d) Notizen zu Anfragen im Rahmen von Beratungen zur Arbeit mit Schülern und Klassen;

3. in Bezug auf Kinder bis einschließlich 12 Jahre:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;

b) Daten zu persönlichen Eigenschaften, dazu gehören insbesondere Geburtsdatum, Nationalität, Geburtsort, Alter sowie Geschlecht;

c) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

d) Daten zum Schulbesuch und zur Ausbildung;

e) Daten zu Beruf und Funktion der Erziehungsberechtigten, dazu gehört insbesondere die derzeitige Beschäftigung: Berufsbezeichnung und ggf. -beschreibung;

f) Daten zum Gesundheitszustand dazu gehören insbesondere Gewicht, Größe, anatomische Auffälligkeiten, Fördermaßnahmen, intellektuelle Möglichkeiten und Entwicklung, Entwicklungszustand, Ergebnisse Zahnuntersuchung, Sprachentwicklung, Motorik, Logopädie, Ergotherapie, Psychomotorik, Verhaltensauffälligkeiten, Gutachten, sowie ansteckende Krankheiten;

g) Daten zur gesundheitlichen Vorgeschichte, dazu gehören insbesondere Allergien, Seh- und Hörvermögen sowie Impfdaten;

h) Daten zu persönlichen Interessen, dazu gehören insbesondere Hobbies und Sport;

i) Daten zu den Lebensgewohnheiten des Kindes bzw. der Erziehungsberechtigten, dazu gehören insbesondere Tabakkonsum, soziale Kontakte sowie Alkoholkonsum;

j) Daten zur Haushaltszusammensetzung, dazu gehören insbesondere Angaben zu anderen Familienmitgliedern;

k) Daten zum Konsum digitaler Medien, dazu gehört insbesondere die Zeit, die vor Bildschirmen verbracht wird;

l) Daten zu den Wohncharakteristiken, dazu gehören insbesondere Merkmale der Unterkunft;

m) Daten bezüglich Ermittlungen oder Gerichtsverfahren;

n) Daten zur politischen Meinung;

o) Daten zur kulturellen oder ethnischen Herkunft;

p) Daten zur Religion oder Weltanschauung;

q) Daten zu kundenbezogenen Anfragen;

r) Daten zur sexuellen Orientierung, insofern dies im Rahmen der Identitätsfindung eine Rolle spielt;

4. in Bezug auf Minderjährige ab 13 Jahre:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;

b) Daten zu persönlichen Eigenschaften, dazu gehören insbesondere Geburtsdatum, Nationalität, Geburtsort, Alter sowie Geschlecht;

c) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

d) Daten zum Schulbesuch und zur Ausbildung;

e) Daten zu Beruf und Funktion der Erziehungsberechtigten, dazu gehört insbesondere die derzeitige Beschäftigung: Berufsbezeichnung und ggf. -beschreibung;

f) Daten zum Gesundheitszustand dazu gehören insbesondere Gewicht, Größe, anatomische Auffälligkeiten, Fördermaßnahmen, intellektuelle Möglichkeiten und Entwicklung, Entwicklungszustand, Ergebnisse Zahnuntersuchung, Sprachentwicklung, Motorik, Logopädie, Ergotherapie, Psychomotorik, Verhaltensauffälligkeiten, Gutachten sowie ansteckende Krankheiten;

g) Daten zur gesundheitlichen Vorgeschichte, dazu gehören insbesondere Allergien, Seh- und Hörvermögen sowie Impfdaten;

h) Daten zu persönlichen Interessen, dazu gehören insbesondere Hobbies und Sport;

i) Daten zu den Lebensgewohnheiten des Kindes, dazu gehören insbesondere Tabakkonsum, soziale Kontakte und Alkoholkonsum;

j) Daten zur Haushaltzusammensetzung, dazu gehören insbesondere Angaben zu anderen Familienmitgliedern;

k) Daten zum Konsum digitaler Medien, dazu gehört insbesondere die Zeit, die vor Bildschirmen verbracht wird;

l) Daten zu den Wohncharakteristiken, dazu gehören insbesondere Merkmale der Unterkunft;

m) Daten bezüglich Verdächtigungen und Anklagen, dazu gehören insbesondere Daten über mutmaßliche Straftaten;

n) Daten bezüglich Ermittlungen oder Gerichtsverfahren;

o) Daten zur politischen Meinung;

p) Daten zur kulturellen oder ethnischen Herkunft;

q) Daten zur Religion oder Weltanschauung;

r) Daten zu kundenbezogenen Anfragen;

s) Daten zur sexuellen Orientierung insofern dies im Rahmen der Identitätsfindung eine Rolle spielt;

5. in Bezug auf volljährige Schüler bzw. Studenten:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;

b) Daten zu persönlichen Eigenschaften, dazu gehören insbesondere Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität, Alter, Familienstand, sowie Geschlecht;

c) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

d) Daten zum Schulbesuch, zur Ausbildung und zu Schulungen;

e) Daten zum Lehrberuf des Schülers, dazu gehören insbesondere der Ausbildungsbetrieb und die Ausbildungsbezeichnung;

f) Daten zum Gesundheitszustand, dazu gehören insbesondere Gewicht, Größe, anatomische Auffälligkeiten, Fördermaßnahmen, intellektuelle Möglichkeiten und Entwicklung, Entwicklungszustand, Ergebnisse Zahnuntersuchung, Sprachentwicklung, Motorik, Logopädie, Ergotherapie, Psychomotorik, Verhaltensauffälligkeiten, Gutachten sowie ansteckende Krankheiten;

g) Daten zur gesundheitlichen Vorgeschichte, dazu gehören insbesondere Impfdaten sowie Gutachten;

h) Daten zu persönlichen Interessen, dazu gehören insbesondere Hobbies und Sport;

i) Daten zu den Lebensgewohnheiten, dazu gehören insbesondere Tabakkonsum, soziale Kontakte sowie Alkoholkonsum;

j) Daten zur Haushaltzusammensetzung, dazu gehören insbesondere Angaben zu anderen Familienmitgliedern;

k) Daten zu Konsumgewohnheiten, dazu gehören insbesondere Verbrauchsgewohnheiten;

l) Daten zu den Wohncharakteristiken, dazu gehören insbesondere Merkmale der Unterkunft;

m) Daten zu Verdächtigungen und Anklagen, dazu gehören insbesondere Daten über mutmaßliche Straftaten;

n) Daten bezüglich Ermittlungen oder Gerichtsverfahren;

o) Daten zur politischen Meinung;

p) Daten zur kulturellen oder ethnischen Herkunft;

q) Daten zur Religion oder Weltanschauung;

r) Daten zu kundenbezogenen Anfragen;

s) Daten zur sexuellen Orientierung insofern dies im Rahmen der Identitätsfindung eine Rolle spielt;

6. in Bezug auf Erziehungsberechtigte:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Rufnummer bzw. Handynummer;

b) Daten zu persönlichen Eigenschaften, dazu gehören insbesondere Geburtsdatum, Geschlecht und Sprache;

c) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Klienten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

d) Daten bezüglich des Gesundheitszustands, dazu gehören insbesondere Informationen zur Schwangerschaft und zur Geburt des Kindes sowie sofern relevant Impfdaten;

e) Daten zur Ausbildung und zu Schulungen;

f) Daten zum Beruf und zur Funktion;

g) Daten zu den Lebensgewohnheiten, dazu gehören insbesondere Tabakkonsum, soziale Kontakte sowie Alkoholkonsum;

h) Daten bezüglich juristischer Maßnahmen, dazu gehört insbesondere die Unterstellung unter Vormundschaft;

i) Daten bezüglich Verdächtigungen und Anklagen, dazu gehören insbesondere Daten über mutmaßliche Straftaten;

j) Daten bezüglich Verurteilungen und Strafen;

k) Daten bezüglich Ermittlungen oder Gerichtsverfahren;

l) Daten zur Haushaltszusammensetzung, dazu gehören insbesondere Angaben zu anderen Familienmitgliedern;

m) Daten zu persönlichen Interessen, dazu gehören insbesondere Hobbies und Sport;

n) Daten zu den Wohncharakteristiken, dazu gehören insbesondere Merkmale der Unterkunft;

o) Daten zur ethnischen und kulturellen Herkunft;

p) Daten zur Religion oder Weltanschauung;

q) Daten zu Konsumgewohnheiten;

r) Finanzdaten, dazu gehört insbesondere die Kontonummer;

s) Daten zum Einwanderungsstatus, dazu gehören insbesondere Angaben zum Visum sowie Angaben zu Aufenthalts -oder Reisebeschränkungen;

7. in Bezug auf sonstige Personen aus dem Umfeld des Klienten: Sonstige Informationen, welche dem Zentrum im Rahmen der Begleitung des Klienten zugetragen werden.

Unbeschadet des Absatzes 1 verarbeitet das Zentrum personenbezogene Daten folgender Kategorien:

1. in Bezug auf Ärzte, die für das Zentrum auf Honorarbasis arbeiten:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse und Rufnummer bzw. Handynummer;

b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Ärzte, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;

c) die Unternehmensnummer;

d) Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches;

e) Daten zur Ausbildung und zu Schulungen;

f) Finanzdaten, dazu gehört insbesondere die Bankverbindung;

2. in Bezug auf Referenten, die für das Zentrum auf Honorarbasis arbeiten:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse und Rufnummer bzw. Handynummer;
 - b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Referenten, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;
 - c) die Unternehmensnummer;
 - d) Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches;
 - e) Daten zur Ausbildung und zu Schulungen;
 - f) Finanzdaten, dazu gehört insbesondere die Bankverbindung;
3. in Bezug auf Personen, die das Zentrum ehrenamtlich unterstützen:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse und Rufnummer bzw. Handynummer;
 - b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Ehrenamtliche, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;
 - c) Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches;
 - d) Finanzdaten, dazu gehört insbesondere die Bankverbindung;
4. in Bezug auf Personalmitglieder des Zentrums:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben, dazu gehören insbesondere Name, Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse sowie Rufnummer bzw. Handynummer;
 - b) die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige alternative offizielle Identifikationsnummer für Personalmitglieder, die nicht über eine Nationalregisternummer verfügen;
 - c) Daten zu persönlichen Eigenschaften, dazu gehören insbesondere Geburtsdatum, Geburtsort, Nationalität, Alter, Familienstand, Haushaltszusammensetzung und Geschlecht;
 - d) Angaben zur familiären Situation, dazu gehören insbesondere, falls vorhanden, Name und Geburtsdatum der Kinder, Angaben zum Ehepartner, Heirats-, Trennungs- oder Scheidungsurkunde;
 - e) Daten zu Ausbildung und Schulung, dazu gehören insbesondere Diplome sowie Fort- und Weiterbildungsbescheinigungen;
 - f) Daten zu Beruf und Funktion, dazu gehören insbesondere die Berufslaufbahn, der Ernennungserlass, Arbeitsverträge mit eventuellen Nachträgen, Bewertungen, Bestimmung des finanziellen Dienstalters, Urlaubsregelungen, Pensionsunterlagen, Aufstieg und Beförderung, Reduzierung der Arbeitszeiten, Genehmigungen von Nebenbeschäftigungen sowie Kündigungen;
 - g) Finanzdaten, dazu gehört insbesondere die Bankverbindung, die steuerliche Situation einschließlich der Personen zu Lasten sowie Forderungsanmeldungen u.a. im Bereich Dienstfahrten und Arbeitsweg;
 - h) Bildaufzeichnungen, dazu gehören insbesondere Personalfotos;
 - i) Gesundheitsdaten im Hinblick auf die Begründung von Abwesenheiten, dazu gehören insbesondere Krankmeldungen, Berichte der Arbeitsmedizin und die Information über eine bestehende Schwangerschaft im Hinblick auf Auflagen betreffend die Arbeitsstelle;
 - j) KFZ-Kennzeichen;
 - k) Angaben zu geleistetem Militärdienst: Milizbescheinigung;
 - l) Auszug aus dem Strafregister, der für eine Einstellung Voraussetzung ist.“

Art. 101 – Artikel 4.8 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.8 – *Regelmäßige Bereitstellung von Daten*

§1 - Die Regierung übermittelt dem Zentrum mindestens einmal monatlich zwecks erstmaliger Kontaktaufnahme des Zentrums mit den Familien zur Erfüllung der in Artikel 3.3 festgehaltenen Aufgaben folgende Daten:

1. die Angaben zur Identität und die Kontaktangaben des Antragstellers der Geburtsprämie gemäß Kapitel 3 Abschnitt 1 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, der seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat;
2. die Informationen bezüglich des voraussichtlichen Geburtstermins sowie das tatsächliche Geburtsdatum.

Die Daten werden durch das Zentrum gespeichert und entsprechend den in Artikel 4.12 angeführten Fristen aufbewahrt.

Die Übertragung der Daten erfolgt mittels einer Webportalsoftware unter Einhaltung nachfolgender Sicherheitsmaßnahmen:

1. Das Portal ist für die Regierung und das Zentrum durch ein separates Passwort geschützt.
2. Das Zentrum kann nur die Daten einsehen, die es für die Umsetzung des in Artikel 3.3 beschriebenen Auftrags benötigt.

§2 - Die Gemeinden übermitteln dem Zentrum monatlich die Kontaktdaten einschließlich Nationalregisternummern oder einer gleichwertigen Identifizierungsnummer der Neugeborenen und der neu zugezogenen Kinder bis 3 Jahre.

§3 - Der externe Datenaustausch findet unbeschadet des Artikels 4.4 statt.

§4 - Für die Erstellung und Aktualisierung der unter Artikel 4.1 angeführten integrierten Begleitakte werden dem Zentrum folgende Daten übermittelt:

1. Die Regierung übermittelt dem Zentrum jedes Jahr:
 - a) bis zum 1. November und bis zum 1. März die Liste aller Schüler, die im laufenden Schuljahr an einer Regel- oder Förderschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben sind;
 - b) bis zum 1. Februar die Liste aller Schüler, die im laufenden Schuljahr in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Hausunterricht angemeldet sind. Anschließend werden dem Zentrum bis zum Ende des jeweiligen Schuljahres laufend alle Informationen zu Neueinschreibungen im Hausunterricht übermittelt.
2. Das ZAWM übermittelt dem Zentrum spätestens bis zum 1. November jeden Jahres die Liste aller Schüler, die im laufenden Schuljahr im ZAWM eingeschrieben sind.
3. Das ZFP übermittelt dem Zentrum bis zum 1. Februar jeden Jahres die Liste aller Schüler, die im laufenden Schuljahr in besonderen Programmen des ZFP betreut werden. Anschließend werden dem Zentrum bis zum Ende des jeweiligen Schuljahres alle Informationen zu Neueinschreibungen in der jeweiligen Unterrichtsform übermittelt.
4. Die Schulen übermitteln dem Zentrum zwei Mal im Jahr Listen mit den entsprechenden Informationen zu neuankommenden Schülern. Auf Anfrage des Zentrums übermitteln die Schulen dem Zentrum die entsprechenden Informationen zu spezifischen Schülern zusätzlich auch zu einem anderen Zeitpunkt in Übereinstimmung mit Artikel 3.5.
5. Die Grundschulen übermitteln dem Zentrum im Hinblick auf die unter Artikel 3.15 §2 Absatz 1 Nummer 1 angeführte Anamnese Informationen zu eventuellen Auffälligkeiten bei den Kindern.

Die in Absatz 1 Nummern 1 bis 4 angeführten Schülerlisten enthalten Identifikationsdaten, Kontaktdaten, Daten zu persönlichen Eigenschaften und zur aktuellen Schuleinschreibung sowie die Nationalregisternummer oder eine gleichwertige eindeutige offizielle Identifikationsnummer.

Unbeschadet von Absatz 2 enthalten die in Absatz 1 Nummer 4 angeführten Listen im Hinblick auf die Aufspürung eventueller ansteckender Krankheiten im schulischen Umfeld, das Herkunftsland und eventuelle Transitländer.“

Art. 102 – Artikel 4.9 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 28. Juni 2021 und vom 15. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.9 – Verarbeitungszwecke

Vorbehaltlich gesetzlicher Bestimmungen, die die Vorgaben für das Zentrum bei der Verarbeitung personenbezogener Daten anderweitig festlegen, erhebt und verarbeitet das Zentrum personenbezogene Daten zu folgenden Zwecken:

1. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 1 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.8, 3.9, 3.27 und 4.1 vorgesehenen Zwecke;
2. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 2 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4 insbesondere Absatz 1 Nummer 8, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9 und 5.2 und dem Artikel 10.2 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung [und zur medizinischen Prävention vorgesehenen Zwecke;
3. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 3 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18 §2 Absatz 3 Nummern 2 und 3, 3.19, 3.20, 3.26, 3.27, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 und 5.1 vorgesehenen Zwecke;
4. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 4 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.26, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 und 5.1 vorgesehenen Zwecke;
5. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 5 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1., 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8., 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1 und 4.8 vorgesehenen Zwecke;
6. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 6 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.21, 3.26, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 und 5.1 vorgesehenen Zwecke;
7. die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 7 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.1., 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.26, 3.27, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 und 5.1 vorgesehenen Zwecke;
8. die in Artikel 4.7 Absatz 2 Nummer 1 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.12 vorgesehenen Zwecke im Hinblick auf Anwerbung, Kommunikation und Kostenabrechnung;
9. die in Artikel 4.7 Absatz 2 Nummer 2 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.2-3.4 und 3.9 vorgesehenen Zwecke im Hinblick auf Anwerbung, Kommunikation und Kostenabrechnung sowie gemäß ggf. abgeschlossenen Vereinbarungen mit der Regierung;
10. die in Artikel 4.7 Absatz 2 Nummer 3 angeführten Datenkategorien für die in Artikel 3.2-3.4 und 3.9 vorgesehenen Zwecke im Hinblick auf Anwerbung, Kommunikation und Kostenabrechnung;
11. die in Artikel 4.7 Absatz 2 Nummer 4 angeführten Datenkategorien für die in Titel 6 vorgesehenen Zwecke im Hinblick auf die Personalführung.

Das Zentrum darf die erhobenen Daten nicht zu anderen als den in Absatz 1 erwähnten Zwecken verwenden.“

Art. 103 – Artikel 4.10 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.10 – Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Das Zentrum greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonyme und pseudonymisierte Daten zurück.

Die Erstellung von Analysen und Statistiken dient folgenden Zwecken:

1. Kommunale Entwicklungsförderung gemäß Artikel 3.8;
2. Beratung der Regierung und der Gemeinden gemäß Artikel 3.9;
3. Erstellung von Expertisen gemäß Artikel 3.9;

4. Strategische Planung und Qualitätsmanagement gemäß Artikel 3.2. und Artikel 5.1.

Können die in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht anhand anonymisierter Daten erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 3 vermerkt das Zentrum in seinem Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.“

Art. 104 – Artikel 4.11 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4.11 – Zusammenarbeit mit Dritten

Die in Artikel 4.7 erwähnten personenbezogenen Daten dürfen an Personen oder Einrichtungen übermittelt werden, sofern das Zentrum auf Basis des vorliegenden Dekrets zum Austausch verpflichtet ist oder die Personen bzw. Einrichtungen, durch oder aufgrund eines Gesetzes, eines Dekrets oder einer Ordonnanz mit einem Auftrag öffentlichen Interesses betraut sind, die Übermittlung für die Ausführung des Auftrags öffentlichen Interesses erforderlich ist und nur die für diesen Auftrag relevanten Daten übermittelt werden.

In diesem Rahmen übermittelt das Zentrum unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Datenminimierung:

1. Partnern im Bereich Jugendhilfe und Jugendgerichtsdienst, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3 und 4 angeführten Daten für die in Artikel 3.1, 3.2, 3.18, 3.19, und 4.2 angeführten Zwecke;

2. dem Arzt bzw. der Krankenkasse der betroffenen Person die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben a), b) und h) angeführten Daten für die in Artikel 3.2 und 3.27 angeführten Zwecke;

3. den Ärzten des Zentrums, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3-5 und 6 Buchstabe a) angeführten Daten für den in Artikel 3.2-3.5 und 3.15 angeführten Zweck;

4. den Erziehungsberechtigten, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3 und 4 angeführten Daten für die in Artikel 3.1-3.6 und 3.19 angeführten Zwecke;

5. der jeweiligen Schule sowie den Lehrern/Schulleitern, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3, 4 und 5 angeführten Daten für die in Artikel 3.2-3.6, 3.7 §5 und 4.2 angeführten Zwecke;

6. dem Ministerium bzw. der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 1-6 und Absatz 2 Nummern 1-4 sowie in Artikel 4.9 angeführten Daten für den in Artikel 3.1, 3.2, 3.9, 3.12, 3.15, 3.20, 3.24, 3.27, 3.28 und 3.29 und dem Erlass der Regierung vom 20. Juli 2017 über meldepflichtige Infektionskrankheiten angeführten Zweck;

7. Forschungseinrichtungen, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3-5 angeführten Daten in pseudonymisierter Form für die in Artikel 3.2, 5.1 und 5.2 angeführten Zwecke;

8. sonstigen Partnern im Bereich der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3-5 angeführten Daten für die in Artikel 3.1, 3.2 und 4.2 angeführten Zwecke;

9. der Staatsanwaltschaft, die in Artikel 4.7 Absatz 1 Nummern 3-6 angeführten Daten für den in Artikel 3.18 angeführten Zweck.

Sollten die in die Datenübermittlung involvierten Beschäftigten des Zentrums dem Berufsgeheimnis unterstehen, wird ein Rederecht eingeführt, welches es dem Personalmitglied ermöglicht, sich im Sinne der Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen mit einem Personalmitglied des in Absatz 2 angeführten Datenempfängers welches der Diskretionspflicht untersteht, auszutauschen unter Beachtung der in Artikel 5 der Datenschutz-Grundverordnung verankerten Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten.“

Art. 105 – Artikel 4.12 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Art. 4.12 – Aufbewahrungsdauer der Daten

Die in Artikel 4.7 Absatz 1 definierten personenbezogenen Daten werden als Teil der Begleitakte höchstens während 10 Jahren ab der Volljährigkeit des Kindes oder des Jugendlichen oder – wenn die Begleitung des Kindes oder des Jugendlichen über die Volljährigkeit hinausgeht – ab dem Abschluss der Begleitung des Kindes oder des Jugendlichen durch das Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.7 Absatz 2 Nummer 1 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens während 10 Jahren ab der Beendigung des Honorarvertrags mit dem Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.7 Absatz 2 Nummer 2 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens während 10 Jahren ab der Beendigung des Honorarvertrags mit dem Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.7 Absatz 2 Nummer 3 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens während 10 Jahren ab der Beendigung der Tätigkeit für das Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.7 Absatz 2 Nummer 4 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens während 5 Jahren ab der Beendigung der Tätigkeit für das Zentrum in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Die in Artikel 4.8 §§1-3 definierten personenbezogenen Daten werden höchstens bis zu dem Datum, ab dem die Schulpflicht für das Kind besteht, in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen sowie in Bezug auf die Qualität der Gesundheitsversorgung werden die personenbezogenen Daten spätestens nach Ablauf der in den Absätzen 1-6 angeführten Fristen vernichtet.

Art. 106 – In Titel 4 Untertitel 2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 28. Juni 2021 und vom 15. Dezember 2021, wird folgender Artikel 4.13 eingefügt:

„Art. 4.13 – Sicherheitsmaßnahmen

Das Zentrum achtet bei der Verarbeitung der in den Artikeln 4.7 und 4.10 erwähnten Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden unter Berücksichtigung der in Artikel 32 der Datenschutz-Grundverordnung angeführten Kriterien.

Das Zentrum sorgt dafür, dass die gemäß dem Artikel 4.7 verarbeiteten Daten jeweils nur von jenen Personen verarbeitet werden, die unmittelbar mit der Umsetzung der entsprechenden Aufgabe betraut sind.“

Art. 107 – Artikel 5.1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird der Satz „Kooperationen mit Forschungseinrichtungen ermöglichen die Weiterentwicklung und Anwendung neuester Methoden.“ eingefügt.

2. In Absatz 2 wird der Satz „Zur Unterstützung des Qualitätsmanagements und der strategischen Planung greift das Zentrum u.a. auf statistische Analysen der durch das Zentrum erhobenen Daten zurück.“ eingefügt.

Art. 108 – In Artikel 5.2 Nummer 2 wird das Komma durch einen Punkt ersetzt und der Satz „Dies erfolgt unter anderem durch Umfragen.“ eingefügt.

Art. 109 – Artikel 8.4 §2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „vor Beginn“ durch die Wortfolge „im Laufe“ ersetzt.
2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „zu Beginn“ durch die Wortfolge „im Laufe“ ersetzt.

KAPITEL 21 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 110 - Werden aufgehoben:

1. der Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. Februar 2003 zur Festlegung der ab dem 1. Dezember 2002 gültigen Gehaltstabellen für die Dienstposten des Verwaltungs, Unterhalts, Fach und Dienstleistungspersonals der Vor, Primar, Sonder, Mittel, technischen, Kunst und Hochschulen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. Juni 2004 und die Dekrete vom 16. Juli 2012 und vom 28. Juni 2021;
2. der Königliche Erlass vom 16. Januar 1970 zur Gewährung eines Gehaltszuschlags für gewisse Mitglieder des Unterrichtspersonals, die Inhaber besonderer Diplome sind, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2016.

Art. 111 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2025 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 15 und 16, die am 1. September 2024 in Kraft treten.
2. Artikel 59, der am 31. Mai 2025 in Kraft tritt.
3. Artikel 48, der am Tag der Verabschiedung des Dekrets in Kraft tritt.
4. Artikel 10, 20, 21, 51, 52, 53, 75, 77, 81-108 und 109, die am 1. Juli 2025 in Kraft treten.
5. Artikel 1, 2, 54, 55, 60, 61, 71 und 72, die am 1. November 2025 in Kraft treten.
6. Artikel 5, Artikel 6 Nummer 1-4 und Nummer 7, Artikel 8, 9, 58, 62 und 92, die am 1. Januar 2026 in Kraft treten.
7. Artikel 74 Nummer 1, der am 1. September 2028 in Kraft tritt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen

O. PAASCH

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

**Jérôme
Franssen** Digital
unterschieden von
Jérôme Franssen
Datum: 2025.03.13
10:38:24 +01'00'

J. FRANSSEN

ANHANG 1

Anhang 3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen

Festlegung der wesentlichen Elemente der Ausbildung zur Erlangung einer Lehrbefähigung (siehe Artikel 1 §2 Nummer 3)

Kurse	Inhaltliche Kurzbeschreibung	Studienpunkte
Der Schul- und Ausbildungskontext	Im Mittelpunkt steht die Schule als Institution mit ihren rechtlichen Rahmenbedingungen. Angesprochen werden unter anderem: - Die Grundlagen des Unterrichts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Schulpflicht - Die Struktur des Unterrichts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Der Förderunterricht: Integration, differenzierte Stufe, Teilzeitunterricht und Modulunterricht - Die duale Ausbildung - Die Auswirkungen in punkto Berufswahlorientierungen - Die Kernkompetenzen und die Rahmenpläne - Der Beurteilungs- und Bewertungsbericht - Die Rolle des Lehrers – Ausbilders - Der Lehrer – Ausbilder als Mitglied eines Teams, einer Schulgemeinschaft	0,25
Der Jugendliche, der Auszubildende im Schul- und Kommunikationskontext	Im Mittelpunkt steht die Entwicklungspsychologie der Adoleszenz: - Der Schüler als Person in Entwicklung - Reflexion über geschlechtsspezifische Ausbildungen: Stärken und Schwächen (Einstieg in technische Berufsbilder für Mädchen, Abbau von tradierten Rollenvorstellungen) - Die Motivation, der Misserfolg - Die Ausbildungsreife	1,5

Allgemeine Didaktik	In diesem Kurs werden die wesentlichen Begriffe der Didaktik behandelt sowie die Grundsätze eines kompetenzorientierten Unterrichts: - Wissenschaft der Lehrkunst - Lehr- und Lernprozesse - Lehr- und Lernmodelle - Lerntheorien - Kompetenzbegriff - Fachbezogene und überfachliche Kompetenzen (Methodenkompetenz, Sozialkompetenz, personale Kompetenz) - Förderpädagogische Ansätze	6
Fachliche Didaktik	Die Fachdidaktik ergänzt den Kurs „Allgemeine Didaktik“. Dieser Kurs hat folgende Zielsetzungen für die zukünftigen Lehrer: - Die Fähigkeit entwickeln, einen für Schüler interessanten Unterricht zu gestalten, an dem Schüler sich aktiv beteiligen; - Die Kurse durchdacht und schlüssig planen, evaluieren und ggf. anpassen; - Werkzeuge zur Analyse von Unterrichts- und Lehrmaterial an die Hand geben; - Kontrollinstrumente entwickeln; - Sowohl die wissenschaftlichen Grundlagen als auch die eigene Auffassung des unterrichteten Stoffes erklären können; - Sich selbst in Frage stellen und Methoden dementsprechend ändern oder anpassen.	6
Klassenführung	- Grundelemente der Klassenführung: Verbale und nonverbale Kommunikation. - Ursachen von Störungen im Unterricht und Möglichkeiten zur Prävention: Moderation, Umgang mit Konflikten. - Lehrerzentrierte Strategien der Intervention bei Störungen: Erzieherische Aspekte, Autorität und Disziplin. - Kooperative Strategien der Intervention bei Konflikten.	2
Lernen und lehren mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken (IKT)	Techniken und Einsatzmöglichkeiten von Präsentationssoftware wie PowerPoint - Keynote - Open Office - ... - Eine Präsentation erstellen und vortragen - Eine kurze Einführung in die Medienpädagogik - Ein Medium aussuchen, es kritisch analysieren, bewerten und die Einsatzmöglichkeit in einer Unterrichtseinheit erklären und begründen. - Erfolgreich Recherchieren. Der Rechercheprozess in 5 Phasen. - Praktisches Arbeiten.	2

Hospitationen (5 St. außerhalb Zielstufe und 10 St. innerhalb Zielstufe)	In verschiedenen Ausbildungssystemen (Regel- und Förderschule sowie Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen) und in verschiedenen Schulen hospitieren, in der DG und außerhalb.	1,5
Laboratorien	Analyse und Reflexion der Unterrichtsplanung und -durchführung mit Hilfe von Rollenspielen, Videographien, Unterrichtssequenzen, ...	1
Begleitende Berufspraxis	Begleitung von Gruppen, von einzeln Personen während der Praktikazeit für: - Unterrichtsmethoden, - schriftliche Vorbereitungen, - Problemsituationen, nach Bedarf, ...	2
Unterrichtspraktika (St. außerhalb Zielstufe und St. innerhalb Zielstufe)	- Vorbereitungen, - Unterrichtseinheiten - Berichte	4
Aspekte der pädagogischen Soziologie, Erziehungs- oder Bildungssoziologie	Der erste Teil des Kurses vermittelt einen allgemeinen Einblick in die generellen Theorien der Bildungssoziologie und befasst sich mit den ersten Einflüssen, die zu dieser Disziplin führten und sie prägten. Der zweite Teil des Kurses analysiert in diesem Kontext weiterführend die aktuellen politischen Entscheidungen, Entwicklungen und Vorgehensweisen der beteiligten Akteure. Hierzu wird das Bildungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Probleme, die sich ihnen im bildungspolitischen Bereich stellen sowie im Hinblick auf die verschiedenen Einflüsse, denen sie sich ausgesetzt sieht, analysiert. Ein vertiefender Blick auf die Nachbarländer und -regionen ist dazu von Nöten (Französische Gemeinschaft, Deutschland, Luxemburg, ...).	0,75
Seminar: spezifische Themenbereiche in allgemeiner und fachlicher Didaktik	Im Mittelpunkt dieses Kurses stehen praxisorientierte Fragen und Problemsituationen der Teilnehmer. Über aktivierende Methoden wird gemeinsam versucht, Antworten zu suchen, Lösungsstrategien zu erarbeiten bzw. Lösungen zu finden. Auf Wunsch seitens der Teilnehmer hin werden Informationsinputs gezielt eingesetzt.	2
Portfolio		1
TOTAL		30

ANHANG 2

Anhang 4 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen

Festlegung der wesentlichen Elemente der Ausbildung zur Erlangung einer Lehrbefähigung (siehe Artikel 1 §2 Nummer 4)

KURSE	Inhaltliche Kurzbeschreibung	Studienpunkte
Der Schul- und Ausbildungskontext	Im Mittelpunkt steht die Schule als Institution mit ihren rechtlichen Rahmenbedingungen. Angesprochen werden unter anderem: - Die Grundlagen des Unterrichts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Schulpflicht, - Die Struktur des Unterrichts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Der Förderunterricht: Integration, differenzierte Stufe, Teilzeitunterricht und Modulunterricht - Die duale Ausbildung - Die Auswirkungen in punkto Berufswahlorientierungen - Die Kernkompetenzen und die Rahmenpläne - Der Beurteilungs- und Bewertungsbericht - Die Rolle des Lehrers – Ausbilders - Der Lehrer – Ausbilder als Mitglied eines Teams, einer Schulgemeinschaft	0,25
Der Jugendliche, der Auszubildende im Schul- und Kommunikationskontext	Im Mittelpunkt steht die Entwicklungspsychologie der Adoleszenz: - Der Schüler als Person in Entwicklung - Reflexion über geschlechtsspezifische Ausbildungen: Stärken und Schwächen (Einstieg in technische Berufsbilder für Mädchen, Abbau von tradierten Rollenvorstellungen) - Die Motivation, der Misserfolg - Die Ausbildungsreife	1

Allgemeine Didaktik	In diesem Kurs werden die wesentlichen Begriffe der Didaktik behandelt sowie die Grundsätze eines kompetenzorientierten Unterrichts: - Wissenschaft der Lehrkunst - Lehr- und Lernprozesse - Lehr- und Lernmodelle - Lerntheorien - Kompetenzbegriff - Fachbezogene und überfachliche Kompetenzen (Methodenkompetenz, Sozialkompetenz, personale Kompetenz) - Förderpädagogische Ansätze - ...	3
Fachliche Didaktik	In diesem Kurs werden nicht nur die wesentlichen Begriffe der Fachrichtung vermittelt sondern auch die Planung, Durchführung und Analyse des Unterrichtens und Berichtens im jeweiligen Unterrichtsfach. Es handelt sich ebenfalls von der Sinnhaftigkeit, der Kommunikabilität und der Zukunftsbedeutung der jeweiligen Fachinhalte.	1,5
Klassenführung	- Grundelemente der Klassenführung: Verbale und nonverbale Kommunikation. - Ursachen von Störungen im Unterricht und Möglichkeiten zur Prävention: Moderation, Umgang mit Konflikten. - Lehrerzentrierte Strategien der Intervention bei Störungen: Erzieherische Aspekte, Autorität und Disziplin. - Kooperative Strategien der Intervention bei Konflikten.	1
Lernen und lehren mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechniken (IKT)	Techniken und Einsatzmöglichkeiten von Präsentationssoftware wie PowerPoint - Keynote - Open Office - ... - Eine Präsentation erstellen und vortragen - Eine kurze Einführung in die Medienpädagogik - Ein Medium aussuchen, es kritisch analysieren, bewerten und die Einsatzmöglichkeit in einer Unterrichtseinheit erklären und begründen. - Erfolgreich Recherchieren. Der Rechercheprozess in 5 Phasen. - Praktisches Arbeiten.	1
Hospitationen	In verschiedenen Ausbildungssystemen (Regel- und Förderschule sowie Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen) und in verschiedenen Schulen hospitieren. In der DG und außerhalb.	1

Laboratorien	Analyse und Reflexion der Unterrichtsplanung und -durchführung mit Hilfe von - Rollenspielen, - Videographien, - Unterrichtssequenzen, - ...	1
Begleitende Berufspraxis	Begleitung von Gruppen, von einzeln Personen während der Praktikazeit für: - Unterrichtsmethoden, - schriftliche Vorbereitungen, - Problemsituationen, - nach Bedarf, ...	0,5
Unterrichtspraktika	- Vorbereitungen - Unterrichtseinheit - Berichte	2
Aspekte der pädagogischen Soziologie, Erziehungs- oder Bildungssoziologie	Der erste Teil des Kurses vermittelt einen allgemeinen Einblick in die generellen Theorien der Bildungssoziologie und befasst sich mit den ersten Einflüssen, die zu dieser Disziplin führten und sie prägten. Der zweite Teil des Kurses analysiert in diesem Kontext weiterführend die aktuellen politischen Entscheidungen, Entwicklungen und Vorgehensweisen der beteiligten Akteure. Hierzu wird das Bildungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Probleme, die sich ihnen im bildungspolitischen Bereich stellen sowie im Hinblick auf die verschiedenen Einflüsse, denen sie sich ausgesetzt sieht, analysiert. Ein vertiefender Blick auf die Nachbarländer und -regionen ist dazu von Nöten (Französische Gemeinschaft, Deutschland, Luxemburg, ...).	0,75
Seminar: spezifische Themenbereiche in allgemeiner und fachlicher Didaktik	Im Mittelpunkt dieses Kurses stehen praxisorientierte Fragen und Problemsituationen der Teilnehmer. Über aktivierende Methoden wird gemeinsam versucht, Antworten zu suchen, Lösungsstrategien zu erarbeiten bzw. Lösungen zu finden. Auf Wunsch seitens der Teilnehmer hin werden Informationsinputs gezielt eingesetzt.	1
Portfolio		1
TOTAL		15

18/02/2025
GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone l'avant-projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement et de formation – 2025

CONTENU
Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel et d'organisation dans l'enseignement. Il contient entre autres des modifications dans les domaines suivants : 1° élargissement du régime d'interruption de carrière classique au personnel du service « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire »; 2° simplification de la procédure d'inscription des élèves primo-arrivants; 3° capital périodes et capital emplois

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	4
Avant-projet	32

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret est construit selon le schéma habituel : chaque chapitre adapte un texte réglementaire particulier, et ce, dans l'ordre chronologique.

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire des différents articles. Les articles connexes sont énumérés.

1. Élargissement du régime d'interruption de carrière classique au personnel du service « service et logistique dans l'enseignement communautaire » (articles 22-48)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025, à l'exception de l'article 48, qui entre en vigueur le jour de l'adoption du décret.

Depuis l'adoption de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, la jurisprudence du Conseil d'État et celle de la Cour constitutionnelle ont été modifiées de sorte que ces régimes doivent être considérés comme essentiels et ne peuvent être adoptés que par le Parlement. En raison de cette modification de la jurisprudence, toutes les adaptations de cet arrêté se font, depuis lors, par voie de décret.

À l'heure actuelle, les membres du personnel occupés dans le service à gestion séparée « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire » ont uniquement accès aux formes thématiques d'interruption de carrière. Contrairement aux autres membres du personnel occupés dans l'enseignement, ces personnes ne pouvaient, jusqu'à présent, introduire aucune demande d'interruption de carrière complète ou partielle classique (ordinaire).

Le Gouvernement propose de mettre un terme à cette inégalité et d'accorder, à partir du 1^{er} septembre 2025, aux membres du personnel de maîtrise, gens de métier et de service occupés au sein du service à gestion séparée « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire » dans le cadre d'un contrat de travail l'accès au régime d'interruption de carrière classique conformément aux modalités appliquées aux agents contractuels du Ministère de la Communauté germanophone.

Dans le présent chapitre, les modifications nécessaires à cet égard sont apportées dans l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, et ce, dans le respect des exigences fédérales en matière d'octroi d'allocations d'interruption de carrière.

Il est ainsi établi que les membres du personnel de maîtrise, gens de métier et de service occupés comme agents contractuels ont accès aux interruptions de carrière partielles ou complètes classiques s'ils comptent au moins douze mois d'ancienneté auprès du service à gestion séparée « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire ».

Tous les membres du personnel ont droit à une interruption de carrière complète, quelle que soit leur charge.

À l'inverse, une interruption de carrière partielle ne peut être prise que par les membres du personnel qui sont engagés pour au moins trois quarts d'une occupation à temps plein. Dans le cadre d'une telle interruption, ils peuvent réduire leur occupation à la moitié, aux deux tiers, aux trois quarts ou aux quatre cinquièmes, dans la mesure où ils sont engagés à temps plein. S'ils sont engagés à temps

partiel pour au moins trois quarts d'une occupation à temps plein, seule une réduction des prestations à concurrence de la moitié d'une occupation à temps plein est autorisée.

Tout membre du personnel a droit au total à 60 mois d'interruption de carrière complète au cours de sa carrière. En outre, tout membre du personnel qui n'a pas encore atteint l'âge de 55 ans a droit à 60 mois d'interruption de carrière partielle.

Dès l'âge de 55 ans, tout membre du personnel a la possibilité, de manière irrévocable, d'interrompre sa carrière à temps partiel jusqu'à sa retraite. Par dérogation à ce qui précède, un membre du personnel qui peut justifier d'une carrière d'au moins 28 ans peut prétendre, avant même d'avoir atteint 50 ans révolus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième, sans limitation de durée. Par conséquent, le membre du personnel qui s'engage à interrompre sa carrière professionnelle de manière irréversible jusqu'à sa retraite bénéficie d'une allocation majorée de l'Office national de l'emploi (ONEM).

L'interruption de carrière complète est octroyée pour une période de minimum trois mois et maximum douze. L'interruption de carrière partielle est, elle, octroyée aux membres du personnel qui n'ont pas encore 55 ans accomplis pour une période de minimum trois mois et de maximum soixante.

La demande de congé doit être introduite au moins trois mois et au plus six mois avant le début de l'interruption de carrière auprès du Gouvernement par l'intermédiaire du directeur du service à gestion séparée « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire ». Si le délai d'introduction de la demande n'est pas respecté, le ministre compétent en matière d'Enseignement peut néanmoins octroyer l'interruption de carrière pour autant que cela n'affecte pas le bon fonctionnement du service. Une disposition transitoire prévoit que tout membre du personnel qui souhaite interrompre sa carrière à temps plein ou à temps partiel avant le 1^{er} octobre 2025 doit introduire sa demande avant le 15 juillet 2025 au plus tard.

À sa demande, un membre du personnel peut mettre fin prématurément à son interruption de carrière. À cet effet, il adresse, au moins deux mois avant la fin de son interruption, une lettre recommandée au ministre compétent en matière d'Enseignement par l'intermédiaire du directeur du service à gestion séparée « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire ».

Si, par décision de l'inspecteur régional du chômage, un membre du personnel se voit refuser le droit à l'allocation d'interruption de carrière, l'interruption de carrière complète est, à dater du refus, transformée de plein droit en un congé non rémunéré et l'interruption de carrière partielle, en une réduction du temps de travail, et ce, jusqu'au terme prévu de ladite interruption de carrière.

Par souci de cohérence et d'exhaustivité, les articles du même arrêté qui se rapportent aux formes thématiques d'interruption de carrière sont rendus applicables aux membres du personnel occupés dans le service à gestion séparée « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire », et ce, toujours conformément aux modalités en vigueur au sein du Ministère de la Communauté germanophone.

Parallèlement, les travailleurs contractuels subventionnés (T.C.S.) sont supprimés partout dans l'arrêté. Le décret-programme 2024 crée un capital emplois à des fins spécifiques dans l'enseignement et prévoit l'abrogation, au 1^{er} septembre 2025, de la disposition transitoire dans le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi qui permettait de continuer d'octroyer une subvention T.C.S. dans l'enseignement. Après l'adoption du décret-programme, aucun membre du personnel ne pourra être engagé dans un contrat d'emploi T.C.S. à partir du 1^{er} septembre 2025.

Les articles 22 à 39 et 48 procèdent aux adaptations correspondantes dans l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux. Par souci de cohérence et d'exhaustivité, les articles du même arrêté qui se rapportent aux formes thématiques d'interruption de carrière sont rendus applicables aux membres du personnel occupés dans le service à gestion séparée « Service et Logistique dans l'enseignement communautaire », et ce, toujours conformément aux modalités en vigueur au sein du Ministère de la Communauté germanophone.

L'article 40 insère l'article 12.2 dans le même arrêté et garantit la confidentialité des données qui sont confiées aux personnes concernées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

L'article 41 insère l'article 12.3 dans le même arrêté et permet au Gouvernement de traiter les données à caractère personnel dans le cadre de l'exécution des missions fixées par le présent projet de décret. Cet article précise qu'au sens du règlement général sur la protection des données et au regard du traitement des données à caractère personnel, le Gouvernement est responsable dudit traitement.

L'article 42 insère dans le même arrêté l'article 12.4 concernant le traitement de données relatives à la santé.

L'article 43 insère l'article 12.5 dans le même arrêté et définit les catégories de données. Il s'agit ici de donner un fondement transparent et prévisible à ces catégories de données. De même, l'article énumère les finalités pour lesquelles les données sont utilisées.

L'article 44 insère l'article 12.6 dans le même arrêté et régit la coopération et les échanges de données entre les institutions et le Gouvernement.

L'article 45 insère l'article 12.7 dans le même arrêté et dispose que le Gouvernement peut, dans le cadre de ce projet de décret, recourir à des données anonymes ou, le cas échéant, pseudonymisées à des fins d'analyses et de statistiques.

L'article 46 insère l'article 12.8 dans le même arrêté et régit la durée du traitement des données collectées.

L'article 47 insère l'article 12.9 dans le même arrêté et dispose que le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires au traitement des données à caractère personnel.

2. Adaptation du congé de circonstances en cas de décès (article 64)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

Si un parent ou un allié au 1^{er} degré du membre du personnel ou de son compagnon décède, il a droit à un congé de circonstances de quatre jours ouvrables. Ces quatre jours doivent être pris à partir de la semaine au cours de laquelle le décès survient jusqu'au dernier jour de la semaine au cours de laquelle l'enterrement a lieu.

Toutefois, il arrive que l'enterrement ait lieu dans la même semaine que le décès et que, par conséquent, entre le décès et le dernier jour de la semaine au cours de laquelle l'enterrement a lieu, il s'écoule moins de quatre jours ouvrables. Dans ce cas, en application de la législation, le membre du personnel concerné ne peut pas prétendre à ces quatre jours de congé de circonstances. Afin de supprimer cette inégalité de traitement et de garantir que tous les membres du personnel ont droit à quatre jours de congé de circonstances en cas de décès d'un parent ou d'un allié au 1^{er} degré, il est

donc proposé d'adapter la législation, de sorte que dans le cas décrit ci-dessus, le membre du personnel pourra bénéficier des jours de congé de circonstances qui n'ont pas encore été pris directement dans la semaine qui suit celle de l'enterrement.

L'article 64 apporte les adaptations correspondantes dans le décret du 6 juin 2005 portant des mesures urgentes dans l'enseignement - 2005.

3. Adaptation des conditions en matière de titres pour les assistants en maternelle et les assistants en école fondamentale spécialisée (article 8)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2026

À l'heure actuelle, il existe un déséquilibre entre les exigences de diplôme fixées pour les fonctions d'assistants en maternelle et d'assistants en école fondamentale spécialisée ; le Gouvernement propose d'y remédier et d'adapter les conditions en matière de titres pour ces deux fonctions. En effet, la législation impose aux diplômés de 6^e ou 7^e année de l'enseignement secondaire technique ou professionnel des exigences incomparablement plus élevées que pour les personnes qui ont terminé avec fruit la formation de garde d'enfants ou d'aide familiale et seniors et d'aide-soignant proposée par l'association des infirmiers germanophones de Belgique (*Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien - KPVDB*). De fait, pour être considérés comme porteurs du titre requis, les diplômés de l'enseignement secondaire doivent présenter, outre le certificat de qualification, le certificat d'études ou, selon le cas, le certificat de l'enseignement secondaire supérieur. À l'inverse, pour être considérés comme porteurs du titre requis, les personnes qui ont terminé avec fruit la formation de l'association des infirmiers germanophones de Belgique – pour laquelle aucune exigence de diplôme n'est requise lors de l'admission – doivent présenter uniquement le certificat délivré par l'association. Étant donné que, dans l'enseignement secondaire également, c'est effectivement le certificat de qualification et non le certificat d'études qui prévaut pour la qualification d'une personne à la fonction d'assistant en maternelle ou d'assistant en école fondamentale spécialisée, il est proposé, dans un souci d'harmonisation de la législation en matière de titres, de procéder aux adaptations ci-après en ce qui concerne les titres requis nécessaires pour ces deux fonctions :

- en lieu et place du certificat de l'enseignement secondaire supérieur dans la section « Éducation », le certificat de qualification de sixième année de l'enseignement secondaire supérieur technique, section « Éducation » suffit désormais;
- en lieu et place du certificat de l'enseignement secondaire supérieur dans la section « Accueil de groupes d'enfants », le certificat de qualification de septième année de l'enseignement secondaire supérieur professionnel, section « Accueil de groupes d'enfants », suffit désormais;
- en lieu et place du certificat de l'enseignement secondaire supérieur dans la section « Puériculture » ou du certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « Puériculture », complété par le certificat de qualification de sixième année dans la même section, le certificat de qualification de la sixième ou de la septième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « Puériculture », suffira à l'avenir;
- en lieu et place du certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « Aide familiale », complété par le certificat de qualification de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel dans la même section, le certificat de qualification de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section « Aide familiale », suffira à l'avenir.

L'article 8 procède aux adaptations correspondantes dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

4. Adaptation des conditions en matière de titres pour les maitres spéciaux des disciplines « Éducation physique », « Éthique » et « Musique » dans l'enseignement fondamental (article 6, 1° à 3° et 7°, articles 9, 58, 62 et 92)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2026

Le Gouvernement propose d'adapter les conditions en matière de titres pour différentes fonctions de maitres spéciaux. Sont concernées par l'extension des titres requis proposée les fonctions de maitre de morale non confessionnelle, de maitre spécial d'éducation physique et de maitre spécial de musique dans l'enseignement fondamental. Cette adaptation va de pair avec l'introduction d'une nouvelle formation complémentaire en pédagogie de l'enseignement fondamental d'un volume de 30 crédits ECTS qui sera proposée par la Haute école autonome à partir de l'année scolaire 2025-2026 et qui s'adresse à des personnes qui ont obtenu un bachelier ou un master dans la discipline concernée (c'est-à-dire « Éthique/Philosophie », « Éducation physique » ou « Musique »), mais qui n'ont pas suivi d'études pour devenir enseignant et, par conséquent, ne disposent pas de titre pédagogique pour l'enseignement fondamental.

1. Maitre de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire

À l'heure actuelle, les titres requis pour la fonction de maitre de morale non confessionnelle dans l'enseignement fondamental sont les suivants :

- a) le diplôme d'instituteur maternel (option/formation complémentaire en morale non confessionnelle);
- b) le diplôme d'instituteur primaire (option/formation complémentaire en morale non confessionnelle);
- c) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur (option/formation complémentaire en morale non confessionnelle);
- d) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur (option/formation complémentaire en morale non confessionnelle).

Le Gouvernement propose d'ajouter comme titre requis pour la fonction de maitre de morale non confessionnelle la combinaison de diplômes suivante : le diplôme de licence/master ou de bachelier/graduat en « Éthique » ou « Philosophie », complété par le titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 30 crédits ECTS en pédagogie de l'enseignement fondamental délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement.

2. Maitre spécial d'éducation physique dans l'enseignement primaire

À l'heure actuelle, les titres requis pour la fonction de maitre spécial d'éducation physique dans l'enseignement fondamental sont les suivants :

- a) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur (éducation physique);
- b) le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur (éducation physique);
- c) le diplôme d'instituteur primaire, complété par un certificat d'aptitude à la fonction de maitre spécial d'éducation physique dans les écoles primaires, délivré par le jury spécial institué par l'arrêté royal du 5 mai 1958.

Le Gouvernement propose d'ajouter comme titre requis pour la fonction de maitre spécial d'éducation physique la combinaison de diplômes suivante : le diplôme de licence/master ou de bachelier/graduat en « Éducation physique », complété par le titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 30 crédits ECTS en pédagogie de l'enseignement fondamental délivré par

un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement.

Étant donné qu'il est fréquent dans le domaine de l'éducation physique que les diplômes de bachelier ou de master obtenus à l'étranger puissent être assimilés à un bachelier/master en éducation physique uniquement du point de vue niveau, mais pas du point de vue contenu, il est en outre prévu que soit également considéré comme titre requis tout diplôme sanctionnant un cycle d'études supérieures du premier ou du deuxième degré dont les matières principales sont liées à la fonction de maître spécial d'éducation physique, complété par le titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 30 crédits ECTS en pédagogie de l'enseignement fondamental délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction.

Étant donné que les bénéficiaires de passerelles dans cette fonction pouvaient, jusqu'à présent, se mettre en ordre au niveau du statut en obtenant une dérogation trois années d'affilée et un titre pédagogique d'au moins 30 crédits ECTS (CAP+) auprès de la Haute école autonome, une disposition transitoire dispose que le CAP+ reste valable pour les membres du personnel occupés dans la fonction de maître spécial d'éducation physique dans l'enseignement fondamental avant le 1^{er} janvier 2026 et que les personnes concernées remplissent donc les conditions de désignation ou d'engagement après avoir obtenu la dérogation requise trois années de suite, à condition que le bulletin de signalement se rapportant à la troisième dérogation porte au moins en conclusion la mention « satisfaisant ».

Dans la foulée de l'adaptation des titres requis pour la fonction de maître spécial d'éducation physique dans l'enseignement fondamental, il est proposé, dans un souci d'harmonisation de la législation en matière de titres, de supprimer les titres pour le groupe A jugés jusqu'à présent suffisants et valables dans l'enseignement fondamental subventionné (entre autres, master/licence en éducation physique, candidature en éducation physique). Dans ce contexte, une disposition transitoire prévoit que, pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2025, sont occupés dans la fonction de maître spécial d'éducation physique dans l'une des écoles primaires subventionnées par la Communauté germanophone et sont porteurs d'un titre pour le groupe A jugé suffisant pour cette fonction, le titre en question continue d'être considéré comme titre jugé suffisant après cette date.

3. Maître spécial de musique dans l'enseignement fondamental

À l'heure actuelle, les titres requis pour la fonction de maître spécial de musique dans l'enseignement fondamental sont les suivants :

- le diplôme de l'enseignement artistique supérieur ou supérieur artistique, délivré dans une orientation d'études de l'enseignement musical et complété par un diplôme d'aptitude pédagogique dans l'orientation « Solfège » ou « Éducation musicale » délivré par une école de l'enseignement supérieur artistique ou un conservatoire, ou un titre sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur de type court ou long, reconnu équivalent par le Gouvernement sur la base d'un avis émis par une académie des arts de la Communauté germanophone;
- le diplôme d'instituteur maternel ou d'instituteur primaire ou d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur ou d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur, complété par l'un des titres énumérés ci-après :
 - un diplôme de l'enseignement artistique supérieur ou supérieur artistique délivré dans une orientation d'études de l'enseignement musical ou un titre sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur de type court ou long reconnu équivalent par le Gouvernement sur la base d'un avis émis par une académie des arts de la Communauté germanophone;

- un titre sanctionnant une formation complémentaire dans le domaine de l'éducation musicale d'au moins 15 crédits ECTS.

Le Gouvernement propose d'ajouter dans la législation relative aux titres requis pour la fonction de maître spécial de musique la combinaison de diplômes suivante : le diplôme de licence/master ou de graduat/bachelier délivré dans une orientation d'études de l'enseignement musical, complété par le titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 30 crédits ECTS en pédagogie de l'enseignement fondamental délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement.

L'article 6, 1° à 3° et 7°, procède aux adaptations correspondantes pour les titres requis dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

L'article 9 abroge dans l'arrêté royal du 20 juin 1975 les titres pour le groupe A jugés suffisants pour la fonction de maître spécial d'éducation physique.

Les articles 58 et 62 ancrent dans le statut des enseignants de l'enseignement libre subventionné et de l'enseignement officiel subventionné la disposition transitoire qui précise que pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2025, sont occupés dans la fonction de maître spécial d'éducation physique dans l'une des écoles primaires subventionnées par la Communauté germanophone et sont porteurs d'un titre pour le groupe A jugé suffisant, le titre en question continue d'être considéré comme titre jugé suffisant après cette date.

L'article 92 modifie le décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement de sorte que ledit CAP+, qui comprend 30 crédits ECTS et qui était jusqu'à présent défini comme titre pédagogique pour la fonction de maître spécial d'éducation physique dans l'enseignement fondamental, reste valable uniquement si le membre du personnel concerné occupait cette fonction avant le 31 décembre 2025.

5. Adaptation des conditions en matière de titres pour les maîtres spéciaux de langues étrangères dans l'enseignement maternel et primaire (articles 5 et 6, 4°)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2026

Afin d'attirer plus de locuteurs natifs dans l'enseignement fondamental et d'améliorer ainsi la qualité de l'enseignement des langues étrangères à l'école fondamentale, il est proposé d'adapter les conditions en matière de titres pour les maîtres spéciaux de langues étrangères dans l'enseignement fondamental et d'ajouter à l'avenir comme titres requis pour la fonction de maîtres spéciaux d'activités en langue étrangère dans l'enseignement maternel :

- le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur (AESI) ou le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur (AESS) mentionnant la langue étrangère comme orientation de base ou élément de l'orientation de base de la formation, complété par l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question;
- le diplôme de graduat/bachelier ou de licence/master en logopédie, complété par l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question.

Dans l'enseignement primaire, le diplôme de graduat/bachelier ou de licence/master en logopédie, complété par l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et la

preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question, est ajouté comme titre requis pour la fonction de maître spécial de première langue étrangère.

Les articles 5 et 6, 4^o, procèdent aux adaptations correspondantes pour les titres requis dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

6. Reconnaissance des périodes d'activité professionnelle équivalentes comme dérogation statutaire (articles 1^{er}, 2, 54, 55, 60, 61, 71 et 72)

Entrée en vigueur : 1^{er} novembre 2025

Dans de nombreuses fonctions de recrutement de l'enseignement (excepté le personnel enseignant de l'enseignement fondamental, les maîtres et professeurs de religion et le personnel de Kaleido), les bénéficiaires de passerelles qui ne sont pas porteurs d'un des titres requis peuvent se mettre en ordre au niveau du statut après avoir reçu trois dérogations et, s'ils sont membres du personnel enseignant, en acquérant un titre pédagogique. Est considérée comme une dérogation une occupation à titre temporaire d'au moins 15 semaines dans la fonction concernée dans l'enseignement en Communauté germanophone. Pour être valables, les trois dérogations requises doivent avoir été accordées au cours de cinq années scolaires consécutives. Depuis 2012, ces dérogations sont reconnues tous réseaux confondus.

Pour rendre le métier d'enseignant encore plus attrayant et faciliter l'accès à l'enseignement aux bénéficiaires de passerelles, le Gouvernement propose qu'à l'avenir, les occupations en tant que T.C.S. dans la fonction à pourvoir ainsi que les périodes d'activité professionnelle prestées en dehors de l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone puissent également être reconnues comme première et deuxième dérogations, pour autant qu'au moment de l'entrée en vigueur de la présente mesure, le membre du personnel n'ait pas encore bénéficié de trois dérogations dans la fonction à pourvoir. La troisième dérogation doit continuer, comme c'est le cas à l'heure actuelle, d'être prestée dans une occupation à titre temporaire dans un établissement d'enseignement en Communauté germanophone. Une évaluation conjointe du chef d'établissement et de l'inspection scolaire a lieu dans le cadre de la troisième dérogation.

Pour pouvoir être prises en compte comme dérogation, les occupations précitées doivent couvrir une période d'au moins 15 semaines.

Les occupations exercées ailleurs qu'en Communauté germanophone ne peuvent être prises en compte comme dérogation qu'aux conditions suivantes :

- Il s'agit d'une occupation rémunérée dans le cadre d'un contrat de travail prestée dans un établissement d'enseignement organisé, subventionné ou reconnu par un État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales ou dans un établissement accueillant des enfants en âge de fréquenter l'école maternelle dont le contenu correspond à celui d'une école maternelle organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone et qui est organisé, subventionné ou reconnu par un État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales. Les services prestés en tant que stagiaire ou bénévole ou fournis sur la base d'honoraires ne sont pas pris en considération.
- L'emploi a été occupé dans une fonction comparable à celle exercée dans l'enseignement en Communauté germanophone et appartenant au même niveau d'enseignement.
- Une seule dérogation par année scolaire peut être reconnue par fonction.
- L'administration de l'enseignement a délivré une attestation reconnaissant cette occupation comme dérogation statutaire. Pour que cette occupation soit reconnue comme une dérogation, le membre du personnel doit introduire une demande datée et signée auprès de l'administration de l'enseignement, accompagnée des attestations de service nécessaires indiquant la période d'emploi, la fonction occupée et le niveau d'enseignement (maternel,

primaire, inférieur ou supérieur de l'enseignement secondaire...) ou, selon le cas, la classe d'âge dans laquelle le membre du personnel a travaillé.

Les articles 1^{er} et 2 apportent ces modifications dans l'arrêté royal du 22 mars 1969 (statut de l'enseignement communautaire).

Les articles 54 et 55 apportent ces modifications dans le décret du 14 décembre 1998 (statut de l'enseignement libre subventionné).

Les articles 60 et 61 apportent ces modifications dans le décret du 29 mars 2004 (statut de l'enseignement officiel subventionné).

Les articles 71 et 73 apportent ces modifications dans le décret du 27 juin 2005 (statut de la Haute école autonome).

7. Adaptation du décret relatif aux langues étrangères (article 63)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

Les maîtres spéciaux de langues étrangères dans l'enseignement fondamental doivent apporter la preuve de leurs connaissances en didactique des langues étrangères. Est considéré comme preuve, entre autres, un certificat attestant la réussite d'une formation en didactique des langues étrangères représentant au moins 10 crédits ECTS pour les maîtres spéciaux de langues étrangères dans l'enseignement primaire ou 6 crédits ECTS pour ceux dans l'enseignement maternel.

En Communauté germanophone, la Haute école autonome propose une formation complémentaire correspondante. Toutefois, depuis de nombreuses années, de plus en plus de membres du personnel achèvent une formation en didactique des langues étrangères proposée par l'Institut des langues vivantes de l'Université de Liège. Cette formation compte 60 heures de cours. Dans des documents internes, l'université indiquait que cette formation équivaut à 10 crédits ECTS. Même si le nombre de crédits ECTS n'était pas mentionné sur les certificats délivrés – seul le nombre d'heures de cours était repris –, cette formation complémentaire a jusqu'à présent toujours été reconnue comme titre requis conformément au décret relatif aux langues étrangères.

Toutefois, lors du dernier cycle de formation en août 2024, qui comptait toujours 60 heures de cours, l'Université de Liège a délivré pour la première fois des certificats mentionnant que la formation équivaut à 5 crédits ECTS. Afin que les membres du personnel de la Communauté germanophone concernés qui ont suivi avec fruit cette formation continuent d'être considérés comme porteurs du titre requis en didactique des langues étrangères, il est proposé de prévoir dans le décret relatif aux langues étrangères une disposition transitoire et de disposer que l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères d'une durée minimale de 60 heures de cours, délivrée avant le 31 août 2025 inclus, constitue, en plus des attestations en vigueur jusqu'à présent, la preuve des connaissances en didactique des langues étrangères. De cette manière, aucun candidat ayant achevé par le passé la formation en didactique des langues étrangères à l'Institut des langues vivantes ne sera désavantagé par le fait que cette formation représente désormais 5 crédits ECTS. Par contre, il ne sera plus question de faire valoir comme preuve des connaissances en didactique des langues étrangères les attestations correspondantes qui seront délivrées après le 31 août 2025.

L'article 63 insère cette disposition transitoire dans le décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement.

8. Âge de la retraite (article 10)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2025

La législation fédérale prévoit que l'âge légal de la retraite passe de 65 à 66 ans à partir de 2025 et à 67 ans à partir de 2030. Dans ce contexte, il est nécessaire que la Communauté germanophone adapte la loi du 24 décembre 1976 relative aux propositions budgétaires 1976-1977. En matière d'enseignement, la loi dispose qu'il n'est pas permis de verser un traitement ou une subvention-traitement à un membre du personnel après la fin de l'année scolaire au cours de laquelle il atteint l'âge de 65 ans. Le rappel, en cas de pénurie avérée d'enseignants, de membres du personnel à la retraite dans une fonction de recrutement de la catégorie du personnel directeur et enseignant prévu par le décret du 25 juin 2001 constitue la seule exception. En raison du recul de l'âge légal de la retraite, le Gouvernement propose d'adapter la loi du 24 décembre 1976 en ce sens qu'un membre du personnel ne pourra recevoir aucun traitement ni aucune subvention-traitement après la fin de l'année scolaire au cours de laquelle il atteint l'âge légal de la retraite, sauf s'il est, après la mise à la retraite, rappelé temporairement en service en application du chapitre II du décret du 25 juin 2001 contentant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire. Toutefois, étant donné que des pénuries peuvent se présenter également dans des fonctions de sélection ou de promotion en cas d'absence temporaire du titulaire de l'emploi, il est également prévu d'autoriser la rémunération d'un membre du personnel désigné comme remplaçant dans une fonction de sélection ou de promotion après la mise à la retraite en raison de l'absence temporaire du titulaire de l'emploi.

L'article 10 procède à cette adaptation dans le décret du 24 décembre 1976.

9. Corrections de texte (articles 3, 4, 57, 73 et 110)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

À la suite du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant et de la rémunération en fonction du diplôme, plus aucun membre du personnel n'est rémunéré, à l'heure actuelle, conformément à l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 13 février 2003 fixant au 1^{er} décembre 2002 les échelles de traitement des fonctions du personnel administratif, du personnel de maîtrise, des gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et supérieur ou à l'arrêté royal du 16 janvier 1970 accordant un supplément de traitement à certains membres du personnel enseignant porteurs de diplômes spéciaux. Tous les membres du personnel en question sont rémunérés conformément au décret du 21 avril 2008. Aussi le Gouvernement propose-t-il d'abroger ces deux arrêtés en son **article 110**.

Le Gouvernement propose de corriger les erreurs de renvoi suivantes :

- **Les articles 3 et 4** corrigent une erreur de renvoi dans les articles 40 et 91 *quinquiesdecies* de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire. Dans les deux articles, renvoi est fait vers l'une des conditions de désignation; toutefois, il s'agit de l'article 16, alinéa 1^{er}, 5°, et non de l'article 16, 5°.
- **L'article 57** corrige une erreur de renvoi dans l'article 79, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre psycho-médico-social libre subventionné. Dans l'article 79, renvoi est fait vers l'une des conditions d'engagement; toutefois, il s'agit de l'article 49, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, et non de l'article 49, § 1^{er}, 1°.

- **L'article 73** corrige une erreur de renvoi dans l'article 5.38 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome. Dans l'article 5.38, renvoi est fait vers l'une des conditions de désignation; toutefois, il s'agit de l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, et non de l'article 5.15, § 1^{er}, 5°.

10. Adaptation des conditions d'admission en deuxième année de l'enseignement secondaire professionnel (article 13)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

À l'heure actuelle, l'article 10, § 2, de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire prévoit que les élèves doivent uniquement avoir suivi et non réussi la première année de l'enseignement secondaire pour passer en deuxième année de l'enseignement secondaire professionnel. Cette disposition prend tout son sens pour les élèves de première année d'adaptation.

Une direction d'école a toutefois rapporté que cette disposition a, pour les élèves de la première année d'observation, l'effet secondaire indésirable suivant : les élèves qui échouent en première année commune passent très souvent en deuxième année de l'enseignement secondaire professionnel alors qu'ils ont les capacités de suivre une première année d'observation. Comme les élèves connaissent cette possibilité de pouvoir passer en deuxième année de l'enseignement secondaire professionnel, ils ne font souvent plus d'efforts, et ce, déjà tôt dans l'année. Un des leviers pour motiver les élèves à changer leur manière de travailler et de se comporter en société est le passage en deuxième année. Si ce passage est de toute façon possible sans restriction, cet argument ne tient plus la route.

Par conséquent, le Gouvernement propose d'adapter les conditions d'admission en deuxième année de l'enseignement secondaire professionnel pour les élèves de la première année d'observation, de sorte qu'un avis positif du conseil d'admission sera requis, comme c'est déjà le cas pour de nombreux autres passages.

L'article 13 complète l'article 10, § 2, de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire en ajoutant qu'un avis positif du conseil d'admission est nécessaire lors du passage de la première année commune en deuxième année de l'enseignement secondaire professionnel.

11. Harmonisation du régime relatif au moment où la demande de conversion du capital périodes inutilisé en moyens financiers peut être introduite (articles 75, 77 et 109)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2025

Les organismes de l'enseignement disposent d'une certaine flexibilité en ce qui concerne la manière dont ils utilisent le capital emplois qui leur est octroyé par voie décrétable ; ils peuvent convertir une partie limitée de ce capital emplois en moyens financiers afin de financer des mesures de formation continuée. Ce mécanisme est prévu dans les textes législatifs correspondants pour les écoles secondaires ordinaires en Communauté germanophone, le centre de pédagogie de soutien, Kaleido, la haute école autonome et l'académie de musique.

Toutefois, le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, le décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire

réduit et le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome prévoient un jour de référence qui n'est pas valable pour d'autres établissements qui peuvent également recourir à ce mécanisme. À l'heure actuelle, Kaleido, le centre de pédagogie de soutien et la haute école autonome doivent introduire leur demande de conversion du capital emplois en moyens financiers avant le début de l'année scolaire. Ce délai n'est pas raisonnable pour des raisons pratiques, étant donné que les besoins se font souvent ressentir une fois l'année scolaire ou académique entamée. En outre, la mise en place d'un régime uniforme relatif au moment où la demande de conversion du capital emplois inutilisé en moyens financiers est introduite est envisagée pour tous les organismes concernés. Par conséquent, il est proposé de supprimer le jour de référence susmentionné.

L'article 77 supprime le délai d'introduction d'une demande de conversion du capital périodes dans l'article 59, § 2, alinéa 2, du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit.

L'article 75 supprime le délai d'introduction d'une demande de conversion du capital périodes dans l'article 7.4, § 2, alinéa 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome. À la suite de cette suppression, l'alinéa 3 est adapté en ce sens que la liquidation n'aura pas lieu en début d'année, mais au cours de celle-ci.

L'article 109 supprime le délai d'introduction d'une demande de conversion du capital emplois dans l'article 8.4, § 2, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. À la suite de cette suppression, l'alinéa 3 est adapté en ce sens que la liquidation n'aura pas lieu en début d'année, mais au cours de celle-ci.

12. Simplification de la procédure d'inscription des élèves primo-arrivants (articles 51, 52 et 53)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2025

Conformément aux articles 93.70 et 93.71 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, le chef d'établissement ou, selon le cas, le pouvoir organisateur dresse une liste des élèves primo-arrivants. Cette liste vaut demande d'inscription d'élèves primo-arrivants ainsi que d'octroi d'un capital emplois supplémentaire au sens de l'article 93.79 ou demande d'octroi de capital emplois en vue d'organiser une classe ou un cours d'apprentissage linguistique au sens des articles 93.80 et 93.81 du même décret. Les listes ou demandes déposées sont, sur la base d'un avis rendu par l'inspection scolaire, approuvées par le Gouvernement dans un délai de dix jours ouvrables.

Dès réception d'une demande, l'administration de l'enseignement examine d'abord si tous les élèves inscrits sur la liste remplissent les conditions mentionnées à l'article 4, 37°, du même décret, à savoir : ils ont entre deux ans et demi et dix-huit ans, leurs connaissances linguistiques se situent sous le niveau A2 du cadre européen commun de référence pour les langues et ils ont leur domicile ou leur résidence habituelle dans l'une des neuf communes de la région de langue allemande. La liste est ensuite présentée à l'inspection scolaire pour avis. Toutefois, cet avis n'a que peu de valeur ajoutée d'un point de vue contenu étant donné que l'administration de l'enseignement a déjà examiné les critères objectivement vérifiables. Afin de réduire la bureaucratie, le Gouvernement propose donc d'adapter la procédure par voie décrétole en supprimant la nécessité d'obtenir l'avis de l'inspection scolaire.

Par ailleurs, il est nécessaire de corriger le texte de l'article 93.71 du décret du 31 août 1998 précité. Cet article fixe la procédure d'inscription des élèves primo-arrivants dans les écoles secondaires

ordinaires qui doit être similaire à celle décrite à l'article 93.70 et qui concerne l'inscription d'élèves primo-arrivants dans les écoles primaires. Toutefois, le renvoi à un alinéa inséré par le décret du 23 juin 2023, qui prévoit l'approbation du Gouvernement, est manquant.

L'article 51 supprime, dans l'article 93.70, alinéa 6, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, la nécessité de recueillir l'avis de l'inspection scolaire avant que le Gouvernement ne statue sur l'inscription d'élèves primo-arrivants dans les écoles primaires et secondaires ordinaires.

L'article 52 insère dans l'article 93.71, alinéa 1^{er}, du même décret du 31 août 1998 un renvoi à l'article 93.70, alinéa 6, du même décret.

L'article 53 supprime l'avis de l'inspection scolaire relatif aux demandes d'octroi de capital emplois supplémentaire pour des élèves primo-arrivants en section maternelle mentionné à l'article 93.79 du même décret du 31 août 1998.

13. Mise en place de la possibilité de délivrer le certificat d'études de base en école secondaire spécialisée (article 11)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

L'article 88 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, dispose que la fréquentation de l'enseignement fondamental est sanctionnée par un certificat d'études de base. Conformément à l'article 24, § 1^{er} et § 1^{er bis}, de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, le certificat d'études de base peut être délivré aux élèves qui ont terminé avec fruit la première année de l'enseignement secondaire ordinaire, et un certificat équivalent au certificat d'études de base est délivré aux élèves qui ont terminé avec fruit la deuxième année de l'enseignement secondaire ordinaire professionnel. Jusqu'à présent, cette possibilité de délivrance d'un certificat d'études de base n'existe pas dans l'enseignement secondaire spécialisé, de sorte qu'il ne peut être obtenu que sur présentation devant le jury d'examen extrascolaire. Il s'agit d'une inégalité de traitement envers les élèves de l'enseignement spécialisé.

Par analogie avec la possibilité de délivrer le certificat d'études de base dans le premier degré de l'enseignement secondaire ordinaire, il convient de permettre, dans le cadre de l'enseignement secondaire spécialisé, la délivrance de ce certificat d'études de base lorsqu'un élève maîtrise suffisamment les compétences décrites – qui ont été fixées comme exigences minimales pour l'enseignement primaire –, et ce, dans toutes les matières désignées pour la délivrance de ce certificat. Conformément à l'article 82 du décret du 31 août 1998, pour la décision concernant le passage et l'attribution du certificat d'études de base sont pris en considération les disciplines ou domaines « langue de l'enseignement », « première langue étrangère », « mathématiques », « sport », « musique/art », « sciences/technologie » et « histoire/géographie »; une attention particulière sera cependant accordée à la langue de l'enseignement, à la première langue étrangère et aux mathématiques.

La possibilité d'obtenir le certificat d'études de base dans l'enseignement secondaire spécialisé permet d'inciter les apprenants à travailler de manière ciblée en vue d'obtenir ce certificat. Cela peut également avoir un effet positif sur la motivation scolaire. Le fait de passer ce diplôme au sein de l'école et non devant un jury inconnu répond en outre aux besoins spécifiques de l'enseignement spécialisé.

Dans les écoles secondaires spécialisées, les apprenants ont la possibilité d'acquérir une qualification qui leur permettra d'accéder à un apprentissage. L'obtention d'un certificat d'études de base peut inciter les apprenants à prendre conscience de leur propre valeur et les motiver à continuer d'acquérir d'autres qualifications. Étant donné le rythme d'apprentissage adapté dans les écoles secondaires spécialisées et le fait qu'il n'est pas possible d'obtenir d'autres diplômes de fin d'études, il convient de ne pas limiter dans le temps au cours de la scolarité la délivrance d'un certificat d'études de base.

L'article 11 complète l'arrêté royal du 28 juin 1978 portant définition des types et organisation de l'enseignement spécialisé et déterminant les conditions d'admission et de maintien dans les divers niveaux d'enseignement spécialisé en ce sens que le conseil de classe dans l'enseignement secondaire spécialisé peut délivrer le certificat d'études de base.

14. Inscription annuelle des élèves majeurs dans l'enseignement spécialisé (article 49)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

Par décret du 26 juin 2023, les élèves majeurs de l'enseignement ordinaire qui souhaitent continuer de fréquenter l'école ont été obligés, en s'appuyant sur ce qui se fait en Communauté française, de renouveler leur inscription dans une école secondaire chaque année scolaire. Cette mesure permet aux chefs d'établissement de refuser l'inscription d'élèves majeurs qui ne prennent par exemple pas part régulièrement aux cours. Afin d'éviter tout refus d'inscription injustifié, les chefs d'établissement sont tenus de motiver leur décision par écrit. La motivation doit être communiquée aux élèves majeurs par recommandé.

La lassitude scolaire et l'absence de motivation incitent également certains élèves de l'enseignement secondaire spécialisé à fréquenter l'école de manière très irrégulière, voire à s'absenter complètement de l'école. L'école a peu d'influence sur ces apprenants étant donné qu'ils ont atteint leur majorité. Parallèlement, ces jeunes ne sont pas dirigés vers des mesures favorisant l'emploi ou des mesures d'inclusion dans le monde du travail et ils perdent donc un temps précieux dans leur parcours professionnel et personnel. Dans ce contexte, l'école sert de prétexte et n'est pas considérée comme un lieu de formation utile pour les élèves.

À la demande du centre de pédagogie de soutien, le Gouvernement propose d'étendre l'obligation d'inscription annuelle aux élèves majeurs de l'enseignement secondaire spécialisé. La nécessité de se réinscrire peut constituer une source de motivation, étant donné que l'apprenant doit communiquer par écrit son engagement et ses objectifs. De même, il peut être évalué sur la base de ses progrès. L'école n'est donc plus une évidence, mais une chance à saisir en tant qu'élève majeur. Si une réinscription n'a pas lieu, les élèves peuvent être orientés plus tôt que précédemment vers l'Office pour une vie autodéterminée ou l'Office de l'emploi, bénéficier de mesures en faveur de l'emploi et retrouver ainsi un sentiment d'efficacité personnelle qu'ils ne trouvent plus à l'école.

Cette mesure s'adresse aux élèves moins performants qui ne profitent que de manière limitée de leurs chances de se former. Elle ne s'adresse en aucun cas aux apprenants souffrant de troubles plus importants qui doivent continuer d'être scolarisés et soutenus selon leurs capacités.

L'article 49 adapte l'article 33.1 du décret du 31 août 1998 et étend la règle existante relative à l'inscription annuelle des élèves majeurs dans l'enseignement ordinaire à l'enseignement spécialisé.

15. Harmonisation des fondements juridiques relatifs à la composition du conseil de classe dans l'enseignement secondaire ordinaire (article 12)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

Lors de l'année scolaire 2023-2024, la question a été soulevée de savoir si les chefs d'atelier peuvent assister avec voix consultative aux réunions du conseil de classe. Après analyse des fondements juridiques, l'administration de l'enseignement a constaté qu'il existe deux bases légales pour l'enseignement secondaire ordinaire qui régissent la composition du conseil de classe et qu'elles contiennent des différences en ce qui concerne le personnel directeur.

L'article 86 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées s'applique à l'enseignement fondamental et à l'enseignement spécialisé et dispose, en ce qui concerne la composition du conseil de classe, ce qui suit :

« Le chef d'établissement ou son représentant ainsi que tous les membres du personnel enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique chargés directement de la guidance ont voix délibérative au sein du conseil de classe concerné; un représentant du centre psycho-médico-social participe aux réunions du conseil de classe avec voix consultative. Le conseil de classe peut faire appel à des consultants extérieurs. »

Conformément à cet article, parmi le personnel directeur, seul le chef d'établissement est membre du conseil de classe avec voix délibérative. Dans la catégorie du personnel enseignant et directeur, le chef d'atelier est une fonction de sélection; toutefois, selon la description des missions, il s'agit plutôt d'une fonction relevant du personnel directeur que du personnel enseignant. Par conséquent, il ne relève pas de la catégorie des « membres du personnel enseignant chargés directement de la guidance » et n'a pas voix délibérative. Le chef d'atelier pourrait être invité en tant que consultant extérieur, sans pouvoir exercer de droit de vote.

L'article 7 de l'arrêté royal du 29 juin 1984 portant organisation de l'enseignement secondaire ne s'applique qu'à l'enseignement secondaire ordinaire et dispose ce qui suit :

« 1° l'expression "Conseil de classe" désigne l'ensemble des membres du personnel directeur et enseignant chargés de former un groupe déterminé d'élèves, d'évaluer leur formation et de prononcer leur passage dans l'année supérieure ». Selon cette définition, tous les membres du personnel directeur et enseignant ont voix délibérative au conseil de classe, y compris donc les chefs d'atelier.

Par souci de sécurité juridique, la même définition du « conseil de classe » devrait être utilisée dans les deux fondements juridiques. Le Gouvernement propose donc d'insérer dans l'article 7 de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire un renvoi à l'article 86 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées. Le conseil de classe peut faire appel au chef d'atelier en qualité de consultant extérieur.

L'article 12 remplace la définition du « conseil de classe » dans l'article 7, alinéa 1^{er}, 1°, de l'arrêté royal du 29 juin 1984 portant organisation de l'enseignement secondaire par un renvoi à l'article 86 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées.

16. Simplification de la procédure de conversion de la coordination

administrative (secrétaires en chef) en projets pour le développement scolaire ou pour la pédagogie (article 59)

Entrée en vigueur : 31 mai 2025

Conformément à l'article 48, § 2, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, un pouvoir organisateur qui obtient, pour l'ensemble de ses écoles fondamentales, au moins un emploi à temps plein dans la fonction de secrétaire en chef pour les tâches de coordination administrative, peut utiliser jusqu'à un tiers de ce capital emplois pour concrétiser des projets dans le domaine du développement scolaire ou de la pédagogie. À cet effet, le pouvoir organisateur doit demander l'approbation du Gouvernement, qui statue sur la base d'un avis de l'inspection scolaire. Les demandes à cet égard doivent être introduites jusqu'au 31 mai pour l'année suivante.

Afin de réduire la bureaucratie, le Gouvernement propose donc d'adapter la procédure par voie décrétable en supprimant la nécessité d'obtenir un avis pédagogique. En outre, les écoles indiquent pour quels projets pédagogiques elles vont utiliser le capital emplois et quelle proportion va être convertie afin de garantir que cela ne concerne pas plus d'un tiers et qu'aucun membre du personnel ne soit évincé de la fonction de secrétaire en chef.

L'article 60 supprime, dans l'article 48 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, l'avis de l'inspection scolaire relatif à la conversion de capitaux emplois pour les tâches de coordination administrative afin de concrétiser des projets pédagogiques.

Il convient que l'article 59 entre en vigueur le 31 mai 2025 afin que la procédure simplifiée puisse déjà s'appliquer pour l'année scolaire 2025-2026.

17. Modifications relatives au capital périodes et au capital emplois de l'enseignement spécialisé et des internats (articles 16-19)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

Les articles 5^{ter}, 53^{ter}, § 7, 53^{quater}, § 2, et 53^{sexies}, §§ 1^{er} et 2, du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé régissent le capital périodes et le capital emplois pour l'enseignement spécialisé, pour l'intégration d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans l'enseignement ordinaire, pour des demi-emplois supplémentaires dans l'enseignement spécialisé, pour 3,75 emplois supplémentaires dans la fonction de surveillant-éducateur et pour 2,5 emplois supplémentaires destinés à l'internat du centre de pédagogie de soutien.

Les articles 5^{ter} et 53^{quater}, § 2, disposent que ce capital périodes et ce capital emplois sont valables pour les années scolaires 2009-2010 à 2024-2025 comprise; selon l'article 53^{ter}, § 7, ce capital périodes est valable pour les années scolaires 2015-2016 à 2024-2025 incluse. Dans l'article 53^{sexies}, §§ 1^{er} et 2, les emplois supplémentaires sont octroyés pour les années scolaires 2022-2023 à 2024-2025 incluse.

Dans l'attente de l'adoption d'un décret ordinaire dans lequel sera fixé le capital emplois du centre de pédagogie inclusive institué par décret spécial du 22 avril 2024, le Gouvernement propose de prolonger les capitaux périodes et emplois susmentionnés jusqu'à l'année scolaire 2026-2027.

L'article 16 dispose que, conformément aux articles 6, § 3, 21, 34, 37, § 3, et 44 du décret du 27 juin 1990, le capital emplois calculé pour l'enseignement spécialisé est disponible jusqu'à l'année scolaire 2026-2027 incluse.

L'article 17 dispose que le capital périodes pour l'intégration d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans l'enseignement ordinaire est disponible jusqu'à l'année scolaire 2026-2027 incluse.

L'article 18 dispose que les écoles fondamentales et secondaires spécialisées obtiennent un capital périodes supplémentaire si les écoles fondamentales comptent cinq élèves de plus qu'au 30 septembre 2008 et les écoles secondaires, sept élèves de plus par rapport à la même date. Les écoles fondamentales spécialisées obtiennent un demi-emploi de plus par tranche entamée de cinq élèves et les écoles secondaires spécialisées, un emploi par tranche entamée de sept élèves. Cette mesure est prolongée jusqu'à l'année scolaire 2026-2027.

L'article 19, 1^o, dispose que les 3,75 emplois dans la fonction de surveillant-éducateur qui sont octroyés indépendamment du capital périodes obtenu en vertu de l'article 34 restent disponibles jusqu'à l'année scolaire 2026-2027 incluse.

L'article 19, 2^o, dispose que les 2,5 emplois dans la fonction de surveillant d'internat qui sont octroyés indépendamment du capital périodes obtenu en vertu du chapitre IV restent disponibles jusqu'à l'année scolaire 2026-2027 incluse.

18. Mise en place de la possibilité d'octroyer une année de répit aux internats de l'enseignement subventionné (articles 14 et 15)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024

Conformément à l'article 2, § 2, de l'arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l'enseignement organisé ou subventionné par l'État, tout internat organisé par la Communauté germanophone qui, le 1^{er} octobre de l'année scolaire précédente, compte moins de 30 élèves sera fermé. L'article 2, § 3, du même arrêté dispose toutefois que le Gouvernement peut déroger à cette règle lorsqu'un internat concerné compte au moins 21 élèves au dernier jour scolaire du mois de septembre de l'année scolaire suivante. Dans ce cas, l'internat se voit octroyer une année de répit et peut rester ouvert une année de plus.

Pour les internats subventionnés, la règle minimale est également de 30 élèves; toutefois, le régime précité de l'année de répit n'existe pas. Afin de remédier à cette inégalité de traitement, le Gouvernement propose de prévoir une année de répit pour les internats subventionnés.

L'article 14 insère une année de répit pour les internats subventionnés qui n'atteignent pas la règle de 30 élèves minimum, mais qui en comptent au moins 21 le 30 septembre de l'année scolaire suivante.

L'article 15 précise le mode de calcul des 21 élèves susmentionnés.

19. Fondement de la protection des données dans le cadre des semaines de découverte (articles 20 et 21)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2025

Dans son avis n° 65/2023 du 24 mars 2023 concernant l'arrêté du Gouvernement du 15 février 2024 relatif à la mesure d'orientation professionnelle « semaines de découverte » de

l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, l'Autorité de protection des données critique le fait que les participants aux semaines de découverte ne sont pas considérés comme des apprenants. Le Gouvernement propose donc que le chapitre IV.1 relatif à la confidentialité et à la protection des données dans le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME comprenne également les données relatives aux participants aux semaines de découverte.

20. Haute école autonome – Adaptation des activités de formation nécessaires à l'acquisition des compétences dans la section « Fonction enseignante » (article 65)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

Dans l'article 2.8, § 1^{er}, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome sont fixées les compétences qui doivent être acquises par les étudiants de la section « Fonction enseignante » pendant leurs études. Dans le § 2 sont définis les différents domaines de formation sur lesquels reposent les activités de formation nécessaires à l'acquisition de ces compétences. La réforme des études de la section « Fonction enseignante » et le rapprochement des offres de formation avec les compétences mentionnées à l'article 2.8, § 1^{er}, nécessitent de mettre à jour les domaines de formation fixés par décret.

Les priorités en matière de contenu ne ressortaient pas ou pas suffisamment des domaines de formation précédents. Cette mise à jour des domaines de formation permettra d'attribuer plus clairement les activités de formation et de mieux les relier aux compétences.

Le domaine de formation « Formation en sciences de l'éducation et en sciences sociales » traite par exemple des contenus en psychologie sociale, en psychologie du développement, en sociologie et en déontologie, qui décrivent les connaissances de base pertinentes pour les pédagogues. Dans le cadre de la formation en contenus et en didactique des disciplines, les contenus des différentes disciplines sont élaborés avec les étudiants sur la base d'un référentiel de compétences ou d'un plan d'activités et sont transposés dans une perspective didactique, c'est-à-dire selon une approche consistant à déterminer comment les contenus élaborés peuvent être traités avec les enfants de manière à favoriser l'apprentissage dans le niveau visé. La formation scientifique comprend des cours consacrés à la recherche empirique en éducation, au travail scientifique reposant sur des données probantes et à la préparation au travail de fin d'études de bachelier. Le domaine « Formation professionnelle pratique et identité professionnelle » comprend la préparation, la réalisation et le suivi des stages ainsi que la réflexion sur son propre rôle professionnel.

L'article 65 remplace les domaines de formation dans la section « Fonction enseignante » dans l'article 2.8, § 2, du décret du 27 juin 2005.

21. Haute école autonome – Correction de texte : suppression des références aux cours à option dans la section « Fonction enseignante » (articles 68-70)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

L'article 3.18, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome a été abrogé par le décret du 26 juin 2023. L'objectif de cette mesure était de supprimer la possibilité de suivre des cours à option dans le cadre de la formation initiale en sciences pédagogiques. Par conséquent, les cours à option dans le cadre de la formation initiale en sciences pédagogiques ont été supprimés dans l'article 3.18, § 1^{er}. Parallèlement, la possibilité de suivre une formation complémentaire a été proposée. Toutefois, certains articles qui reposent sur cette disposition

supprimée et qui sont sans objet sans l'article 3.18, § 2, n'ont pas été supprimés à d'autres endroits du texte. Ces corrections sont désormais apportées.

L'article 68 supprime deux renvois à l'article 3.18, § 1^{er}, alinéa 2, dans l'article 3.21 du décret du 27 juin 2005.

L'article 69 supprime le renvoi à l'article 3.18, § 1^{er}, alinéa 2, dans l'article 3.33, § 4, du décret du 27 juin 2005.

L'article 70 supprime deux renvois à l'article 3.18, § 1^{er}, alinéa 2, dans l'article 3.35, alinéa 2, du décret du 27 juin 2005.

22. Haute école autonome – Augmentation du capital emplois pour le département « Sciences pédagogiques » en raison de l'allongement de la formation initiale de la section « Fonction enseignante » (article 74, 1°, et article 76)

Entrée en vigueur : Article 74, 1° : 1^{er} septembre 2028

Article 76 : 1^{er} septembre 2025

À l'heure actuelle, le capital emplois pour le département « Sciences pédagogiques » de la haute école autonome compte 19,25 équivalents temps plein. En raison de la réforme et de l'allongement d'une année d'études des deux formations dans la section « Fonction enseignante », les besoins augmentent, à raison de quatre équivalents temps plein. Ces quatre équivalents temps plein supplémentaires sont nécessaires à la concrétisation des objectifs suivants :

- coordonner et accompagner les stages supplémentaires et prolongés dans les trois premières années d'études;
- planifier et mettre en œuvre des offres de cours dans le cadre de la quatrième année d'études pour un volume de 39 crédits ECTS dans les deux cursus de la section « Fonction enseignante » ainsi que garantir l'accompagnement et la coordination du volet pratique pour un volume de 21 crédits ECTS dans les deux cursus.

Conformément aux fondements des missions des enseignants, les heures supplémentaires suivantes sont nécessaires :

- pour la coordination et l'accompagnement des stages supplémentaires et prolongés dans les trois premières années d'études : 360 heures supplémentaires (0,25 équivalent temps plein [ETP]);
- pour la planification et la mise en œuvre d'activités d'enseignement ou de laboratoires adaptés dans les trois premières années d'études ainsi que pour la participation à des réunions, des conseils et des formations continues : 360 heures (0,25 ETP);
- pour l'accomplissement de la mission d'enseignement (planification et mise en œuvre) en quatrième année : 3 588 heures (2,5 ETP); pour la coordination de la pratique en quatrième année : 360 heures (0,25 ETP) et pour l'accompagnement du volet pratique (conseils pour les stages, visites de stage, réunions de synthèse...), à savoir pour 20 étudiants en 4^e année dans les deux cursus : 1 050 heures (0,75 ETP).

Pour assurer la continuité dans la planification et la mise en œuvre de la formation de base réformée à partir du 1^{er} septembre 2025, les quatre équivalents temps plein supplémentaires doivent être octroyés selon le calendrier suivant :

- à partir du 1^{er} septembre 2025 : 1,5 ETP;
- à partir du 1^{er} septembre 2026 : 1 ETP supplémentaire;

- à partir du 1^{er} septembre 2027 : 1 ETP supplémentaire;
- à partir du 1^{er} septembre 2028 : 0,5 ETP supplémentaire;

L'article 74, 1^o, augmente le capital emplois du département « Sciences pédagogiques » pour le faire passer de 19,25 à 23,25 emplois.

L'article 76 prévoit que les quatre emplois supplémentaires seront mis à disposition par étape à partir de l'année académique 2025-2026.

23. Haute école autonome – Précision quant à l'octroi d'une augmentation du capital emplois en cas de dépassement du nombre d'étudiants réguliers inscrits en 1^{re} année de la formation initiale de la section « Fonction enseignante » (article 74, 2^o)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

Le décret du 28 juin 2021 prévoit que le capital emplois du département « Sciences pédagogiques » augmente si plus de 30 étudiants sont inscrits dans une année d'études. Il n'y a aucune précision sur le moment où ces 30 inscriptions doivent être comptabilisées. Ceci est corrigé pour assurer la sécurité juridique. Le Gouvernement propose que le nombre d'étudiants inscrits au 31 août soit déterminant, étant donné que la deuxième procédure d'admission est à ce moment-là terminée, et que le capital emplois supplémentaire soit mis à disposition à partir du 1^{er} septembre.

L'article 74, 2^o, précise la réglementation actuelle en ce qui concerne le capital emplois supplémentaire dans le département « Sciences pédagogiques » par l'ancrage, dans le décret, d'un jour de référence pour le nombre d'étudiants mentionnés à l'article 6.7, § 1^{er}, alinéas 2 à 4.

24. Haute école autonome – Remise par voie électronique du règlement des études, du règlement d'ordre intérieur et du règlement des examens (article 67)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

En raison de la longueur des documents, la haute école autonome souhaite que le règlement des études, le règlement d'ordre intérieur et le règlement des examens soient remis en début d'année académique uniquement par voie électronique. Sur demande, une version papier peut être obtenue, par exemple pour que les personnes qui n'ont pas accès à un terminal numérique puissent disposer de ces documents. En outre, une version papier sera disponible à la consultation au secrétariat de la haute école autonome.

L'article 67 dispose que le règlement des études, le règlement d'ordre intérieur et le règlement des examens sont remis par voie électronique et que la version papier est uniquement disponible sur demande.

25. Haute école autonome – Adaptation de l'organisation concernant l'attribution des places dans la section « Travail social » (article 66)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

La section « Travail social » est limitée à 25 places. Par conséquent, une procédure pour l'attribution de ces places a été fixée par voie décrétaie. L'article 3.2.2, § 2, du décret du 27 juin 2005

portant création d'une haute école autonome dispose que le chef du département « Sciences sanitaires, infirmières et sociales » statue sur l'attribution des places d'études. Afin de garantir une objectivité maximale, l'attribution des places ne doit toutefois pas être décidée par une seule personne, mais par un comité. À la demande de la haute école autonome, le Gouvernement propose que ce comité soit composé d'au moins trois personnes, dont au moins un enseignant de la section « Travail social » ainsi qu'un membre de la direction.

L'article 66 dispose que l'attribution des places dans la section « Travail social » est décidée par un comité composé d'au moins trois personnes, dont un enseignant de ladite section ainsi qu'un membre de la direction.

26. Kaleido – Adaptations en vue de la conformité au règlement général sur la protection des données (articles 81-108)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2025

Le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, Kaleido, est, depuis sa création en 2014, notamment responsable de la protection de données sensibles. Déjà dans le décret initial de création du 31 mars 2014, des règles en matière de protection des données ont été fixées pour assurer le traitement et la protection des données relatives à la santé et au développement des enfants et des jeunes suivis par le centre.

L'entrée en vigueur, le 25 mai 2018, du règlement général européen sur la protection des données (RGPD) a, de manière globale, renforcé et harmonisé les dispositions légales en matière de protection des données dans toute l'Union européenne. Le RGPD fixe des normes contraignantes pour le traitement des données à caractère personnel qui doivent être transposées dans le droit national. Le présent projet législatif permet d'adapter le décret relatif à Kaleido aux exigences du RGPD pour garantir que les normes en matière de protection des données au sein de Kaleido s'inscrivent dans le cadre juridique actuel.

Les principes fondamentaux du RGPD sont :

- la légalité, la transparence et l'équité lors du traitement de données;
- la subordination du traitement des données à des finalités légitimes, définies en amont;
- la minimisation des données, c'est-à-dire la limitation des données au strict nécessaire;
- l'exactitude des données traitées et leur mise à jour régulière;
- la limitation de la durée de conservation, ce qui signifie que les données à caractère personnel ne peuvent être conservées qu'aussi longtemps que nécessaire à la finalité définie;
- l'intégrité et la confidentialité afin d'assurer, par des mesures techniques et organisationnelles, la sécurité des données.

Ces principes s'appliquent désormais grâce à la présente adaptation du décret. Dans une institution comme Kaleido qui dispose de nombreuses données de santé sensibles, il est fondamental que les citoyens qui coopèrent avec le centre sur une base volontaire puissent être assurés du fait que leurs données sont parfaitement protégées. Toute perte de données ou tout abus à cet égard pourrait considérablement nuire à la confiance en Kaleido et compromettre cette coopération. Les adaptations apportées au décret permettent d'assurer que Kaleido dispose des normes les plus élevées en matière de protection des données et répond aux exigences légales.

Outre des petits ajouts et autres corrections, le Gouvernement propose également de procéder à des adaptations plus fondamentales.

Ainsi, le Gouvernement propose d'autoriser le centre à s'adresser de manière individuelle aux enfants et aux jeunes dans le cadre de son travail de prévention. Celui-ci consiste en une mesure de

soutien apportée, à l'heure actuelle, par le centre aux écoles et au ZAWM. Jusqu'à présent, le centre ne disposait toutefois pas de cadre juridique à cet égard. Sauf en ce qui concerne les maladies contagieuses et les examens médicaux, tout le reste repose sur une base volontaire. Pour tout ce qui est lié aux activités collectives organisées en classe, le suivi d'un enfant par Kaleido devrait toutefois pouvoir se faire sans l'accord des parents. En outre, le considérant 38 du RGPD prévoit que « [l]e consentement du titulaire de la responsabilité parentale ne devrait pas être nécessaire dans le cadre de services de prévention ou de conseil proposés directement à un enfant. »

De même, il convient d'inscrire durablement dans le décret le fait que Kaleido peut transmettre, en toute légalité, dans la base de données sur les vaccinations les données de vaccination qui sont reprises dans le dossier intégré de suivi.

Par ailleurs, le Gouvernement propose de définir en détail les catégories de données que Kaleido peut traiter. Les données sensibles sont également reprises dans cette énumération. Les traitements de données sensibles sont justifiés par le fait qu'ils sont opérés pour des raisons d'intérêt public. Étant donné que l'objectif de Kaleido est de protéger les enfants contre les abus et les violences ainsi que d'encourager le développement sain des enfants et des jeunes afin qu'ils puissent apporter une contribution positive à la société, le droit au traitement de données sensibles doit être ancré dans le décret aussi précisément que possible.

Le Gouvernement propose également d'inscrire dans le décret qu'un échange régulier et sûr de données à caractère personnel doit avoir lieu entre le Gouvernement, les communes, le ZAWM, le ZFP, les écoles et le centre afin qu'ils puissent remplir leurs missions. Le transfert mensuel de données de contact et relatives à l'identité ainsi que de données relatives aux nouveau-nés et aux enfants nouvellement arrivés permet au centre d'entrer rapidement en contact avec les familles concernées afin de garantir le soutien et l'accompagnement nécessaires.

Les dispositions supplémentaires relatives à la transmission des listes d'élèves par les écoles maternelles, primaires et secondaires permettent la création et la gestion d'un dossier intégré de suivi actualisé et complet. Ceci est nécessaire pour assurer à la fois l'organisation des examens de la médecine scolaire et la surveillance de la santé, par exemple en cas de maladies contagieuses. L'ajout du numéro de registre national ou de tout autre numéro d'identification équivalent permet d'identifier la personne de manière unique et facilite le traitement des données.

Les finalités du traitement sont également fixées pour chaque catégorie de données. Pour chacune d'entre elles, renvoi est fait aux articles pertinents dans lesquels la finalité correspondante est exposée.

De plus, le Gouvernement propose de prévoir dans le décret que Kaleido puisse recourir aux données traitées pour établir des analyses et statistiques, et ce, afin de répondre au besoin croissant d'analyses et de statistiques basées sur ces données. L'élaboration et les analyses de statistiques permettent de promouvoir le développement au niveau communal, de fournir des conseils au Gouvernement et aux communes, de développer des expertises et une planification stratégique et d'assurer la qualité.

Est aussi fixée la durée pendant laquelle les données à caractère personnel peuvent être conservées afin de répondre aux exigences du règlement général sur la protection des données. Les différents délais prennent en considération les finalités spécifiques du traitement des données et permettent de garantir que les données à caractère personnel ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire. Parallèlement, ces règles contribuent à ce que le traitement des données respecte les exigences légales et professionnelles, comme dans le domaine des soins de santé. La définition claire de délais de conservation ne participe pas seulement à la protection des données, mais aussi à la sécurité juridique pour tous les acteurs impliqués.

La mise à disposition de données s'opère dans le respect des règles en matière de protection des données, notamment par la mise en place de mesures de sécurité appropriées. Ainsi, il est veillé à ce que les données ne puissent être consultées que par les personnes autorisées et à ce que le principe de la minimisation des données soit garanti.

L'article 81 étend le champ d'application du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes aux personnes concernées par les missions fixées dans le décret.

L'article 82 insère, dans l'article 1.4 du même décret du 31 mars 2014, les définitions des termes suivants : « ZFP », « clients », « règlement général sur la protection des données » et « dossier de suivi ».

L'article 83 concerne une précision portant sur les personnes concernées par l'objectif du centre, ajoutée dans l'article 3.1 du même décret du 31 mars 2014 au titre du règlement général sur la protection des données.

L'article 84 concerne une précision ajoutée portant sur les données saisies, ajoutée dans l'article 3.2 du même décret du 31 mars 2014 au titre du règlement général sur la protection des données.

L'article 85 autorise le centre à s'adresser individuellement aux enfants et aux jeunes dans le cadre du travail de prévention qu'il propose en guise de soutien aux écoles et au ZAWM.

Par ailleurs, cet article dispose que les élèves et les personnes chargées de l'éducation ne peuvent pas s'opposer à certaines mesures d'examen.

L'article 86 supprime la nécessité pour le pouvoir organisateur ou l'IAWM de conclure avec le centre un contrat écrit si aucun accord de coopération n'existe entre ledit pouvoir organisateur ou l'IAWM et un autre centre PMS. Dans ce cas, l'intervention du centre est obligatoire.

L'article 87 précise que les enfants sont aussi concernés, en tant que clients, par les droits et obligations fixés dans l'article 3.7 du même décret du 31 mars 2014.

L'article 88 insère les examens dentaires préventifs volontaires dans le cadre de l'inspection médicale scolaire.

L'article 89 abroge l'article 3.16 du même décret du 31 mars 2014 dans le but d'intégrer son contenu dans le titre 4 intitulé « Dossier intégré relatif au suivi de l'enfant ou du jeune, protection des données à caractère personnel et secret professionnel » (article 4.8).

L'article 90 modifie l'intitulé de l'article 3.18 du même décret du 31 mars 2014 et supprime la disposition qui précise qu'à défaut de refus exprès de l'examen, les personnes chargées de l'éducation de l'élève sont censées avoir marqué leur accord.

L'article 91 précise qu'un médecin examinateur travaille sous la responsabilité du centre.

L'article 92 ancre dans le décret l'enregistrement des données de vaccination collectées par le centre dans la base de données sur les vaccinations.

L'article 93 précise le contenu et la durée de conservation du dossier de suivi.

L'article 94 corrige, dans l'article 4.2 du même décret du 31 mars 2014, un renvoi afin de garantir la conformité au règlement général sur la protection des données et, à des fins de précision, ajoute deux autres renvois.

L'article 95 corrige l'article 4.3 du même décret du 31 mars 2014 afin de garantir la conformité au règlement général sur la protection des données.

Dans la même optique, **les articles 96, 97, 98 et 99** corrigent les dispositions relatives à la confidentialité des données traitées, à la responsabilité du traitement des données et au traitement des données relatives à la santé.

L'article 100 insère une liste détaillée de toutes les catégories de données qui sont traitées par le centre.

L'article 101 ancre l'échange régulier et sûr de données à caractère personnel entre le Gouvernement, les communes, le ZAWM, le ZFP, les écoles et le centre afin de permettre à ce dernier de remplir ses missions le plus tôt possible et de garantir la mise à jour des données de contact et des données scolaires de tous les enfants, tous les jeunes et toutes les personnes chargées de l'éducation en vue d'organiser les examens de la médecine scolaire. Le transfert mensuel de données de contact et relatives à l'identité ainsi que de données relatives aux nouveau-nés et aux enfants nouvellement arrivés permet au centre d'entrer rapidement en contact avec les familles concernées afin de garantir le soutien et l'accompagnement nécessaires.

Les dispositions supplémentaires relatives à la transmission des listes d'élèves par les écoles maternelles, primaires et secondaires permettent la création et la gestion d'un dossier intégré de suivi actualisé et complet. Ceci est nécessaire pour assurer à la fois l'organisation des examens de la médecine scolaire et la surveillance de la santé, par exemple en cas de maladies contagieuses. L'ajout du numéro de registre national ou de tout autre numéro d'identification équivalent permet d'identifier la personne de manière unique et facilite le traitement des données.

L'article 102 définit les finalités pour lesquelles les données à caractère personnel sont traitées par le centre.

L'article 103 précise à quelles fins les données destinées à l'élaboration d'analyses et de statistiques sont utilisées.

L'article 104 détermine les cas dans lesquels les données à caractère personnel peuvent être transmises à des tiers.

L'article 105 fixe, par catégorie de données, la durée de conservation des données correspondantes.

L'article 106 fixe des mesures de sécurité concrètes que le centre doit mettre en œuvre dans le cadre du traitement des données.

L'article 107 précise le fonctionnement du centre, basé sur des données probantes, et ajoute expressément les coopérations avec des instituts de recherche, par exemple dans le cadre de projets pilotes.

L'article 108 insère l'utilisation d'enquêtes comme instrument de contrôle de la qualité.

27. Adaptation des unités de valeur dans les annexes 3 et 4 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement (articles 79 et 80)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

L'annexe 3 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement fixe les éléments essentiels de la formation menant à l'obtention d'un titre pédagogique (voir article 1^{er}, § 2, 3^o) dit « Certificat d'aptitude pédagogique (CAP+) » d'un volume total de 30 unités de valeur. L'annexe 4 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement fixe les éléments essentiels de la formation menant à l'obtention d'un titre pédagogique (voir article 1^{er}, § 2, 4^o) dit « Certificat d'aptitude pédagogique (CAP) » d'un volume total de 15 unités de valeur.

Dans le cadre de l'optimisation des formations complémentaires susmentionnées, le développement et la mise à jour des modules sont mis en œuvre en adéquation avec la grille d'observation des cours qui vient d'être élaborée pour les formations complémentaires CAP et CAP+.

Sur la base des expériences vécues par la haute école autonome lors de la mise en œuvre des formations complémentaires susmentionnées, il convient, dans un premier temps, d'adapter les unités de valeur et les cours afin de mieux définir les priorités dans les deux formations complémentaires. Les unités de valeur fixées à l'époque par le pouvoir décretal ne correspondent plus aux priorités de formation visées par la haute école autonome dans les différents cours. En outre, un cours supplémentaire doit être ajouté dans le cadre de la formation complémentaire décrite à l'annexe 4 et un autre doit être supprimé.

Ces ajustements sont justifiés comme suit :

- Les cours « **Contexte scolaire et de formation** » (0,25 unité de valeur) et « **Aspects de la sociologie pédagogique, de la sociologie de l'éducation et de la sociologie de la formation** » (0,75 unité de valeur) seront combinés et représenteront une charge de travail correspondant à un crédit ECTS pour les deux formations complémentaires CAP+ et CAP. Par conséquent, le cours « Aspects de la sociologie pédagogique, de la sociologie de l'éducation et de la sociologie de la formation » est intégré à la formation complémentaire du CAP.

L'objectif visé est que tous les étudiants qui participent à une formation afin d'obtenir un titre pédagogique suivent le cours « Aspects de la sociologie pédagogique, de la sociologie de l'éducation et de la sociologie de la formation ». Il convient de permettre à tous les étudiants de s'exercer au métier d'enseignant et de travailler avec des jeunes, et de les préparer de la même manière en les informant sur le système scolaire, sur les obligations des enseignants, sur la structure sociale qu'est la classe, etc.

Outre le fait que l'expérience montre que ces cours se combinent bien, différents contenus du cours « Contexte scolaire et de formation » rejoignent les contenus et les compétences du cours « Aspects de la sociologie pédagogique, de la sociologie de l'éducation et de la sociologie de la formation ». Il semble donc judicieux de combiner ces deux cours et de les dispenser consécutivement.

De la même manière, certains contenus du cours « Contexte scolaire et de formation » sont repris et approfondis dans d'autres cours.

Par conséquent, les unités de valeur pour les cours « Contexte scolaire et de formation » et « Aspects de la sociologie pédagogique, de la sociologie de l'éducation et de la sociologie de la formation » peuvent être réduites.

- Le cours « **Le jeune, la personne à former dans le contexte scolaire et communicationnel** » est, dans le cadre du CAP+, diminué de 0,5 crédit ECTS, passant de 2 unités de valeur à 1,5.

En effet, les compétences et contenus essentiels peuvent être développés dans le cadre d'un cours comptant pour 1,5 unité de valeur, ce qui permet de libérer du temps pour approfondir des compétences dans d'autres modules.

- Le cours « **Didactique générale** » passe de 2 à 3 unités de valeur dans le cadre du CAP et de 4 à 6 dans le cadre du CAP+.

Ce cours établit les fondements de la préparation et de la mise en pratique des cours et sert de point d'appui à d'autres cours comme « Didactique disciplinaire », « Laboratoires/Travaux dirigés », « Pratique professionnelle encadrée » et bien sûr aux stages. Selon les expériences vécues au sein de la haute école autonome, les unités de valeur prévues actuellement par le décret ne semblent pas suffisantes pour transmettre les compétences et contenus nécessaires. En outre, les unités de valeur prévues dans la formation CAP+ correspondraient à la charge de travail du cours dans le cadre de la formation initiale.

- Dans le cadre du CAP, le cours « **Didactique disciplinaire** » passe de 1 à 1,5 crédit ECTS. Les étudiants seront ainsi mieux préparés à la gestion quotidienne de la vie scolaire en fonction des disciplines. À cet égard, les unités de valeur prévues à l'heure actuelle sont insuffisantes. En outre, il existe de trop grandes différences entre les deux formations complémentaires que sont le CAP et le CAP+.
- Dans le cadre du CAP+, le cours « **Stages d'observation** » passe de 2 à 1,5 crédit ECTS. Ce nouveau volume d'heures allouées semble approprié et contribue à une nouvelle pondération du contenu des cours – en particulier, l'augmentation pour le cours « Didactique générale ».
- Dans le cadre du CAP, le cours « **Séminaire : thèmes spécifiques en didactique générale et disciplinaire/Discussion collégiale de cas** » passe de 0,5 à 1 unité de valeur. Ces changements permettent de réduire les différences entre le CAP et le CAP+, afin que les étudiants du CAP puissent se confronter davantage à des questions touchant à la pratique ainsi qu'à des situations problématiques qui se présentent dans le cadre de leur vie quotidienne en cours.
- **Les examens** doivent être organisés de la même manière dans le cadre des deux formations complémentaires. Dans ce contexte, aucune unité de valeur ne sera prévue à l'avenir pour l'examen dans le cadre du CAP, étant donné qu'il devra se dérouler dans les mêmes conditions pour tous les participants à la formation – que cela soit le CAP ou le CAP+ – et qu'il ne devrait plus y avoir de différences entre les deux formations complémentaires. Le cours prévu à cet égard et les unités de valeur qui y sont rattachées seront ainsi supprimés de la formation complémentaire CAP.

Le Gouvernement propose donc d'adapter les unités de valeur des cours mentionnés aux annexes 3 et 4 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement ainsi que d'insérer le cours « Aspects de la sociologie pédagogique, de la sociologie de l'éducation et de la sociologie de la formation », comprenant 0,75 unité de valeur, dans l'annexe 4.

L'article 79 remplace l'annexe 3 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement.

L'article 80 remplace l'annexe 4 du même décret.

28. Adaptation du fondement juridique relatif au retour à l'école des élèves qui suivaient un enseignement à domicile à la suite de la non-obtention de diplômes de fin d'études dans les délais impartis (article 49)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2025

Conformément à l'article 93.61 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, les élèves qui suivent un enseignement à domicile doivent avoir réussi avec fruit, à des dates déterminées, les examens devant des jurys d'examen extrascolaires chargés de délivrer le certificat d'études de base et le certificat d'enseignement secondaire inférieur.

L'article 93.60, § 2, dispose que les délais peuvent, dans certaines conditions, être prolongés jusqu'à deux ans. Dans certains cas, il est possible que des élèves de 16 ans n'aient pas encore obtenu le certificat d'études de base étant donné que le décret dispose que seuls les élèves qui, au cours de l'année de leurs 14 ans, n'ont pas passé les examens ou qui ont échoué deux fois à ceux-ci doivent être réinscrits dans une école. Si ces élèves présentent les examens pour la première fois l'année de leurs 14 ans, ils peuvent de nouveau les passer l'année suivante. Le retour à l'école de jeunes de 15 ou 16 ans qui ne disposent pas d'un certificat d'étude de base est problématique. À cela s'ajoute le fait que l'inscription aux examens devant le jury d'examens extrascolaire chargé de délivrer le certificat d'enseignement secondaire inférieur doit obligatoirement avoir lieu pour la première fois lors de l'année scolaire au cours de laquelle le jeune atteint l'âge de 14 ans avant le 1^{er} janvier. Ceci suppose qu'il doit à ce moment-là être détenteur du certificat d'études de base.

Le Gouvernement propose donc de modifier l'article 93.61, de sorte que le retour à l'école s'opère d'office si un jeune n'obtient pas le certificat d'études de base durant l'année au cours de laquelle il atteint l'âge de 14 ans – peu importe le nombre de sessions d'examens auxquelles il a pris part. Ceci s'applique sauf si une dispense lui a été accordée conformément à l'article 20.1, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire. Pour des raisons de cohérence, le même principe s'applique si le certificat d'enseignement secondaire inférieur n'est pas obtenu au plus tard durant l'année au cours de laquelle le jeune atteint l'âge de 17 ans.

L'article 49 procède à cette modification.

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi
J. FRANSEN

AVANT-PROJET DE DÉCRET

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement et de formation – 2025

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Article 1^{er} – Dans l'article 16 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre le deuxième et le troisième alinéa, qui devient le quatrième alinéa :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, 5°, a) et b), pour un membre du personnel qui n'a pas encore bénéficié des trois dérogations requises pour la fonction à conférer, les occupations suivantes peuvent également être invoquées comme première et deuxième dérogations :

1° une occupation comme travailleur contractuel subventionné dans la fonction à conférer dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone;

2° une occupation rémunérée dans le cadre d'un contrat de travail, exercée en dehors de la Communauté germanophone dans une fonction comparable à la fonction à conférer et relevant du

même niveau d'enseignement, dans un établissement d'enseignement organisé, subventionné ou reconnu par un État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales ou dans un établissement accueillant des enfants en âge de fréquenter l'école maternelle dont le contenu correspond à celui d'une école maternelle organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone et qui est organisé, subventionné ou reconnu par un État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales, pour autant qu'il existe une reconnaissance de cette occupation comme dérogation, délivrée par l'administration de l'enseignement. En vue de la reconnaissance de cette occupation comme dérogation, le membre du personnel doit introduire une demande datée et signée auprès de l'administration de l'enseignement, accompagnée des attestations de service requises indiquant la période d'occupation, la fonction occupée et le niveau d'enseignement ou, selon le cas, la classe d'âge dans laquelle le membre du personnel était actif. »

Art. 2 – Dans l'article 39 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre le deuxième et le troisième alinéa, qui devient le quatrième alinéa :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, 5°, a) et b), pour un membre du personnel qui n'a pas encore bénéficié des trois dérogations requises pour la fonction à conférer, les occupations mentionnées à l'article 16, alinéa 3, peuvent également être invoquées comme première et deuxième dérogations. »

Art. 3 – Dans l'article 40, alinéa 1^{er}, 1°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « alinéa 1^{er}, » sont insérés entre les mots « à l'article 16, » et les mots « 5°; ».

Art. 4 – Dans l'article 91*quinquiesdecies*, alinéa 1^{er}, 3°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 18 juin 2018, les mots « alinéa 1^{er}, » sont insérés entre les mots « à l'article 16, » et les mots « 5°, ».

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'état et des internats dépendant de ces établissements

Art. 5 – L'article 6.1. de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'état et des internats dépendant de ces établissements, inséré par le décret du 27 juin 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6.1. – Sont considérés comme titres requis pour la fonction de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle :

1° le diplôme d'instituteur maternel, complété par l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et par la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question;

2° le diplôme d'instituteur primaire, complété par l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et par la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question;

3° le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur mentionnant la langue étrangère en question comme orientation de base ou élément de l'orientation de base de la formation, complété par l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et par la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question;

4° le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur mentionnant la langue étrangère en question comme orientation de base ou élément de l'orientation de base de la formation, complété

par l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et par la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question;

5° le diplôme de bachelier (bachelor)/graduat ou de master/licence en logopédie, complété par l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et par la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question. »

Art. 6 – À l'article 7 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est complété par un e) rédigé comme suit :

« e) un graduat/bachelier (bachelor) ou une licence/un master en éthique ou philosophie, complété par l'attestation de réussite d'une formation complémentaire d'au moins 30 points ECTS dans le domaine de la pédagogie en école fondamentale, délivrée par un établissement d'enseignement supérieur en Communauté germanophone, ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement; »

2° le 3° est complété par un d) rédigé comme suit :

« d) un graduat/bachelier (bachelor) ou une licence/un master en sport, complété par l'attestation de réussite d'une formation complémentaire d'au moins 30 points ECTS dans le domaine de la pédagogie en école fondamentale, délivrée par un établissement d'enseignement supérieur en Communauté germanophone, ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. »;

3° le 3° est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Est également considéré comme titre requis tout diplôme ayant été délivré à l'issue d'une formation de l'enseignement supérieur du premier ou du deuxième degré dont les cours principaux sont en rapport avec la fonction de maître spécial d'éducation physique, complété par l'attestation de réussite d'une formation complémentaire d'au moins 30 points ECTS dans le domaine de la pédagogie en école fondamentale, délivrée par un établissement d'enseignement supérieur en Communauté germanophone, ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction; »

4° le 7° est complété par un e) rédigé comme suit :

« e) le diplôme de bachelier (bachelor)/graduat ou de master/licence en logopédie complété par l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères et par la preuve de la connaissance approfondie de la langue étrangère en question; »

Art. 7 – L'article 7.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 8 mai 2024, est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° un graduat/bachelier (bachelor) ou une licence/un master délivré dans une orientation d'études de l'enseignement musical, complété par l'attestation de réussite d'une formation complémentaire d'au moins 30 points ECTS dans le domaine de la pédagogie en école fondamentale, délivrée par un établissement d'enseignement supérieur en Communauté germanophone, ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. »

Art. 8 – À l'article 14 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 1.1°, les a) et b) sont remplacés par ce qui suit :

« a) le certificat de qualification de sixième année de l'enseignement secondaire technique, section "éducation";

b) le certificat de qualification de septième année de l'enseignement secondaire professionnel, section "accueil de groupes d'enfants"; »

2° au 1.1°, c), le 1° est abrogé;

3° au 1.1°, c), 3°, les mots « le certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section "Puériculture", complété par » sont abrogés;

4° au 1.1°, d), les mots « le certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section "aide familiale", complété par » sont abrogés;

5° au 1.2°, les a) et b) sont remplacés par ce qui suit :

« a) le certificat de qualification de sixième année de l'enseignement secondaire technique, section "éducation";

b) le certificat de qualification de septième année de l'enseignement secondaire professionnel, section "accueil de groupes d'enfants"; »

6° au 1.2°, c), le 1° est abrogé;

7° au 1.2°, c), 3°, les mots « le certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section "Puériculture", complété par » sont abrogés;

8° au 1.2°, d), les mots « le certificat d'études de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel, section "aide familiale", complété par » sont abrogés.

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire

Art. 9 – Dans l'article 11, alinéa 2, de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, les titres jugés suffisants du groupe A pour la fonction de maître spécial (éducation physique) sont abrogés.

Chapitre 4 – Adaptation de la loi du 24 décembre 1976 relative aux propositions budgétaires 1976-1977

Art. 10 – À l'article 76 de la loi du 24 décembre 1976 relative aux propositions budgétaires 1976-1977, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 2°, les mots « au-delà de la fin de l'année scolaire au cours de laquelle ils ont atteint l'âge de 65 ans » sont remplacés par les mots « à l'issue de l'année scolaire au cours de laquelle le membre du personnel a atteint l'âge légal de la pension, sauf si ce dernier, en application du chapitre II du décret du 25 juin 2001 contenant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire, est rappelé temporairement au service après sa mise à la retraite. »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit : « Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, il est permis d'attribuer le traitement ou la subvention-traitement liés à l'exercice de la fonction en question à un membre du personnel qui, après sa mise à la retraite, est désigné pour assurer un remplacement dans une fonction de sélection ou de promotion en raison de l'absence temporaire du titulaire du poste. »

Chapitre 5 – Modification de l'arrêté royal du 28 juin 1978 portant définition des types et organisation de l'enseignement spécialisé et déterminant les conditions d'admission et de maintien dans les divers niveaux d'enseignement spécialisé

Art. 11 – Dans le chapitre VI, section 4, III, de l'arrêté royal du 28 juin 1978 portant définition des types et organisation de l'enseignement spécialisé et déterminant les conditions d'admission et de maintien dans les divers niveaux d'enseignement spécialisé, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} septembre 1993, il est inséré un article 38.1 rédigé comme suit :

« Art. 38.1 – Dans le respect des articles 82 et 87 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, le conseil de classe peut délivrer le certificat d'études de base à un élève d'une école secondaire spécialisée si ce dernier ne l'a pas encore obtenu.

Le Gouvernement fixe le modèle du certificat d'études. »

Chapitre 6 – Modification de l’arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l’organisation de l’enseignement secondaire

Art. 12 – Dans l’article 7, alinéa 1^{er}, de l’arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l’organisation de l’enseignement secondaire, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° l’expression “conseil de classe” désigne le conseil de classe mentionné à l’article 86 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d’ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées; ».

Art. 13 – L’article 10, § 2, du même arrêté royal est complété par la phrase suivante :

« Le passage de la première année commune à la deuxième année d’enseignement secondaire professionnel est soumis à un avis positif du conseil d’admission. »

Chapitre 7 – Modification de l’arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l’enseignement organisé ou subventionné par l’État

Art. 14 – L’article 3 de l’arrêté royal n° 456 du 10 septembre 1986 portant rationalisation et programmation des internats de l’enseignement organisé ou subventionné par l’État, modifié par le décret du 6 mai 2019, est complété par un paragraphe rédigé comme suit :

« § 4 – Le Gouvernement peut déroger à la norme mentionnée au § 1^{er}, 3°, pendant une année scolaire si un internat compte un minimum de 21 élèves au dernier jour d’école du mois de septembre de l’année scolaire en question.

Si, l’année scolaire suivant la dérogation accordée conformément à l’alinéa 1^{er}, l’internat ne compte pas 30 élèves au dernier jour d’école du mois de septembre, le subventionnement est arrêté avec effet rétroactif au 1^{er} septembre de l’année scolaire en question et le pouvoir organisateur prend en charge les frais de fonctionnement et de traitement encourus jusqu’au dernier jour d’école du mois de septembre. »

Art. 15 – Dans l’article 4, § 2, du même arrêté royal, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« La norme d’élèves internes mentionnée à l’article 2 et à l’article 3, § 1^{er}, 3°, et § 4, est calculée comme suit : »

Chapitre 8 – Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l’enseignement spécialisé

Art. 16 – Dans l’article 53^{ter} du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l’enseignement spécialisé, inséré par le décret du 30 juin 2003, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 2024-2025 » sont remplacés par les mots « 2026-2027 ».

Art. 17 – Dans l’article 53^{ter}, § 7, du même décret, inséré par le décret du 17 mai 2004, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 2024-2025 » sont remplacés par les mots « 2026-2027 ».

Art. 18 – Dans l’article 53^{quater}, § 2, du même décret, inséré par le décret du 6 juin 2006, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 2024-2025 » sont remplacés par les mots « 2026-2027 ».

Art. 19 – À l'article 53sexies du même décret, inséré par le décret du 27 juin 2022 et modifié par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, les mots « 2024-2025 » sont remplacés par les mots « 2026-2027 »;
- 2° dans le § 2, les mots « 2024-2025 » sont remplacés par les mots « 2026-2027 ».

Chapitre 9 – Modification du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME

Art. 20 – À l'article 34.4 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, inséré par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, il est inséré un 1.1° rédigé comme suit :
 - « 1.1° les données ci-après concernant le participant aux semaines de découverte :
 - a) les données relatives à l'identité et les données de contact du participant;
 - b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
 - c) les données relatives à l'identité et les données de contact des personnes chargées de l'éducation;
 - d) les données relatives à la fréquentation scolaire ou, selon le cas, à la formation ou à la recherche d'emploi du participant; »
- 2° dans le § 3, il est inséré un 1.1° rédigé comme suit :
 - « 1.1° les données ci-après concernant le participant aux semaines de découverte :
 - a) les données relatives à l'identité et les données de contact du participant;
 - b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
 - c) les données relatives à l'identité et les données de contact des personnes chargées de l'éducation;
 - d) les données relatives à la fréquentation scolaire ou, selon le cas, à la formation ou à la recherche d'emploi du participant; ».

Art. 21 – À l'article 34.6 du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « dans l'intérêt de la formation ou » sont remplacés par les mots « dans l'intérêt de la formation, des semaines de découverte ou », et les mots « de l'apprenant » sont remplacés par les mots « de l'apprenant ou du participant aux semaines de découverte »;
- 2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « avec l'accord de l'apprenant » sont remplacés par les mots « avec l'accord de l'apprenant, du participant aux semaines de découverte », les mots « concernant l'apprenant » sont remplacés par les mots « concernant l'apprenant, le participant aux semaines de découverte », et les mots « ou les formations ou formations continues » sont remplacés par les mots « ou les formations, les semaines de découverte ou les formations continues »;
- 3° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « des formations ou formations continues » sont remplacés par les mots « des formations, des semaines de découverte ou des formations continues »;
- 4° dans le § 2, alinéa 2, les mots « avec l'accord de l'apprenant » sont remplacés par les mots « avec l'accord de l'apprenant, du participant aux semaines de découverte », et les mots « concernant l'apprenant » sont remplacés par les mots « concernant l'apprenant, le participant aux semaines de découverte »;
- 5° dans le § 3, 2°, les mots « de l'apprenant » sont remplacés par les mots « de l'apprenant, du participant aux semaines de découverte ».

Chapitre 10 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 22 – Dans l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, inséré par le décret du 16 juillet 2012, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le présent arrêté s'applique aux membres du personnel de maîtrise, gens de métier et de service engagés dans les liens d'un contrat au sein du service à gestion séparée "Service et Logistique dans l'enseignement communautaire". »

Art. 23 – L'article 2.1 du même arrêté du Gouvernement, inséré par le décret du 28 juin 2021, est abrogé.

Art. 24 – À l'article 3 du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et modifié par les décrets des 21 avril 2008 et 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, première phrase, les mots « à l'article 2 » sont remplacés par les mots « à l'article 2, alinéa 1^{er}, »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, dans la phrase introductive, les mots « à l'article 2 » sont remplacés par les mots « à l'article 2, alinéa 1^{er}, »;

3° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, peuvent interrompre leur carrière de manière complète ou partielle s'ils présentent une ancienneté de service d'au moins 12 mois au sein du service à gestion séparée "Service et Logistique dans l'enseignement communautaire". »

Art. 25 – À l'article 3bis du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, première phrase, les mots « à l'article 2, » sont remplacés par les mots « à l'article 2, alinéa 1^{er}, »;

2° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Dans le cadre de l'interruption partielle de la carrière professionnelle, une réduction des prestations à la moitié, aux deux tiers, aux trois quarts ou aux quatre cinquièmes d'une occupation à temps plein est autorisée pour les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, qui sont engagés à temps plein. Pour les membres du personnel mentionnés dans le même alinéa qui sont engagés à temps partiel pour au moins les trois quarts d'une occupation à temps plein, seule une réduction des prestations à la moitié d'une occupation à temps plein est autorisée dans le cadre d'une interruption partielle de la carrière professionnelle. »

Art. 26 – À l'article 4 du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, dans la phrase introductive, les mots « à l'article 2 » sont remplacés par les mots « à l'article 2, alinéas 1^{er} et 2, », et les mots « ou engagés comme travailleurs contractuels subventionnés » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 2, dans la phrase introductive, les mots « à l'article 2 » sont remplacés par les mots « à l'article 2, alinéas 1^{er} et 2, », et les mots « ou engagés comme travailleurs contractuels subventionnés » sont abrogés.

Art. 27 – À l'article 4bis du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001, et modifié par les décrets des 16 juillet 2012 et 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, dans l'alinéa unique, qui devient le § 1^{er}, premier alinéa, les mots « aux articles 3 ou 4 » sont remplacés par les mots « à l'article 2, alinéa 3, à l'article 3, § 1^{er}, ou à l'article 4 »;

2° le § 1^{er} est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, peuvent réduire leurs prestations d'un cinquième également.

Pour les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, une interruption partielle de la carrière professionnelle d'un cinquième n'est autorisée que si ces derniers sont occupés à temps plein. Une interruption partielle à la moitié d'une occupation à temps plein leur est autorisée s'ils sont engagés pour au moins les trois quarts d'une occupation à temps plein. »;

3° dans le § 2, les mots « et travailleurs contractuels subventionnés » sont abrogés.

Art. 28 – À l'article 4^{ter} du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001, et modifié par les décrets des 16 juillet 2012, 11 décembre 2012 et 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « à l'article 3 ou 4 » sont remplacés par les mots « à l'article 2, alinéa 2, à l'article 3, § 1^{er}, ou à l'article 4 »;

2° le § 2, abrogé par le décret du 24 juin 2013, est rétabli dans la rédaction suivante :

« § 2 – Sans préjudice du § 1^{er}, les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, peuvent interrompre leur carrière professionnelle également de manière partielle en application de l'article 4^{quater} du même arrêté royal du 12 août 1991 et réduire leurs prestations d'un cinquième ou de 10 % d'une occupation à temps plein.

Une interruption partielle de moitié, d'un cinquième ou de 10 % d'une occupation à temps plein n'est autorisée qu'aux membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, qui sont engagés à temps plein. »;

3° dans le § 3, les mots « et travailleurs contractuels subventionnés » sont abrogés.

Art. 29 – À l'article 4^{quater} du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « aux articles 3 et 4 » sont remplacés par les mots « à l'article 2, alinéa 2, à l'article 3, § 1^{er}, ou à l'article 4 »;

2° le § 1^{er} est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, peuvent réduire leurs prestations d'un cinquième également.

Pour les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, une interruption partielle de la carrière professionnelle d'un cinquième n'est autorisée que si ces derniers sont occupés à temps plein. Une interruption partielle à la moitié d'une occupation à temps plein leur est autorisée s'ils sont engagés pour au moins les trois quarts d'une occupation à temps plein. »;

3° dans le § 3, les mots « et travailleurs contractuels subventionnés » sont abrogés.

Art. 30 – À l'article 4^{sexies} du même arrêté du Gouvernement, inséré par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « aux articles 3 ou 4 » sont remplacés par les mots « à l'article 2, alinéa 3, à l'article 3, § 1^{er}, ou à l'article 4 »;

2° le § 1^{er} est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, peuvent réduire leurs prestations d'un cinquième également.

Pour les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, une interruption partielle de la carrière professionnelle d'un cinquième n'est autorisée que si ces derniers sont occupés à temps plein.

Une interruption partielle à la moitié d'une occupation à temps plein leur est autorisée s'ils sont engagés pour au moins les trois quarts d'une occupation à temps plein. »;

3° dans le § 2, les mots « et travailleurs contractuels subventionnés » sont abrogés.

Art. 31 – À l'article 5 du même arrêté du Gouvernement, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 15 mars 1995 et 4 novembre 1998 et par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, le deuxième tiret est abrogé;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officieuse accordé aux membres du personnel des établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « d'adoption ou congé parental d'accueil »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « ou avant le début du congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officieuse accordé aux membres du personnel des établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « ou du congé d'adoption ou congé parental d'accueil »;

4° le § 3, abrogé par le décret du 24 juin 2013, est rétabli dans la rédaction suivante :

« § 3 – L'interruption complète de la carrière professionnelle est accordée aux membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, pour une durée d'au moins trois, au plus douze mois. L'interruption partielle de la carrière professionnelle est accordée aux membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, qui n'ont pas encore atteint l'âge de 55 ans, et ce, pour une durée d'au moins trois, au plus soixante mois. »;

5° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « , pour les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, » sont insérés entre le mot « correspondent » et les mots « à ceux stipulés »;

6° dans le § 4, alinéa 2, les mots « mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, » sont insérés entre les mots « Les membres du personnel » et les mots « peuvent interrompre »;

7° dans le § 4, alinéa 3, les mots « mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, » est inséré entre les mots « le membre du personnel » et les mots « qui a atteint », et les mots « doit introduire » sont remplacés par le mot « introduit »;

8° l'article est complété par un paragraphe rédigé comme suit :

« § 5 – La durée totale de l'interruption de carrière complète ou partielle ainsi que le mode de calcul de la durée totale correspondent, pour les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, à ceux fixés dans l'arrêté royal du 2 janvier 1991 relatif à l'octroi d'allocations d'interruption.

Les membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2, peuvent, dès qu'ils atteignent l'âge de 55 ans, interrompre leur carrière professionnelle conformément à l'article 8, §§ 2, 3 et 4, de l'arrêté royal du 2 janvier 1991 relatif à l'octroi d'allocations d'interruption, dans le respect des modalités du présent arrêté. »

Art. 32 – À l'article 6 du même arrêté du Gouvernement, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et modifié en dernier lieu par le décret du 24 avril 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, » sont insérés entre les mots « Le membre du personnel » et les mots « qui souhaite »;

2° dans le § 1^{er}, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Le membre du personnel mentionné à l'article 2, alinéa 2, qui souhaite interrompre sa carrière professionnelle en informe son supérieur hiérarchique direct et introduit, par l'intermédiaire du directeur du service à gestion séparée "Service et Logistique", une demande écrite auprès du Gouvernement, et ce, au moins trois mois, au plus six mois avant le début de l'interruption de la carrière professionnelle. »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, les mots « au premier alinéa » sont remplacés par les mots « aux alinéas 1^{er} et 2 »;

4° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« Le membre du personnel mentionné à l'article 2, alinéa 2, qui souhaite interrompre sa carrière professionnelle conformément à l'article 4*bis* en informe son supérieur hiérarchique direct et introduit, par l'intermédiaire du directeur du service à gestion séparée "Service et Logistique", une demande écrite. »;

5° dans le § 3, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« Le membre du personnel mentionné à l'article 2, alinéa 2, qui souhaite interrompre sa carrière professionnelle conformément à l'article 4*ter* en informe son supérieur hiérarchique direct et introduit, par l'intermédiaire du directeur du service à gestion séparée "Service et Logistique", une demande écrite. »;

6° dans le § 3, alinéa 2, les mots « à mi-temps » sont remplacés par les mots « à temps partiel »;

7° dans le § 4, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« Le membre du personnel mentionné à l'article 2, alinéa 2, qui souhaite interrompre sa carrière professionnelle conformément à l'article 4*quater* en informe son supérieur hiérarchique direct et introduit, par l'intermédiaire du directeur du service à gestion séparée "Service et Logistique", une demande écrite. »;

8° dans le § 6, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« Le membre du personnel mentionné à l'article 2, alinéa 2, qui souhaite interrompre sa carrière professionnelle conformément à l'article 4*sexies* en informe son supérieur hiérarchique direct et introduit, par l'intermédiaire du directeur du service à gestion séparée "Service et Logistique", une demande écrite. »

Art. 33 – À l'article 7 du même arrêté du Gouvernement, modifié par le décret du 17 mai 2004, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle » sont remplacés par les mots « congé en vue de l'adoption ou de l'accueil familial »;

2° dans le § 3, alinéa 2, les mots « congé d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle » sont remplacés par les mots « congé en vue de l'adoption ou de l'accueil familial »;

3° le § 4 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'alinéa 1^{er} ne s'applique pas aux membres du personnel mentionnés à l'article 2, alinéa 2. »

Art. 34 – L'article 8 du même arrêté du Gouvernement, modifié par le décret du 24 juin 2013, est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 – Par dérogation au § 1^{er}, le membre du personnel mentionné à l'article 2, alinéa 2, peut, à sa demande, mettre fin prématurément à son interruption de carrière. Il adresse à cet effet, au moins deux mois avant de mettre fin à l'interruption, une lettre recommandée au ministre compétent en matière d'Enseignement par l'intermédiaire du directeur du service à gestion séparée "Service et Logistique dans l'enseignement communautaire". »

Art. 35 – Dans l'article 8.1 du même arrêté du Gouvernement, inséré par le décret du 26 juin 2023, les mots « et aux travailleurs contractuels subventionnés » sont abrogés.

Art. 36 – À l'article 9, § 3, du même arrêté du Gouvernement, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « congé en vue de l'adoption ou de la tutelle officielle » sont remplacés par les mots « congé en vue de l'adoption ou de l'accueil familial »;

2° (concerne le texte allemand).

Art. 37 – L'article 10 du même arrêté du Gouvernement est abrogé.

Art. 38 – L'article 12 du même arrêté du Gouvernement, modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 20 juin 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si, par décision de l'inspecteur régional du chômage, le membre du personnel mentionné à l'article 2, alinéa 2, se voit refuser le droit à l'allocation d'interruption de carrière, l'interruption de carrière complète est transformée de plein droit en un congé non rémunéré et l'interruption de carrière partielle, en une réduction du temps de travail, et ce, à dater du refus de l'allocation jusqu'au terme prévu de ladite interruption de carrière. »

Art. 39 – L'article 12*bis* du même arrêté du Gouvernement, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001, devient l'article 12.1, et dans le même article, les mots « mentionnés à l'article 2, alinéas 1^{er} et 2, » sont insérés entre les mots « membres du personnel » et les mots « qui interrompent ».

Art. 40 – Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 12.2 rédigé comme suit :
« *Art. 12.2 – Confidentialité*

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, quiconque, à quelque titre que ce soit, est impliqué dans l'application du présent arrêté et de ses dispositions d'exécution est tenu de traiter confidentiellement les données qui lui sont confiées dans l'exercice de ses missions. »

Art. 41 – Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 12.3 rédigé comme suit :
« *Art. 12.3 – Traitement des données à caractère personnel*

Le Gouvernement et toute personne physique ou morale impliquée dans l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont responsables du traitement des données à caractère personnel au sens de l'article 4, point 7, du règlement 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données).

Le Gouvernement et toute personne physique ou morale visée à l'alinéa 1^{er} collectent et traitent des données à caractère personnel en vue de l'exercice de leurs missions légales ou décrétales. Ils ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de leurs missions légales ou décrétales.

Le Gouvernement informe à cet égard ses collaborateurs et conseillers externes de leurs devoirs en matière de sécurité de l'information et de protection des données. »

Art. 42 – Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 12.4 rédigé comme suit :
« *Art. 12.4 – Traitement de données relatives à la santé*

Le traitement de données relatives à la santé en vue de justifier les absences et d'informer de l'existence d'une grossesse se fait sous la responsabilité du Gouvernement. »

Art. 43 – Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 12.5 rédigé comme suit :
« *Art. 12.5 – Catégories de données*

§ 1^{er} – En ce qui concerne les membres du personnel des établissements d'enseignement, le Gouvernement peut traiter toutes les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées mentionnées aux articles 12.3 et 12.4, relevant des catégories de données suivantes, pour les participants :

1° les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, les numéros de téléphone;

2° le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;

3° les données relatives aux caractéristiques personnelles, dont notamment la date de naissance, le lieu de naissance, la nationalité, l'état civil, la composition du ménage et le sexe;

4° les données relatives à la situation familiale, dont notamment, le cas échéant, le nom et la date de naissance des enfants ainsi que l'acte de naissance, l'attestation d'adoption ou d'accueil familial, les données concernant le conjoint, ainsi que l'acte de mariage, de séparation ou de divorce;

5° les données relatives à la profession et à la fonction, dont notamment le parcours professionnel, l'acte de désignation ou, selon le cas, d'engagement, l'arrêté de nomination, les contrats de travail et les éventuels avenants, la détermination de l'ancienneté financière, les régimes de congé, les documents relatifs à la pension, l'avancement et la promotion, la réduction du temps de travail, le volume de travail et la durée de la désignation ou, selon le cas, de l'engagement;

6° les données financières, dont notamment les coordonnées bancaires, la situation fiscale, en ce compris les personnes à charge;

7° les données de santé en vue de justifier les absences, dont notamment les certificats médicaux, et d'informer de l'existence d'une grossesse.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées dans le cadre des interruptions de carrière mentionnées aux articles 3 à 4*sexies*.

§ 2 – En ce qui concerne les membres du personnel de leurs établissements d'enseignement, un pouvoir organisateur ou, selon le cas, un chef d'établissement dans l'enseignement communautaire peut traiter toutes les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées mentionnées aux articles 12.3 et 12.4, relevant des catégories de données suivantes :

1° les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, les numéros de téléphone;

2° le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;

3° les données relatives aux caractéristiques personnelles, dont notamment la date de naissance, le lieu de naissance, la nationalité, l'état civil, la composition du ménage et le sexe;

4° les données relatives à la situation familiale, dont notamment, le cas échéant, le nom et la date de naissance des enfants ainsi que l'acte de naissance, l'attestation d'adoption ou d'accueil familial, les données concernant le conjoint, ainsi que l'acte de mariage, de séparation ou de divorce;

5° les données relatives à la profession et à la fonction, dont notamment le parcours professionnel, l'acte de désignation ou, selon le cas, d'engagement, l'arrêté de nomination, les contrats de travail et les éventuels avenants, la détermination de l'ancienneté financière, les régimes de congé, les documents relatifs à la pension, l'avancement et la promotion, la réduction du temps de travail, le volume de travail et la durée de la désignation ou, selon le cas, de l'engagement;

6° les données financières, dont notamment les coordonnées bancaires, la situation fiscale, en ce compris les personnes à charge;

7° les données de santé en vue de justifier les absences, dont notamment les certificats médicaux, et d'informer de l'existence d'une grossesse.

Les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} peuvent être traitées dans le cadre des interruptions de carrière mentionnées aux articles 3 à 4*sexies*. »

Art. 44 – Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 12.6 rédigé comme suit :

« Art. 12.6 – *Coopération*

Le Gouvernement coopère avec une administration ou un organisme public de sécurité sociale impliqués dans l'exécution du présent arrêté pour le traitement des données à caractère personnel. À

cette fin, le Gouvernement et les organismes échangent les données mentionnées à l'article 12.4 relatives aux membres du personnel lorsque la transmission des informations est nécessaire dans l'intérêt des membres du personnel et que les informations transmises sont appropriées, utiles et proportionnées. »

Art. 45 – Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 12.7 rédigé comme suit :
« *Art. 12.7 – Utilisation de données pour établir des analyses et statistiques*

En principe, le Gouvernement recourt à des données anonymes pour établir des analyses et statistiques en ce qui concerne l'exercice de ses missions.

Si les données anonymes mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne permettent pas d'établir des analyses et statistiques détaillées, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 2, le Gouvernement mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 46 – Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 12.8 rédigé comme suit :
« *Art. 12.8 – Durée du traitement des données*

Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, un délai de conservation plus long, les données sont conservées pendant 30 années calendrier à compter du départ du service.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, les données sont détruites au plus tard au terme du délai mentionné à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 47 – Dans le même arrêté du Gouvernement, il est inséré un article 12.9 rédigé comme suit :
« *Art. 12.9 – Mesures de sécurité*

Le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par la présente section. »

Art. 48 – Dans le même arrêté du Gouvernement, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, il est inséré un article 12.10 rédigé comme suit :

« *Art. 12.10* – Par dérogation à l'article 6, § 1^{er}, alinéa 2, le membre du personnel mentionné à l'article 2, alinéa 2, qui souhaite interrompre sa carrière professionnelle de manière complète ou partielle avant le 1^{er} octobre 2025 peut introduire la demande auprès du Gouvernement jusqu'au 15 juillet 2025 au plus tard par l'intermédiaire du directeur du service à gestion séparée "Service et Logistique dans l'enseignement communautaire". »

Chapitre 11 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 49 – Dans l'article 33.1, alinéa 3, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, inséré par le décret du 26 juin 2023, les mots « élève majeur d'une école ordinaire » sont à chaque fois remplacés par les mots « élève majeur », les mots « de la même école ordinaire » sont remplacés par les mots « de la même

école », et il est inséré, entre la première phrase et la deuxième phrase, qui devient la troisième phrase, une phrase rédigée comme suit :

« Lors de l'inscription, l'élève majeur communique par écrit son objectif et sa motivation pour poursuivre sa formation scolaire. »

Art. 50 – À l'article 93.61 du même décret, inséré par le décret du 16 juin 2016 et modifié par le décret du 26 juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le premier alinéa, les mots « passé les examens externes en vue d'obtenir le certificat d'études de base ou si un élève soumis à l'obligation scolaire a raté deux fois les examens » sont remplacés par les mots « obtenu les examens externes en vue de l'obtention du certificat d'études de base »;

2° dans le deuxième alinéa, les mots « passé les examens externes en vue d'obtenir le certificat d'enseignement secondaire inférieur ou si un élève soumis à l'obligation scolaire a raté deux fois les examens » sont remplacés par les mots « obtenu les examens externes en vue de l'obtention du certificat d'enseignement secondaire inférieur »;

3° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les premier et deuxième alinéas ne s'appliquent pas aux élèves soumis à l'obligation scolaire à qui il a été accordé une dispense pour les examens visant à obtenir le certificat d'études conformément à l'article 20.1, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire. »

Art. 51 – Dans l'article 93.70, alinéa 6, du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2023, les mots « sur la base d'un avis de l'inspection scolaire » sont abrogés.

Art. 52 – Dans l'article 93.71, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2017 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les mots « 4 et 5 » sont remplacés par les mots « 4, 5 et 6 ».

Art. 53 – Dans l'article 93.79, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2017 et modifié par le décret du 26 juin 2023, la deuxième phrase est abrogée.

Chapitre 12 – Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 54 – Dans l'article 33 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre le deuxième et le troisième alinéa, qui devient le quatrième alinéa :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, 5°, a) et b), pour un membre du personnel qui n'a pas encore bénéficié des trois dérogations requises pour la fonction à conférer, les occupations suivantes peuvent également être invoquées comme première et deuxième dérogations :

1° une occupation comme travailleur contractuel subventionné dans la fonction à conférer dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone;

2° une occupation rémunérée dans le cadre d'un contrat de travail, exercée en dehors de la Communauté germanophone dans une fonction comparable à la fonction à conférer et relevant du même niveau d'enseignement, dans un établissement d'enseignement organisé, subventionné ou reconnu par un État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales ou dans un établissement accueillant des enfants en âge de fréquenter l'école maternelle dont le contenu correspond à celui d'une école maternelle organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone et qui est organisé, subventionné ou reconnu par un État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales, pour autant qu'il existe une reconnaissance de cette occupation comme dérogation, délivrée par l'administration de l'enseignement. En vue de la

reconnaissance de cette occupation comme dérogation, le membre du personnel doit introduire une demande datée et signée auprès de l'administration de l'enseignement, accompagnée des attestations de service requises indiquant la période d'occupation, la fonction occupée et le niveau d'enseignement ou, selon le cas, la classe d'âge dans laquelle le membre du personnel était actif. »

Art. 55 – Dans l'article 38, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par les décrets des 26 juin 2006 et 28 juin 2021, les mots « alinéa 2 » sont remplacés par les mots « alinéas 2 et 3 ».

Art. 56 – Dans l'article 49, § 1^{er}, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre le deuxième et le troisième alinéa, qui devient le quatrième alinéa :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, 5°, a) et b), pour un membre du personnel qui n'a pas encore bénéficié des trois dérogations requises pour la fonction à conférer, les occupations mentionnées à l'article 33, alinéa 3, peuvent également être invoquées comme première et deuxième dérogations. »

Art. 57 – À l'article 79, alinéa 1^{er}, 1°, a), du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008, les mots « alinéa 1^{er}, » sont insérés entre les mots « à l'article 49, § 1^{er}, » et les mots « 1° ».

Art. 58 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, il est inséré un article 119.29 rédigé comme suit :

« Art. 119.29 – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2025, occupent la fonction de maître spécial d'éducation physique dans une école primaire subventionnée par la Communauté germanophone et qui, pour cette fonction, disposent d'un titre jugé suffisant du groupe A, le titre en question reste valable comme titre jugé suffisant pour cette fonction même après le 31 décembre 2025. »

Chapitre 13 – Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire

Art. 59 – À l'article 48, § 2, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, remplacé par le décret du 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le deuxième alinéa, les mots « en se basant sur un avis de l'inspection scolaire » sont abrogés;

2° le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Une utilisation du capital emplois pour des projets dans le domaine du développement scolaire ou de la pédagogie conformément à l'alinéa 1^{er} ne peut entraîner la mise en disponibilité par défaut d'emploi de membres du personnel occupant la fonction de secrétaire en chef. »

Chapitre 14 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiaire de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

Art. 60 – Dans l'article 20, § 1^{er}, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiaire de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre le deuxième et le troisième alinéa, qui devient le quatrième alinéa :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, 5°, a) et b), pour un membre du personnel qui n'a pas encore bénéficié des trois dérogations requises pour la fonction à conférer, les occupations suivantes peuvent également être invoquées comme première et deuxième dérogations :

1° une occupation comme travailleur contractuel subventionné dans la fonction à conférer dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone;

2° une occupation rémunérée dans le cadre d'un contrat de travail, exercée en dehors de la Communauté germanophone dans une fonction comparable à la fonction à conférer et relevant du même niveau d'enseignement, dans un établissement d'enseignement organisé, subventionné ou reconnu par un État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales ou dans un établissement accueillant des enfants en âge de fréquenter l'école maternelle dont le contenu correspond à celui d'une école maternelle organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone et qui est organisé, subventionné ou reconnu par un État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales, pour autant qu'il existe une reconnaissance de cette occupation comme dérogation, délivrée par l'administration de l'enseignement. En vue de la reconnaissance de cette occupation comme dérogation, le membre du personnel doit introduire une demande datée et signée auprès de l'administration de l'enseignement, accompagnée des attestations de service requises indiquant la période d'occupation, la fonction occupée et le niveau d'enseignement ou, selon le cas, la classe d'âge dans laquelle le membre du personnel était actif. »

Art. 61 – Dans l'article 37 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre le deuxième et le troisième alinéa, qui devient le quatrième alinéa :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, 5°, a) et b), pour un membre du personnel qui n'a pas encore bénéficié des trois dérogations requises pour la fonction à conférer, les occupations mentionnées à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 3, peuvent également être invoquées comme première et deuxième dérogations. »

Art. 62 – Dans le chapitre XIV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, il est inséré un article 111undevicies rédigé comme suit :

« Art. 111undevicies – *Règle transitoire*

Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2025, occupent la fonction de maître spécial d'éducation physique dans une école primaire subventionnée par la Communauté germanophone et qui, pour cette fonction, disposent d'un titre jugé suffisant du groupe A, le titre en question reste valable comme titre jugé suffisant pour cette fonction même après le 31 décembre 2025. »

Chapitre 15 – Modification du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement

Art. 63 – L'article 52 du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Outre les titres mentionnés à l'article 26bis, l'attestation de réussite d'une formation en didactique des langues étrangères représentant au moins 60 heures de cours, délivrée jusqu'au 31 août 2025 inclus, est considérée comme constituant une preuve des connaissances en didactique des langues étrangères. »

Chapitre 16 – Modification du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005

Art. 64 – Dans l'article 23, alinéa 1^{er}, 5.1°, b), du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005, inséré par le décret du 27 juin 2022, les mots « l'enterrement a lieu; » sont remplacés par les mots « l'enterrement a lieu. Si moins de quatre jours ouvrables séparent le jour du décès du dernier jour de la semaine au cours de laquelle l'enterrement a lieu, le membre du personnel peut prendre les jours de congés de circonstance non utilisés au cours de la semaine suivant celle où a lieu l'enterrement; »

Chapitre 17 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d’une haute école autonome

Art. 65 – À l’article 2.8, § 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d’une haute école autonome, remplacé par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° les 1° à 4° sont remplacés par ce qui suit :

« 1° formation en sciences de l’éducation et en sciences sociales;

2° formation en contenus et en didactique des disciplines;

3° formation scientifique;

4° formation professionnelle pratique et identité professionnelle. »;

2° le 5° est abrogé.

Art. 66 – Dans l’article 3.2.2, § 2, du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2023, les mots « Le chef du département “sciences sanitaires, infirmières et sociales” statue sur l’attribution des places d’études. » sont remplacés par les mots « Un comité composé d’au moins trois personnes, dont au moins un enseignant de la section “travail social” et un membre de la direction, statue sur l’attribution des places d’études. La direction désigne les membres de ce comité. »

Art. 67 – L’article 3.14 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 3.14 – *Principe*

En s’inscrivant à la haute école, les élèves ou étudiants acceptent le règlement d’ordre intérieur de l’école, le règlement des études et le règlement des examens, qui sont mis à la disposition des élèves ou étudiants sous forme numérique. La haute école informe l’élève ou étudiant au moment de son inscription de la mise à disposition sous forme numérique des règlements.

À la demande de l’élève ou, selon le cas, de l’étudiant, le règlement d’ordre intérieur de l’école, le règlement des études et le règlement des examens lui sont remis sous forme papier. Une version papier de ces règlements est disponible pour consultation au secrétariat. »

Art. 68 – À l’article 3.21 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 24 octobre 2011, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le troisième alinéa, la deuxième phrase est abrogée;

2° le quatrième alinéa est abrogé.

Art. 69 – Dans l’article 3.33 du même décret, le § 4, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié par le décret du 24 octobre 2011, est abrogé.

Art. 70 – Dans l’article 3.35 du même décret, l’alinéa 2, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié par le décret du 24 octobre 2011, est abrogé.

Art. 71 – Dans l’article 5.15, § 1^{er}, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre le premier et le deuxième alinéa, qui devient le troisième alinéa :

« Sans préjudice de l’alinéa 1^{er}, 5°, a) et b), pour un membre du personnel qui n’a pas encore bénéficié des trois dérogations requises pour la fonction à conférer, les occupations suivantes peuvent également être invoquées comme première et deuxième dérogations :

1° une occupation comme travailleur contractuel subventionné dans la fonction à conférer au sein de la haute école autonome;

2° une occupation rémunérée dans le cadre d’un contrat de travail, exercée en dehors de la Communauté germanophone dans une fonction comparable et relevant du même niveau d’enseignement, dans un établissement d’enseignement organisé, subventionné ou reconnu par un

État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales, pour autant qu'il existe une reconnaissance de cette occupation comme dérogation, délivrée par l'administration de l'enseignement. En vue de la reconnaissance de cette occupation comme dérogation, le membre du personnel doit introduire une demande datée et signée auprès de l'administration de l'enseignement, accompagnée des attestations de service requises indiquant la période d'occupation, la fonction occupée et le niveau d'enseignement ou, selon le cas, la classe d'âge dans laquelle le membre du personnel était actif. »

Art. 72 – Dans l'article 5.31 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre le premier et le deuxième alinéa, qui devient le troisième alinéa :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, 5°, a) et b), pour un membre du personnel qui n'a pas encore bénéficié des trois dérogations requises pour la fonction à conférer, les occupations mentionnées à l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 2, peuvent également être invoquées comme première et deuxième dérogations. »

Art. 73 – Dans l'article 5.38, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, du même décret, modifié par les décrets des 27 juin 2011 et 22 juin 2020, les mots « § 1^{er}, alinéa 1^{er}, » sont insérés entre les mots « à l'article 5.15, » et les mots « 5° ».

Art. 74 – À l'article 6.7, § 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 18 juin 2018 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le nombre « 19,25 » est remplacé par le nombre « 23,25 »;

2° le paragraphe est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Le jour de référence pour le capital emplois mentionné aux deuxième, troisième et quatrième alinéas est le 31 août. Sont pris en compte les étudiants réguliers qui sont inscrits dans les cursus correspondants.

Le capital emplois calculé conformément aux deuxième, troisième et quatrième alinéas est disponible du 1^{er} septembre au dernier jour de l'année académique en cours. »

Art. 75 – À l'article 7.4, § 2, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « avant le début de l'année académique » sont remplacés par les mots « au cours de l'année académique »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « en début d'année universitaire » sont remplacés par les mots « au cours de l'année académique ».

Art. 76 – Dans le titre IX du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, il est inséré un article 9.1.1 rédigé comme suit :

« Art. 9.1.1 – *Disposition transitoire relative à l'octroi du capital emplois au sein du département "Sciences pédagogiques" dans le cadre de la prolongation de la formation initiale dans la section "fonction enseignante"*

Par dérogation à l'article 6.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le nombre d'emplois suivant est mis à la disposition du département "Sciences pédagogiques" :

1° au cours de l'année académique 2025-2026 : 20,75 emplois;

2° au cours de l'année académique 2026-2027 : 21,75 emplois;

3° au cours de l'année académique 2027-2028 : 22,75 emplois. »

Chapitre 18 – Modification du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit

Art. 77 – Dans l'article 59, § 2, alinéa 2, du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit, modifié par le décret du 22 juin 2020, les mots « avant le début de l'année académique » sont remplacés par les mots « au cours de l'année académique ».

Chapitre 19 – Modification du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement

Art. 78 – Dans l'article 1^{er}, § 2, 3°, k), du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement, abrogé par le décret du 20 juin 2016 et rétabli par le décret du 26 juin 2023, les mots « l'enseignement fondamental » sont remplacés par les mots « l'enseignement fondamental, dans la mesure où cette fonction a été occupée avant le 1^{er} janvier 2026 par le membre du personnel en question. »

Art. 79 – L'annexe 3 du même décret est remplacée par l'annexe 1^{re} jointe au présent décret.

Art. 80 – L'annexe 4 du même décret est remplacée par l'annexe 2 jointe au présent décret.

Chapitre 20 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 81 – Dans l'article 1.1, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les mots « ainsi qu' » sont abrogés et l'alinéa est complété par les mots « ainsi qu'aux personnes chargées de l'éducation et aux membres du personnel des écoles et ZAWM ».

Art. 82 – À l'article 1.4 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un 1° rédigé comme suit :

« 1° dossier de suivi : le dossier tenu par le centre concernant chaque client, dans lequel sont enregistrées toutes les informations pertinentes pour le suivi du client conformément à l'article 4.7, alinéa 1^{er}; »

2° il est inséré un 1.1° rédigé comme suit :

« 1.1° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE; »

3° le 1° devient le 1.2°;

4° il est inséré un 5.1° rédigé comme suit :

« 5.1° clients : les enfants et les jeunes, les femmes enceintes, les membres du personnel des écoles et ZAWM ainsi que les personnes chargées de l'éducation; »

5° au 17°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

6° l'article est complété par un 18° rédigé comme suit :

« 18° ZFP : le centre de pédagogie de soutien. »

Art. 83 – Dans l'article 3.1, 1°, du même décret, les mots « en DG » sont abrogés et le 1° est complété par les mots « , le soutien aux femmes enceintes en situation précaire, l'accompagnement et l'orientation des personnes chargées de l'éducation et des familles ainsi que des membres du personnel des écoles et ZAWM ».

Art. 84 – Dans l'article 3.2 du même décret, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante : « Les constatations pertinentes faites dans le cadre d'actions de prévention peuvent être utilisées pour des entretiens-conseils ciblés ainsi que pour des analyses statistiques. »

Art. 85 – Dans l'article 3.4 du même décret, modifié par les décrets des 20 juin 2016, 28 mars 2022 et 26 juin 2023, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 5, trois alinéas rédigés comme suit :

« Dans le cadre de son travail de prévention, le centre est autorisé à s'adresser individuellement aux enfants et aux jeunes dans des situations particulières. Les particularités qui ressortent de l'observation et de l'animation de groupes et de classes peuvent être consignées aux fins de l'établissement d'un dialogue de développement.

Le centre ne peut poursuivre l'entretien-conseil individuel mené avec l'élève que si l'élève possédant le discernement nécessaire ou les personnes chargées de l'éducation de l'élève ne possédant pas le discernement nécessaire ont donné leur accord.

Les élèves et les personnes chargées de l'éducation ne peuvent s'opposer :

- 1° aux examens de la médecine scolaire obligatoires sous réserve des dispositions de l'article 3.18, § 2;
- 2° aux mesures prises en cas de maladies contagieuses;
- 3° au suivi de classe par le centre;
- 4° au dialogue dans des situations particulières dans le cadre du travail de prévention. »

Art. 86 – Dans l'article 3.5 du même décret, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Si un pouvoir organisateur ou l'IAWM n'a pas, pour ses écoles et ZAWM, conclu d'accord de coopération avec un autre centre psycho-médico-social, il est tenu de collaborer avec le centre conformément aux conditions mentionnées dans le présent décret. »

Art. 87 – À l'article 3.7 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 2, alinéa 2, les mots « , les enfants » sont insérés entre les mots « les personnes chargées de l'éducation » et les mots « , les jeunes »;
- 2° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « des enfants et » sont insérés entre les mots « à la guidance » et les mots « des jeunes »;
- 3° dans le § 5, alinéa 1^{er}, les mots « jeunes inscrits » sont remplacés par les mots « enfants et aux jeunes inscrits », et les mots « jeunes suivis » sont remplacés par les mots « enfants et aux jeunes suivis ».

Art. 88 – Dans l'article 3.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° au 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :
« 4° examens dentaires préventifs facultatifs pour tous les enfants en deuxième année de section maternelle ainsi que pour les enfants chez lesquels on a constaté, dans le cadre d'un examen de la médecine scolaire, qu'ils présentent des anomalies dentaires ou qu'ils n'ont encore jamais subi d'examen dentaire préventif. »

Art. 89 – L'article 3.16 du même décret est abrogé.

Art. 90 – À l'article 3.18 du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'intitulé, le mot « Accord » est remplacé par le mot « Refus »;
- 2° le § 1^{er} est abrogé.

Art. 91 – À l'article 3.19 du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et le mot « communique »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et le mot « communique »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et le mot « communique »;

4° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et le mot « vérifie »;

5° dans le § 2, alinéa 2, 2°, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et les mots « leur expliquera »;

6° dans le § 2, alinéa 2, 3°, les mots « du centre » sont insérés entre les mots « médecin examinateur » et les mots « , afin de donner ».

Art. 92 – Dans l'article 3.20, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la phrase est complétée par les mots suivants : « , et sont enregistrées dans une base de données relative aux vaccinations conformément aux dispositions légales applicables »;

2° le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'enregistrement des données de vaccination dans la base de données relative aux vaccinations est effectué par le centre, pour autant que les personnes chargées de l'éducation ne s'y opposent pas par écrit. Un tel refus n'a aucune incidence sur les examens médicaux et l'administration des vaccins. »

Art. 93 – L'article 4.1 du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2023, est remplacé par ce qui suit :

« *Art 4.1 – Dossier intégré de suivi*

Le centre établit un dossier intégré de suivi pour chaque client qu'il suit.

Le dossier de suivi contient les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 1° à 7°. Ledit dossier est clôturé à la majorité de l'enfant ou du jeune ou à la fin de son suivi si celui-ci se poursuit au-delà de la majorité de l'enfant ou du jeune, et il est ensuite archivé jusqu'à expiration du délai mentionné à l'article 4.12. »

Art. 94 – L'article 4.2 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.2 – Coopération*

Sans préjudice des dispositions figurant dans le sous-titre 2 du titre 4, les personnes occupées par le centre et chargées de gérer un dossier de suivi en exécution du présent décret sont tenues de coopérer avec les personnes qui interviennent également dans le cadre d'un travail de suivi dans l'intérêt de l'enfant ou du jeune conformément à l'article 3.2, alinéa 6. Elles sont notamment informées des mesures déjà entreprises.

Dans le cadre de la coopération, la répartition des compétences et missions de chacun ainsi que les exigences prévues à l'article 4.9 sont respectées. »

Art. 95 – L'article 4.3 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.3 – Droit d'accès*

Conformément à l'article 15 du règlement général sur la protection des données, les personnes mentionnées à l'article 4.7 disposent d'un droit d'accès en ce qui concerne leurs données à caractère personnel traitées. »

Art. 96 – L’intitulé du titre 4, sous-titre 2, du même décret est remplacé par ce qui suit :
« Sous-titre 2 – Confidentialité et protection des données ».

Art. 97 – L’article 4.4 du même décret est remplacé par ce qui suit :
« *Art. 4.4 – Confidentialité*

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, les personnes occupées par le centre ainsi que toutes les autres personnes parties prenantes à l’exécution du présent décret et de ses dispositions d’exécution, en ce compris les destinataires des données mentionnés à l’article 4.11, sont tenues de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l’exercice de leurs missions. »

Art. 98 – L’article 4.5 du même décret est remplacé par ce qui suit :
« *Art. 4.5 – Responsable du traitement des données*

Sans préjudice de l’article 4.6, le centre est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l’article 4.7. Le centre est réputé responsable du traitement de ces données au sens de l’article 4, 7), du règlement général sur la protection des données. »

Art. 99 – L’article 4.6 du même décret, modifié par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :
« *Art. 4.6 – Traitement de données relatives à la santé*

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s’opère sous la responsabilité d’un professionnel des soins de santé occupé auprès du centre ou d’un autre professionnel soumis au secret professionnel. »

Art. 100 – L’article 4.7 du même décret est remplacé par ce qui suit :
« *Art. 4.7 – Catégories de données*

Pour autant qu’elles soient pertinentes dans le cadre du travail avec le client, le centre peut, conformément à l’article 4.8, traiter les données à caractère personnel des catégories suivantes :

- 1° en ce qui concerne les futures mères en situation précaire :
 - a) les données relatives à l’identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l’adresse, l’adresse électronique, le numéro de téléphone fixe ou portable;
 - b) le numéro de registre national ou un autre numéro d’identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d’un numéro de registre national;
 - c) les données relatives à l’état de santé, dont notamment les informations concernant la grossesse et les certificats médicaux;
 - d) les données relatives aux formations suivies, dont notamment le parcours scolaire et le diplôme de fin d’études;
 - e) les données relatives à la profession et à la fonction, dont notamment l’emploi actuel : l’employeur, le titre professionnel et la description de la profession;
 - f) les données relatives aux habitudes de vie, dont notamment la consommation de tabac, les contacts sociaux, la consommation de drogues ainsi que la consommation d’alcool;
 - g) les données relatives aux caractéristiques personnelles, dont notamment la date de naissance;
 - h) les données relatives aux caractéristiques du logement, dont notamment les spécificités du logement;
 - i) les données financières, dont notamment les informations relatives aux revenus et aux dépenses ainsi que le numéro de compte;
 - j) la composition du ménage;
- 2° en ce qui concerne les membres du personnel des écoles :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) les données relatives aux caractéristiques personnelles, dont notamment la date de naissance;

c) les données relatives à la profession et à la fonction, dont notamment l'emploi actuel : l'employeur, le titre professionnel et la description de la profession;

d) les notes concernant les demandes formulées dans le cadre de conseils sur le travail avec les élèves et les classes;

3° en ce qui concerne les enfants âgés de douze ans au plus :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) les données relatives aux caractéristiques personnelles, dont notamment la date de naissance, la nationalité, le lieu de naissance, l'âge ainsi que le sexe;

c) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

d) les données relatives à la fréquentation scolaire et à la formation;

e) les données relatives à la profession et à la fonction des personnes chargées de l'éducation, dont notamment l'emploi actuel : le titre professionnel et, le cas échéant, la description de la profession;

f) les données relatives à l'état de santé, dont notamment le poids, la taille, les particularités anatomiques, les mesures de soutien, les possibilités et le développement sur le plan intellectuel, le stade de développement, les résultats de l'examen dentaire, le développement du langage, la motricité, la logopédie, l'ergothérapie, la psychomotricité, les troubles du comportement, les expertises ainsi que les maladies contagieuses;

g) les données relatives aux antécédents médicaux, dont notamment les allergies, les capacités visuelles et auditives ainsi que les données de vaccination;

h) les données relatives aux centres d'intérêt personnels, dont notamment les loisirs et le sport;

i) les données relatives aux habitudes de vie de l'enfant ou des personnes chargées de son éducation, dont notamment la consommation de tabac, les contacts sociaux ainsi que la consommation d'alcool;

j) les données relatives à la composition du ménage, dont notamment les données concernant d'autres membres de la famille;

k) les données relatives à la consommation de médias numériques, dont notamment le temps passé devant les écrans;

l) les données relatives aux caractéristiques du logement, dont notamment les spécificités du logement;

m) les données relatives aux enquêtes ou aux procédures judiciaires;

n) les données relatives à l'opinion politique;

o) les données relatives à l'origine culturelle ou ethnique;

p) les données relatives à la religion ou aux convictions philosophiques;

q) les données relatives aux demandes en lien avec les clients;

r) les données relatives à l'orientation sexuelle, pour autant que cette information joue un rôle dans le processus de recherche d'identité;

4° en ce qui concerne les mineurs âgés de treize ans au moins :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) les données relatives aux caractéristiques personnelles, dont notamment la date de naissance, la nationalité, le lieu de naissance, l'âge ainsi que le sexe;

c) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

d) les données relatives à la fréquentation scolaire et à la formation;

e) les données relatives à la profession et à la fonction des personnes chargées de l'éducation, dont notamment l'emploi actuel : le titre professionnel et, le cas échéant, la description de la profession;

f) les données relatives à l'état de santé, dont notamment le poids, la taille, les particularités anatomiques, les mesures de soutien, les possibilités et le développement sur le plan intellectuel, le

stade de développement, les résultats de l'examen dentaire, le développement du langage, la motricité, la logopédie, l'ergothérapie, la psychomotricité, les troubles du comportement, les expertises ainsi que les maladies contagieuses;

g) les données relatives aux antécédents médicaux, dont notamment les allergies, les capacités visuelles et auditives ainsi que les données de vaccination;

h) les données relatives aux centres d'intérêt personnels, dont notamment les loisirs et le sport;

i) les données relatives aux habitudes de vie de l'enfant, dont notamment la consommation de tabac, les contacts sociaux ainsi que la consommation d'alcool;

j) les données relatives à la composition du ménage, dont notamment les données concernant d'autres membres de la famille;

k) les données relatives à la consommation de médias numériques, dont notamment le temps passé devant les écrans;

l) les données relatives aux caractéristiques du logement, dont notamment les spécificités du logement;

m) les données relatives aux suspicions et aux accusations, dont notamment les données concernant des infractions présumées;

n) les données relatives aux enquêtes ou aux procédures judiciaires;

o) les données relatives à l'opinion politique;

p) les données relatives à l'origine culturelle ou ethnique;

q) les données relatives à la religion ou aux convictions philosophiques;

r) les données relatives aux demandes en lien avec le client;

s) les données relatives à l'orientation sexuelle, pour autant que cette information joue un rôle dans le processus de recherche d'identité;

5° en ce qui concerne les élèves majeurs ou les étudiants :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) les données relatives aux caractéristiques personnelles, dont notamment la date de naissance, le lieu de naissance, la nationalité, l'âge, l'état civil ainsi que le sexe;

c) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

d) les données relatives à la fréquentation scolaire et aux formations suivies;

e) les données relatives à la profession faisant l'objet d'un apprentissage, dont notamment l'entreprise formatrice et l'intitulé de la formation;

f) les données relatives à l'état de santé, dont notamment le poids, la taille, les particularités anatomiques, les mesures de soutien, les possibilités et le développement sur le plan intellectuel, le stade de développement, les résultats de l'examen dentaire, le développement du langage, la motricité, la logopédie, l'ergothérapie, la psychomotricité, les troubles du comportement, les expertises ainsi que les maladies contagieuses;

g) les données relatives aux antécédents médicaux, dont notamment les données de vaccination ainsi que les expertises;

h) les données relatives aux centres d'intérêt personnels, dont notamment les loisirs et le sport;

i) les données relatives aux habitudes de vie, dont notamment la consommation de tabac, les contacts sociaux ainsi que la consommation d'alcool;

j) les données relatives à la composition du ménage, dont notamment les données concernant d'autres membres de la famille;

k) les données relatives aux habitudes de consommation, dont notamment les comportements de consommation;

l) les données relatives aux caractéristiques du logement, dont notamment les spécificités du logement;

m) les données relatives aux suspicions et aux accusations, dont notamment les données concernant des infractions présumées;

n) les données relatives aux enquêtes ou aux procédures judiciaires;

o) les données relatives à l'opinion politique;

- p) les données relatives à l'origine culturelle ou ethnique;
 - q) les données relatives à la religion ou aux convictions philosophiques;
 - r) les données relatives aux demandes en lien avec le client;
 - s) les données relatives à l'orientation sexuelle, pour autant que cette information joue un rôle dans le processus de recherche d'identité;
- 6° en ce qui concerne les personnes chargées de l'éducation :
- a) les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, le numéro de téléphone fixe ou portable;
 - b) les données relatives aux caractéristiques personnelles, dont notamment la date de naissance, le sexe et la langue;
 - c) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les clients qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;
 - d) les données relatives à l'état de santé, dont notamment les informations concernant la grossesse et la naissance de l'enfant ainsi que, le cas échéant, les données de vaccination;
 - e) les données relatives aux formations suivies;
 - f) les données relatives à la profession et à la fonction;
 - g) les données relatives aux habitudes de vie, dont notamment la consommation de tabac, les contacts sociaux ainsi que la consommation d'alcool;
 - h) les données relatives aux mesures juridiques, dont notamment la mise sous tutelle;
 - i) les données relatives aux suspicions et aux accusations, dont notamment les données concernant des infractions présumées;
 - j) les données relatives aux condamnations et aux peines;
 - k) les données relatives aux enquêtes ou aux procédures judiciaires;
 - l) les données relatives à la composition du ménage, dont notamment les données concernant d'autres membres de la famille;
 - m) les données relatives aux centres d'intérêt personnels, dont notamment les loisirs et le sport;
 - n) les données relatives aux caractéristiques du logement, dont notamment les spécificités du logement;
 - o) les données relatives à l'origine ethnique et culturelle;
 - p) les données relatives à la religion ou aux convictions philosophiques;
 - q) les données relatives aux habitudes de consommation;
 - r) les données financières, dont notamment le numéro de compte;
 - s) les données relatives au statut d'immigration, dont notamment les données concernant le visa ainsi que celles concernant les restrictions de séjour ou de voyage;
- 7° en ce qui concerne les autres personnes faisant partie de l'entourage du client : les autres informations qui sont transmises au centre dans le cadre du suivi du client.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le centre traite les données à caractère personnel des catégories suivantes :

- 1° en ce qui concerne les médecins qui travaillent pour le centre en percevant des honoraires :
- a) les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, ainsi que le numéro de téléphone fixe ou portable;
 - b) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les médecins qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;
 - c) le numéro d'entreprise;
 - d) un extrait du casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle;
 - e) les données relatives aux formations suivies;
 - f) les données financières, dont notamment les coordonnées bancaires;
- 2° en ce qui concerne les référents qui travaillent pour le centre en percevant des honoraires :
- a) les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, ainsi que le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les adjoints qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

c) le numéro d'entreprise;

d) un extrait du casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle;

e) les données relatives aux formations suivies;

f) les données financières, dont notamment les coordonnées bancaires;

3° en ce qui concerne les personnes qui soutiennent le centre à titre bénévole :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, ainsi que le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les bénévoles qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

c) un extrait du casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle;

d) les données financières, dont notamment les coordonnées bancaires;

4° en ce qui concerne les membres du personnel du centre :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact, dont notamment le nom, le prénom, l'adresse, l'adresse électronique, ainsi que le numéro de téléphone fixe ou portable;

b) le numéro de registre national ou un autre numéro d'identification officiel équivalent pour les membres du personnel qui ne disposent pas d'un numéro de registre national;

c) les données relatives aux caractéristiques personnelles, dont notamment la date de naissance, le lieu de naissance, la nationalité, l'âge, l'état civil, la composition du ménage ainsi que le sexe;

d) les données relatives à la situation familiale, dont notamment, le cas échéant, le nom et la date de naissance des enfants, les données concernant le conjoint, ainsi que l'acte de mariage, de séparation ou de divorce;

e) les données relatives aux formations suivies, dont notamment les diplômes ainsi que les attestations de recyclages et de formations continues;

f) les données relatives à la profession et à la fonction, dont notamment le parcours professionnel, l'arrêté de nomination, les contrats de travail et les éventuels avenants, les évaluations, la détermination de l'ancienneté financière, les régimes de congé, les documents relatifs à la pension, l'avancement et la promotion, la réduction du temps de travail, les autorisations d'emplois complémentaires ainsi que les démissions et licenciements;

g) les données financières, dont notamment les coordonnées bancaires, la situation fiscale, en ce compris les personnes à charge ainsi que les déclarations de créances, entre autres dans le domaine des déplacements de service et des trajets domicile-travail;

h) les enregistrements d'image, dont notamment les photos du personnel;

i) les données relatives à la santé en ce qui concerne la justification des absences, dont notamment les arrêts maladie, les rapports de la médecine du travail et les informations concernant une grossesse existante au vu des contraintes relatives au poste de travail;

j) le numéro d'immatriculation du véhicule;

k) les données relatives au service militaire effectué : le certificat de milice;

l) l'extrait du casier judiciaire requis pour un engagement. »

Art. 101 – L'article 4.8 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.8 – Transmission régulière de données*

§ 1^{er} – En vue d'une première prise de contact du centre avec les familles aux fins d'accomplissement des missions fixées à l'article 3.3, le Gouvernement transmet au centre au moins une fois par mois les données suivantes :

1° les données relatives à l'identité et les données de contact du demandeur de la prime de naissance conformément au chapitre 3, section 1^{re}, du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, lequel a son domicile en région de langue allemande;

2° les informations relatives à la date de naissance présumée ainsi que la date de naissance effective.

Les données sont enregistrées par le centre et conservées conformément aux délais mentionnés à l'article 4.12.

La transmission des données s'effectue au moyen d'un logiciel de portail web en respectant les mesures de sécurité suivantes :

- 1° Le portail est protégé par un mot de passe distinct pour le Gouvernement et le centre.
- 2° Le centre peut consulter uniquement les données nécessaires à la mise en œuvre de sa mission décrite à l'article 3.3.

§ 2 – Les communes transmettent mensuellement au centre les données de contact, y compris les numéros de registre national ou un numéro d'identification équivalent, des nouveau-nés et des enfants nouvellement arrivés âgés de trois ans au plus.

§ 3 – L'échange externe de données s'opère sans préjudice de l'article 4.4.

§ 4 – Pour l'établissement et la mise à jour du dossier intégré de suivi mentionné à l'article 4.1, les données énumérées ci-après sont transmises au centre :

- 1° Le Gouvernement transmet au centre chaque année :
 - a) pour le 1^{er} novembre au plus tard et pour le 1^{er} mars au plus tard la liste de tous les élèves qui sont inscrits dans une école ordinaire ou spécialisée en Communauté germanophone pour l'année scolaire en cours;
 - b) pour le 1^{er} février au plus tard la liste de tous les élèves qui sont inscrits comme suivant un enseignement à domicile en Communauté germanophone pour l'année scolaire en cours. Ensuite, toutes les informations concernant les nouvelles inscriptions d'enseignement à domicile sont transmises régulièrement au centre jusqu'à la fin de l'année scolaire concernée.
- 2° Le ZAWM transmet au centre au plus tard le 1^{er} novembre de chaque année la liste de tous les élèves inscrits au ZWAM pour l'année scolaire en cours.
- 3° Le ZFP transmet au centre au plus tard le 1^{er} février de chaque année la liste de tous les élèves accompagnés dans le cadre de programmes spécifiques du ZFP pour l'année scolaire en cours. Ensuite, toutes les informations concernant les nouvelles inscriptions dans la forme d'enseignement concernée sont transmises au centre jusqu'à la fin de l'année scolaire concernée.
- 4° Les écoles transmettent au centre deux fois par an les listes contenant les informations pertinentes sur les élèves primo-arrivants. À la demande du centre, les écoles lui transmettent en outre les informations pertinentes concernant des élèves spécifiques, également à un autre moment, conformément à l'article 3.5.

5° Les écoles fondamentales transmettent au centre aux fins de l'anamnèse mentionnée à l'article 3.15, § 2, alinéa 1^{er}, 1°, des informations concernant d'éventuels troubles chez les enfants.

Les listes d'élèves mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1° à 4°, comprennent les données d'identification, les données de contact, les données relatives aux caractéristiques personnelles et à l'inscription scolaire en cours ainsi que le numéro de registre national ou un numéro d'identification officiel équivalent unique.

Sans préjudice de l'alinéa 2, les listes mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 4°, reprennent le pays d'origine et les pays de transit éventuels aux fins de la détection d'éventuelles maladies contagieuses dans l'environnement scolaire. »

Art. 102 – L'article 4.9 du même décret, modifié par les décrets des 28 juin 2021 et 15 décembre 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4.9 – Finalités du traitement

Sous réserve des dispositions légales qui fixent par ailleurs les prescriptions pour le centre dans le cadre du traitement des données à caractère personnel, le centre collecte et traite des données à caractère personnel aux fins suivantes :

1° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.8, 3.9, 3.27 et 4.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 1°;

2° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, notamment alinéa 1^{er}, 8°, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9 et 5.2 et à l'article 10.2 du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 2°;

3° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, § 2, alinéa 3, 2° et 3°, 3.19, 3.20, 3.26, 3.27, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 et 5.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3°;

4° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.26, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 et 5.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 4°;

5° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1 et 4.8, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 5°;

6° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.15, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 3.21, 3.26, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 et 5.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 6°;

7° les finalités prévues aux articles 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.26, 3.27, 3.28, 3.29, 3.30, 3.31, 4.1, 4.8 et 5.1, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 7°;

8° les finalités prévues à l'article 3.12 en ce qui concerne le recrutement, la communication et le décompte des frais, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 2, 1°;

9° les finalités prévues aux articles 3.2 à 3.4 et 3.9 en ce qui concerne le recrutement, la communication et le décompte des frais ainsi que, le cas échéant, conformément aux conventions conclues avec le Gouvernement, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 2, 2°;

10° les finalités prévues aux articles 3.2 à 3.4 et 3.9 en ce qui concerne le recrutement, la communication et le décompte des frais, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 2, 3°;

11° les finalités prévues dans le titre 6 en ce qui concerne la gestion du personnel, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 2, 4°.

Le centre ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 103 – L'article 4.10 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.10 – Utilisation de données pour établir des analyses et statistiques*

En principe, le centre recourt à des données anonymes et pseudonymisées pour établir des analyses et statistiques.

L'établissement d'analyses et de statistiques poursuit les finalités suivantes :

1° la promotion, au niveau communal, du développement, conformément à l'article 3.8;

2° la fourniture de conseils au Gouvernement et aux communes, conformément à l'article 3.9;

3° l'établissement d'expertises, conformément à l'article 3.9;

4° la planification stratégique et la gestion de la qualité conformément à l'article 3.2 et à l'article 5.1.

Si des données anonymes ne permettent pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 3, le centre mentionne dans son registre des activités de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 104 – L'article 4.11 du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 4.11 – Collaboration avec des tiers*

Les données à caractère personnel mentionnées à l'article 4.7 peuvent être transmises à des personnes ou organismes, pour autant que le centre soit tenu de les échanger sur la base du présent décret ou que les personnes ou organismes soient chargés d'une mission d'intérêt public par ou en vertu d'une loi, d'un décret ou d'une ordonnance, que cette transmission soit nécessaire à l'exécution de la mission d'intérêt public et que seules les données pertinentes pour cette mission soient transmises.

Dans ce cadre, le centre transmet, dans le respect du principe de minimisation des données :

1° aux partenaires dans le domaine de l'aide à la jeunesse et du service d'aide judiciaire à la jeunesse les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° et 4°, pour les finalités mentionnées aux articles 3.1, 3.2, 3.18, 3.19 et 4.2;

2° au médecin ou à la mutualité de la personne concernée les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 1°, a), b) et h), pour les finalités mentionnées aux articles 3.2 et 3.27;

3° aux médecins du centre les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° à 5° et 6°, a), pour la finalité mentionnée aux articles 3.2 à 3.5 et 3.15;

4° aux personnes chargées de l'éducation les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° et 4°, pour les finalités mentionnées aux articles 3.1 à 3.6 et 3.19;

5° à l'école concernée ainsi qu'aux enseignants/chefs d'établissement les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3°, 4° et 5°, pour les finalités mentionnées aux articles 3.2 à 3.6, 3.7, § 5, et 4.2;

6° au Ministère ou au Gouvernement de la Communauté germanophone les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 1° à 6°, et alinéa 2, 1° à 4°, ainsi qu'à l'article 4.9, pour la finalité mentionnée aux articles 3.1, 3.2, 3.9, 3.12, 3.15, 3.20, 3.24, 3.27, 3.28 et 3.29 ainsi que dans l'arrêté du Gouvernement du 20 juillet 2017 relatif aux maladies infectieuses soumises à déclaration;

7° aux instituts de recherche les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° à 5°, sous forme pseudonymisée, pour les finalités mentionnées aux articles 3.2, 5.1 et 5.2;

8° aux autres partenaires dans le domaine du développement sain des enfants et des jeunes les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° à 5°, pour les finalités mentionnées aux articles 3.1, 3.2 et 4.2;

9° au ministère public les données mentionnées à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, 3° à 6°, pour la finalité mentionnée à l'article 3.18.

Si les personnes occupées par le centre qui interviennent dans la transmission de données sont soumises au secret professionnel, un droit de parole est instauré, lequel permet au membre du personnel, dans l'intérêt du développement de l'enfant ou du jeune, d'échanger avec un membre du personnel du destinataire de données mentionné à l'alinéa 2 soumis au devoir de discrétion, et ce, dans le respect des principes relatifs au traitement des données à caractère personnel consacrés à l'article 5 du règlement général sur la protection des données. »

Art. 105 – L'article 4.12 du même décret, abrogé par le décret du 28 juin 2021, est rétabli dans la rédaction suivante :

« *Art. 4.12 – Durée de conservation des données*

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 1^{er}, sont conservées en tant que partie du dossier de suivi pendant dix ans au maximum à compter de la majorité de l'enfant ou du

jeune ou – si le suivi de l'enfant ou du jeune se poursuit au-delà de sa majorité – à compter de la fin du suivi de l'enfant ou du jeune par le centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 2, 1°, sont conservées pendant dix ans au maximum à compter de la fin du contrat d'honoraires conclu avec le centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 2, 2°, sont conservées pendant dix ans au maximum à compter de la fin du contrat d'honoraires conclu avec le centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 2, 3°, sont conservées pendant dix ans au maximum à compter de la fin de l'activité exercée auprès du centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.7, alinéa 2, 4°, sont conservées pendant cinq ans au maximum à compter de la fin de l'activité exercée auprès du centre, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Les données à caractère personnel définies à l'article 4.8, §§ 1^{er} à 3, sont conservées au maximum jusqu'à la date à partir de laquelle l'enfant est soumis à l'obligation scolaire, et ce, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage et de celles relatives à la qualité des soins de santé, les données à caractère personnel sont détruites au plus tard au terme des délais mentionnés aux alinéas 1^{er} à 6. »

Art. 106 – Dans le titre 4 du même décret, modifié par les décrets des 28 juin 2021 et 15 décembre 2021, le sous-titre 2 est complété par un article 4.13 rédigé comme suit :

« *Art. 4.13 – Mesures de sécurité*

Lors du traitement des données mentionnées aux articles 4.7 et 4.10, le centre veille à ce que des mesures de sécurité appropriées soient appliquées, dans le respect des critères mentionnés à l'article 32 du règlement général sur la protection des données.

Le centre veille à ce que les données traitées conformément à l'article 4.7 ne soient respectivement traitées que par les personnes chargées directement de la mise en œuvre de la mission correspondante. »

Art. 107 – À l'article 5.1 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante : « Les coopérations menées avec les instituts de recherche permettent de développer et d'appliquer les méthodes les plus récentes. »;

2° l'alinéa 2 est complété par la phrase suivante : « Pour soutenir la gestion de la qualité et la planification stratégique, le centre recourt notamment à des analyses statistiques des données qu'il a collectées. »

Art. 108 – Dans l'article 5.2, 2°, le point-virgule est remplacé par un point et le 2° est complété par la phrase suivante : « Cela se fait notamment au moyen d'enquêtes. »

Art. 109 – Dans l'article 8.4, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « avant le début » sont remplacés par les mots « au cours »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « en début » sont remplacés par les mots « en cours ».

Chapitre 21 – Dispositions finales

Art. 110 – Sont abrogés :

1° l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 13 février 2003 fixant au 1^{er} décembre 2002 les échelles de traitement des fonctions du personnel administratif, du personnel de maîtrise, des gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et supérieur, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 10 juin 2004 et par les décrets des 16 juillet 2012 et 28 juin 2021;

2° l'arrêté royal du 16 janvier 1970 accordant un supplément de traitement à certains membres du personnel enseignant porteurs de diplômes spéciaux, modifié en dernier lieu par le décret du 16 juin 2016.

Art. 111 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2025, à l'exception :

- 1° des articles 15 et 16, qui entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2024;
- 2° de l'article 59, qui entre en vigueur le 31 mai 2025;
- 3° de l'article 48, qui entre en vigueur le jour de l'adoption du décret;
- 4° des articles 10, 20, 21, 51, 52, 53, 75, 77, 81 à 108 et 109, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2025;
- 5° des articles 1^{er}, 2, 54, 55, 60, 61, 71 et 72, qui entrent en vigueur le 1^{er} novembre 2025;
- 6° de l'article 5, de l'article 6, 1° à 4° et 7°, et des articles 8, 9, 58, 62 et 92, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2026;
- 7° de l'article 74, 1°, qui entre en vigueur le 1^{er} septembre 2028.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du territoire et des Finances

O. PAASCH

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi

J. FRANSEN

ANNEXE 1^{re}

Annexe 3 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement

Fixation des éléments essentiels de la formation menant à l'obtention d'un titre pédagogique (voir art. 1^{er}, § 2, 3°)

Cours	Brève description du contenu	Unités de valeur
Le contexte scolaire et de formation	Au centre se situe l'école en tant qu'institution, avec ses conditions-cadres légales. Sont entre autres abordés : - les fondements de l'enseignement en Communauté germanophone, avec l'obligation scolaire; - la structure de l'enseignement en Communauté germanophone; - l'enseignement spécialisé : intégration, niveau différencié, enseignement à horaire réduit et enseignement modulaire; - la formation en alternance; - les répercussions au niveau des orientations professionnelles; - les macro-compétences et les référentiels de compétences; - le bulletin de signalement et le rapport d'évaluation; - le rôle de l'enseignant - du formateur; - l'enseignant - le formateur en tant que membre d'une équipe, d'une communauté scolaire.	0,25
Le jeune, la personne à former dans le contexte scolaire et communicationnel	Au centre se trouve la psychologie du développement à l'adolescence : - l'élève comme personne en développement; - réflexion sur les formations spécifiques en fonction du sexe : forces et faiblesses (accession des filles aux professions techniques, suppression des représentations sexuées véhiculées); - la motivation, l'échec; - la maturité d'apprentissage.	1,5

Didactique générale	Ce cours aborde les notions importantes de la didactique ainsi que les principes d'un enseignement centré sur les compétences : - science didactique; - processus d'enseignement/d'apprentissage; - modèles d'enseignement/d'apprentissage; - théories d'apprentissage; - notion de compétence; - compétences disciplinaires et transversales (compétences méthodologiques, sociales et personnelles); - esquisses de soutien pédagogique.	6
Didactique disciplinaire	La didactique disciplinaire complète le cours de didactique générale. Ce cours poursuit les objectifs suivants pour les futurs enseignants : - développer la faculté d'organiser un cours intéressant pour les élèves et auquel ceux-ci participent activement; - programmer les cours de manière réfléchie et pertinente, les évaluer et les adapter le cas échéant; - mettre à disposition des outils d'analyse du matériel pédagogique; - développer des instruments de contrôle; - pouvoir expliquer tant les fondements scientifiques que sa propre conception de la matière enseignée; - se remettre en question et modifier ou adapter les méthodes en conséquence.	6
Conduite d'une classe	- éléments de base pour la conduite d'une classe : communication verbale et non verbale; - causes de perturbation d'un cours et possibilités de prévention : médiation, gestion de conflits; - stratégies centrées sur l'enseignant pour intervenir en cas de perturbations : aspects éducatifs, autorité et discipline; - stratégies coopératives pour intervenir en cas de conflits.	2
Apprendre et enseigner au moyen des techniques de l'information et de la communication (TIC)	Techniques et possibilités de mise en œuvre de programmes de présentation tels que PowerPoint, Keynote, Open Office... - concevoir une présentation et faire un exposé; - courte introduction à la pédagogie des médias; - recherche d'un média, analyse critique, évaluation et justification de la possibilité de l'utiliser dans une unité de cours; - recherche fructueuse : le processus de recherche en 5 phases; - travaux pratiques.	2

Stages d'observation (5 heures en dehors du niveau-cible et 10 heures dans le niveau-cible)	Assister à des cours dans différents systèmes de formation (dans le cadre de l'enseignement ordinaire et spécialisé ainsi que des centres pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME) et dans différentes écoles, en Communauté germanophone et en dehors de celle-ci.	1,5
Laboratoires/travaux dirigés	Analyse de la planification et de la dispensation des cours et réflexion au sujet de celles-ci au moyen de jeux de rôles, de vidéos, de séquences d'enseignement...	1
Pratique professionnelle encadrée	Encadrement de groupes, d'individus pendant les stages : - pour les méthodes d'enseignement; - pour les préparations écrites; - pour les situations problématiques, selon les besoins...	2
Stages d'enseignement (heures dans et en dehors du niveau-cible)	- préparations; - unités de cours; - rapports.	4
Aspects de la sociologie pédagogique, de la sociologie de l'éducation et de la sociologie de la formation	La première partie du cours donne un aperçu général des théories de la sociologie de la formation et traite des premières influences qui ont mené à cette discipline et l'ont marquée de leur empreinte. La seconde partie du cours analyse plus en détail, dans ce contexte, les décisions politiques actuelles, évolutions et façons de procéder des acteurs concernés. À cet égard, le système éducatif en Communauté germanophone est analysé sous l'angle des problèmes qui se posent dans le domaine de la politique de formation et des différentes influences auxquelles elle est exposée. Un coup d'œil approfondi sur les pays et régions limitrophes est utile à cette fin (Communauté française, Allemagne, Luxembourg...).	0,75
Séminaire : thèmes spécifiques en didactique générale et disciplinaire	Au centre de ce cours se trouvent des questions touchant à la pratique et des situations problématiques rencontrées par les participants. Par le biais de méthodes actives, il s'agit de rechercher ensemble des réponses, d'élaborer des stratégies de résolution voire de trouver des solutions. Des informations sont traitées de manière ciblée à la demande des participants.	2
Portfolio		1
TOTAL		30

ANNEXE 2

Annexe 4 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement

Fixation des éléments essentiels de la formation menant à l'obtention d'un titre pédagogique (voir art. 1^{er}, § 2, 4^o)

Cours	Brève description du contenu	Unités de valeur
Le contexte scolaire et de formation	Au centre se situe l'école en tant qu'institution, avec ses conditions-cadres légales. Sont entre autres abordés : - les fondements de l'enseignement en Communauté germanophone, avec l'obligation scolaire; - la structure de l'enseignement en Communauté germanophone; - l'enseignement spécialisé : intégration, niveau différencié, enseignement à horaire réduit et enseignement modulaire; - la formation en alternance; - les répercussions au niveau des orientations professionnelles; - les macro-compétences et les référentiels de compétences; - le bulletin de signalement et le rapport d'évaluation; - le rôle de l'enseignant - du formateur; - l'enseignant - le formateur en tant que membre d'une équipe, d'une communauté scolaire.	0,25
Le jeune, la personne à former dans le contexte scolaire et communicationnel	Au centre se trouve la psychologie du développement à l'adolescence : - l'élève comme personne en développement; - réflexion sur les formations spécifiques en fonction du sexe : forces et faiblesses (accession des filles aux professions techniques, suppression des représentations sexuées véhiculées); - la motivation, l'échec; - la maturité d'apprentissage.	1

Didactique générale	Ce cours aborde les notions importantes de la didactique ainsi que les principes d'un enseignement centré sur les compétences : - science didactique; - processus d'enseignement/d'apprentissage; - modèles d'enseignement/d'apprentissage; - théories d'apprentissage; - notion de compétence; - compétences disciplinaires et transversales (compétences méthodologiques, sociales et personnelles); - esquisses de soutien pédagogique - ...	3
Didactique disciplinaire	Ce cours ne transmet pas seulement les notions essentielles de la discipline mais aussi la programmation, la dispensation et l'analyse des cours ainsi que le rapportage dans la discipline concernée. Il s'agit aussi du bien-fondé, de la transmissibilité et de la signification pour le futur des contenus des différentes disciplines.	1,5
Conduite d'une classe	- éléments de base pour la conduite d'une classe : communication verbale et non verbale; - causes de perturbation d'un cours et possibilités de prévention : médiation, gestion de conflits; - stratégies centrées sur l'enseignant pour intervenir en cas de perturbations : aspects éducatifs, autorité et discipline; - stratégies coopératives pour intervenir en cas de conflits.	1
Apprendre et enseigner au moyen des techniques de l'information et de la communication (TIC)	Techniques et possibilités de mise en œuvre de programmes de présentation tels que PowerPoint, Keynote, Open Office... - concevoir une présentation et faire un exposé; - courte introduction à la pédagogie des médias; - recherche d'un média, analyse critique, évaluation et justification de la possibilité de l'utiliser dans une unité de cours; - recherche fructueuse : le processus de recherche en 5 phases; - travaux pratiques.	1
Stages d'observation	Assister à des cours dans différents systèmes de formation (dans le cadre de l'enseignement ordinaire et spécialisé ainsi que des centres pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME) et dans différentes écoles. En Communauté germanophone et en dehors de celle-ci.	1

Laboratoires/travaux dirigés	Analyse de la planification et de dispensation des cours et réflexion au sujet de celles-ci au moyen : - de jeux de rôles; - de vidéos; - de séquences d'enseignement - ...	1
Pratique professionnelle encadrée	Encadrement de groupes, d'individus pendant les stages : - pour les méthodes d'enseignement; - pour les préparations écrites; - pour les situations problématiques; - selon les besoins...	0,5
Stages d'enseignement	- préparations; - unité de cours; - rapports.	2
Aspects de la sociologie pédagogique, de la sociologie de l'éducation et de la sociologie de la formation	La première partie du cours donne un aperçu général des théories de la sociologie de la formation et traite des premières influences qui ont mené à cette discipline et l'ont marquée de leur empreinte. La seconde partie du cours analyse plus en détail, dans ce contexte, les décisions politiques actuelles, évolutions et façons de procéder des acteurs concernés. À cet égard, le système éducatif en Communauté germanophone est analysé sous l'angle des problèmes qui se posent dans le domaine de la politique de formation et des différentes influences auxquelles elle est exposée. Un coup d'œil approfondi sur les pays et régions limitrophes est utile à cette fin (Communauté française, Allemagne, Luxembourg...)	0,75
Séminaire : thèmes spécifiques en didactique générale et disciplinaire	Au centre de ce cours se trouvent des questions touchant à la pratique et des situations problématiques rencontrées par les participants. Par le biais de méthodes actives, il s'agit de rechercher ensemble des réponses, d'élaborer des stratégies de résolution voire de trouver des solutions. Des informations sont traitées de manière ciblée à la demande des participants.	1
Portfolio		1
TOTAL		15